

instanzen, ja im Fehlen die freie Entfaltung des Individuums hemmender Reglementierungen, und so wird mancher wichtige Rechtssatz der Erfassung in einer solchen notwendig fragmentarischen Sammlung entgehen.

Naturgemäß bildet die Materialsammlung bzw. Berichterstattung zum innerstaatlichen Recht den umfangreichsten Teil (durchschnittlich etwa zwei Drittel) jedes Bandes. In Teil III (zwischenstaatliche Abmachungen) finden sich z. B. der Text der »Europäischen« Menschenrechtskonvention vom 4. 11. 1950, Auszüge aus den Genfer Abkommen zum Schutze der Wehrlosen im Kriege vom 12. 8. 1949, je mit alljährlich fortgesetzter Zusammenstellung neuer Ratifikationen, Beitritte usw., Texte des Minderheitenschutzabkommens zwischen Indien und Pakistan vom 8. 4. 1950 nebst Zusatzabmachungen vom August 1950, Auszüge aus dem Friedensvertrag mit Japan vom 8. 9. 1951, aus dem Londoner Abkommen vom 19. 6. 1951 zwischen den Nordatlantikpaktstaaten über den Status ihrer Streitkräfte usw. Hervorzuheben sind die detaillierten Register, zu bedauern hingegen das Fehlen umfassender Bibliographien zur Frage der Menschenrechte.

S t r e b e l

Zeitschriftenschau *)

The American Journal of Comparative Law. Vol. 2, 1953

Meijers, E. M.: The Benelux Convention on Private International Law (S. 1–11).

McWhinney, Edward: Judicial Positivism in Australia – The Communist Party Case (S. 36–53). Verf. behandelt die Rechtsprechungstendenz des australischen High Court an Hand der Entscheidung *Australian Communist Party v. Commonwealth* (1951, 83 C.L.R. 1), in der die Gültigkeit des Communist Party Dissolution Act, No. 16 of 1950 erfolgreich angefochten wurde.

Galindez, Jesús de: Recent Constitutional Developments in Latin America (S. 54–59). Behandelt die am 25. 7. 1952 verkündete Verfassung von Puerto Rico, das am 1. 3. 1952 erstmals in Uruguay als Government Council in Erscheinung getretene Kollegialorgan sowie das einstweilige Statut vom 4. 4. 1952, das die kubanische Verfassung nach einem Staatsstreich abgelöst hat.

Wagner, W. J.: The New Constitution of Poland (S. 59–63). Behandelt die Verfassung vom 22. 7. 1952.

Margalith, Haim: Enactment of a Nationality Law in Israel (S. 63–66).

Fikentscher, Wolfgang: Political Strikes under German Law (S. 72–78).

Finkelstein, Herman: The Universal Copyright Convention (S. 198–204). Vergleicht die Konvention vom 6. 9. 1952 mit der von 1886.

*) Auch die Zeitschriftenschau wird durch die Bandregister nach Sachgebieten abgeschlossen.

Rice, William G.: *The Hongrin River Diversion – A Recent Swiss Case Concerning Intercantonal Water Rights* (S. 318–333).

Hart, H. L. A.: *Philosophy of Law and Jurisprudence in Britain (1945–1952)* (S. 355–364).

Schiller, A. Arthur: *Eritrea: Constitution and Federation with Ethiopia* (S. 375–383).

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: *Austria: Restitution Legislation* (S. 383–389).

Schlesinger, Rudolf B.: *Western Germany: Recognition and Enforcement of Soviet Zone Criminal Judgments* (S. 392–399). Bericht über die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 13. 6. 1952 (NJW 1952, S. 1129). Ut

The American Political Science Review. Vol. 46, 1952

Briggs, Herbert W.: *New Dimensions in International Law* (S. 677–698). Verf. tritt der von George Kennan (American Diplomacy, 1900–1950) und Hans Morgenthau (In Defense of the National Interest: A Critical Examination of American Foreign Policy) vertretenen Ansicht entgegen, daß völkerrechtliche Verpflichtungen dem nationalen Interesse weichen müßten, und bestreitet die behauptete Ohnmacht des Völkerrechts unter Hinweis auf das Verhältnis der USA zu Westeuropa, Lateinamerika und den neuen Staaten Asiens. Selbst im Verkehr mit Sowjetrußland stelle das Völkerrecht, vor allem die UN-Charta, den Rahmen der Beziehungen dar, wenn auch die Auslegung oft verschieden sei. Verweist auf die Fortentwicklung des Völkerrechts in den letzten Jahren, so hinsichtlich der Anerkennung bisher abhängiger Staaten als Völkerrechtssubjekte, auf die wachsende Bedeutung der Menschenrechte und auf die geplante Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofes, ferner auf die Ausweitung des Völkerrechts durch Gründung und Tätigkeit zahlreicher internationaler Organisationen, wie die Weltgesundheitsorganisation und die International Law Commission.

Kohn, Hans: *Pan-Slavism and World War II* (S. 699–722). Der Panslawismus habe im zweiten Weltkrieg durch Sowjetrußland eine Wiederbelebung erfahren. Verf. beschreibt Entwicklung in den slawischen Ländern bis zur Gegenwart.

Leibholz, Gerhard: *The Federal Constitutional Court in Germany and the "Southwest Case"* (S. 723–731).

Pennock, J. Roland: *Responsiveness, Responsibility, and Majority Rule* (S. 790–807).

Morgenthau, Hans J.: *Another "Great Debate": The National Interest of the United States* (S. 961–988). Verf. stellt die Debatte, die anläßlich seiner und Kennans Veröffentlichung über das Primat des nationalen Interesses vor dem Völkerrecht entstanden ist, in die Reihe der großen Kontroversen der amerikanischen Geschichte, so der Kontroverse über Intervention oder Neutralität 1793, internationale Zusammenarbeit oder Isolation in den zwanziger Jahren, Nicht-Intervention oder Unterstützung Englands mit allen Mitteln "short of war" zu Anfang des 2. Weltkriegs, verteidigt die »Realisten« gegen Kritiker, die ihn und Kennan »politischer Unmoral« bezichtigen, und meint, daß die »realistische« Be-

trachtungsweise eine bessere Garantie für die Sicherheit der USA und damit für die Freiheit der Welt darstelle als die »utopische«.

Pollock, James K.: The Electoral System of the Federal Republic of Germany – A Study in Representative Government (S. 1056–1068).

Deener, David: Judicial Review in Modern Constitutional Systems (S. 1079–1099).

— Vol. 47, 1953

Cook, Thomas J.; Malcolm Moos: The American Idea of International Interest (S. 28–44). Seit Bretton Woods habe die amerikanische Politik internationalen, kooperativen Zielen gedient. Die Verfolgung nationalen Interesses im Sinne einer Macht- und Sicherheitspolitik sei aus moralischen und praktischen Erwägungen zu verurteilen. Das nationale Interesse der USA sei heute gleichbedeutend mit internationalem Interesse.

Adams, John Clarke; Paolo Barile: The Implementation of the Italian Constitution (S. 61–83).

Fellman, David: Constitutional Law in 1951–1952 (S. 126–170).

Hoskins, Halford L.: Some Aspects of the Security Problem in the Middle East (S. 188–198).

Lipson, Leslie: The Two-Party System in British Politics (S. 337–358).

Holcombe, Arthur N.: An American View of European Union (S. 417–430). Behandelt die Fortschritte und Hindernisse des Zusammenschlusses der europäischen Staaten. Die amerikanische Politik habe eine Vereinigung Europas zunächst aus wirtschaftlichen, dann aus militärischen Gründen gefördert. Das Ziel müsse eine Stärkung der UN durch ein föderativ geeinigtes Europa sein.

Thompson, Kenneth W.: Collective Security Reexamined (S. 753–772). Das Prinzip der kollektiven Sicherheit führt Verf. auf Henry L. Stimson zurück, der als erster die Forderung vertreten habe, daß kriegführende Mächte sich nicht länger einer unparteiischen und neutralen Haltung des Restes der Staatengemeinschaft erfreuen dürften. Die meisten westlichen Staatsmänner hätten sich seitdem zu dieser These bekannt. Kollektive Sicherheit bedeute, daß ein Angriff auf einen Staat als Angriff auf alle Staaten betrachtet werde. Um kollektive Sicherheit durchzusetzen, müßten sich die führenden Mächte über die Aufrechterhaltung des *status quo* einig sein; ferner müßten die Verfechter des *status quo* gewillt und in der Lage sein, gegebenenfalls überlegene Streitkräfte zur kollektiven Verteidigung einzusetzen. Schließlich müßten wenigstens die Großmächte ein Minimum an politischer und moralischer Übereinstimmung aufweisen. Dies sei bei der Ausarbeitung der UN-Charta vorausgesetzt worden. Die politische Entwicklung in den vergangenen Jahren habe erwiesen, daß ein Festhalten an dem in der Charta verankerten Prinzip der kollektiven Sicherheit problematisch sei. Es müsse deshalb ein neuer, wenn auch anspruchsloserer Weg gefunden werden, um die geistigen Grundlagen dieses Prinzips zu erhalten und nutzbar zu machen.

Mr

Annales de Droit et de Sciences Politiques. T. 13, 1953

—: *La Révision de la Constitution (N. 51, S. 5–47).* Fortsetzung der Vorträge und

Diskussionen der XII^e Journée Interuniversitaire vom 21. 6. 1952, u. a. zur Frage der Anpassung der belgischen Verfassung an die aus der internationalen Lage bestehenden neuen organisatorischen Bedürfnisse im zwischenstaatlichen und supranationalen Bereich (vgl. oben S. 332 f.).

Wautier, L. A.: La décentralisation par services en droit belge (S. 89–108).

Mast, André J.: De sowereiniteitsopdrachten en de herziening der grondwet (N. 52, S. 1–36). Verf. untersucht, welche Änderungen der belgischen Verfassung die Übertragung von Hoheitsrechten erfordere. Er empfiehlt Zusätze und Änderungen (z. B. des Art. 25), wonach supranationale Behörden in Belgien ihre Kompetenz nur dann ausüben können, wenn diese sich aus mit Belgien abgeschlossenen Verträgen ergebe, die vom Parlament genehmigt worden sind. Grundsätzlich sollen Verträge, die die Übertragung von Hoheitsrechten zum Gegenstand haben, nur mit Zustimmung beider Kammern eventuell mit qualifizierter Mehrheit abgeschlossen werden können.

Ganshof van der Meersch, W. J.; Diderich: Les états d'exception et la Constitution belge (S. 49–124). Die Verfasser untersuchen das Recht des Ausnahmezustandes nach positivem belgischem Recht und schlagen eine Neuregelung in der Verfassung vor. Sie unterscheiden drei Formen des Ausnahmezustandes: Krisenzustand, Kriegszustand und Zustand der Arbeitsverhinderung des Parlaments (*état de carence parlementaire*). Sowohl während des Krisen- wie während des Kriegszustandes soll der König durch das Parlament ermächtigt werden können, während einer bestimmten Zeit für bestimmte Sachgebiete Recht zu setzen und dabei auch geltende Gesetze aufzuheben oder abzuändern, selbst wenn es sich um Materien handelt, die durch die Verfassung dem Parlament vorbehalten sind. Wenn eine Kammer nicht zusammentreten kann, soll die Gesetzgebungszuständigkeit beim König und der anderen Kammer gemeinschaftlich, bei der Unmöglichkeit des Zusammentritts beider Kammern beim König allein liegen. Abschließend formulieren die Verfasser neue Verfassungsartikel über den Notstand.

Masquelin, Jean: L'action réciproque des traités et des lois (S. 133–156). Die soziale Ordnung beruhe auf zwei verschiedenen Normativsystemen: auf Gesetzen und völkerrechtlichen Verträgen. Verf. untersucht, wie im Falle des Konflikts zwischen beiden Normgruppen zu entscheiden ist. Ein ratifizierter, aber nach innerstaatlichem Recht nicht ordnungsgemäß abgeschlossener Vertrag (z. B. Übergehung des Parlaments) habe keine völkerrechtliche Verbindlichkeit, doch könne der Vertragspartner, gegen den die Nichtverbindlichkeit geltend gemacht wird, unter Umständen vor dem IGH einen Schadensersatzanspruch geltend machen.

—: *La Révision de la Constitution. XIII^{me} Journée Interuniversitaire d'études juridiques. Gand [Gent], 30 mai 1953 (S. 299–330).* Referate von Mast und Ganshof van der Meersch.

Yakemtchouk, Romain: La place du droit international régional dans le droit international général (S. 389–406). Verf. ist der Ansicht, daß mehrere internationale Rechtssysteme nebeneinander bestehen. Er zeichnet die rechtstheoretische Entwicklung dieses Gedankens seit Alvarez nach und wirft die Frage auf, wie man dennoch zu einem nicht nur theoretischen universalen Völkerrecht kommen

könne. Er meint, daß dazu eine Angleichung des Ideengefüges der Völker notwendig sei, die erst nach einer langen Erziehungsperiode erreicht werden könne. Vom Um-
erziehungsprozeß hänge es ab, ob jemals ein universales Exekutivorgan geschaffen werden könne. Das bedeute aber weder Resignation noch Vertrauen auf die Automatik der Entwicklung auf das Ziel der universalen Rechtsgeltung. Man müsse vielmehr durch Kodifikation des Völkerrechts auf regionaler und nicht sofort auf universaler Ebene die Entwicklung steuern. Der alte Plan einer Regionalkodifikation des Völkerrechts von Fauchille müsse erneut aufgegriffen werden und nach seiner Realisierung schließlich ein Universalsystem von wirklicher, praktischer Wirksamkeit gefunden werden. Bh

Annales de la Faculté de Droit de l'Université de Bordeaux. Série Juridique. Année 4, 1953

Mérigot, J.-G.: Les francs coloniaux et l'unité monétaire de l'Union française (S. 79-99). Bh

Annales Universitatis Saraviensis. Rechts- und Wirtschaftswissenschaften. T. 1, 1952

Langrod, Georges: Méthode comparative et sciences administratives (S. 25-36). Vergleichende Verwaltungswissenschaft ist dem Verf. mehr als vergleichendes Verwaltungsrecht; insbesondere wendet er sich gegen ein bloßes Aneinanderreihen der Darstellungen der Verwaltungsorganisation in den verschiedenen Staaten. Ihm kommt es auf ein Verstehen des Verwaltungshandelns und der Institutionen aus dem spezifischen Klima ihres Ablaufs und ihrer Existenz an. Er will so zu allgemein geltenden Erkenntnissen kommen.

Luchaire, François: L'Institution d'un Tribunal Administratif en Tunisie (S. 37-48). Verf. behandelt Fragen der Organisation, der Zuständigkeit und des Verfahrens einer tunesischen Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Lacharrière, René: L'accord des grandes puissances dans la Charte des Nations Unies (S. 191-201). Verf. will zeigen, daß der Gedanke der Übereinstimmung der Großmächte kein Postulat, sondern ein Ziel ist. Sei die Übereinstimmung der Großmächte nicht vorhanden, könne ein Mehrheitsbeschluß den Zielen der UN ebenfalls nicht dienen.

Azcárraga y de Bustamante, José Luis de: Die Theorie des »Gerechten Krieges« in der spanischen Völkerrechtslehre (S. 202-212). Verf. zeigt die Einstellung der Kirche zum Krieg und die Behandlung des Kriegsproblems durch die Scholastik usw., insbesondere aber durch die spanische Völkerrechtsschule des 16. Jahrhunderts. Bh

The Annals of the American Academy of Political and Social Science. 1953 Vol. 285: Puerto Rico. A Study in Democratic Development

Emerson, Rupert: Puerto Rico and American Policy toward Dependent Areas (S. 9-15). Behandelt die Rechtsstellung Puerto Ricos, der Virgin Islands, Guams, Alaskas und Hawaiis zu den USA.

Fernós-Isern, Antonio: From Colony to Commonwealth (S. 16-22).

Amato, Pedro Muñoz: Congressional Conservatism and the Commonwealth

Relationship (S. 23–32). Behandelt die Einstellung des amerikanischen Kongresses gegenüber der Selbständigkeit Puerto Ricos und die vorgenommenen Regelungen hinsichtlich der staatsrechtlichen Stellung des Landes und dahingehende Pläne.

Gutiérrez-Franqui, Victor; *Henry Wells*: *The Commonwealth Constitution* (S. 33–41).

Friedrich, Carl J.: *The World Significance of the New Constitution* (S. 42–47).

Vol. 288: NATO and World Peace

Streit, Clarence K.: *Atlantic Union – Freedom's Answer to Malenkov* (S. 2–12).

Hanania, Farid S.: *Tension in the Arab Near East* (S. 56–62).

Lagarde, Jean de: *The Meaning of NATO for France and Europe* (S. 63–66).

Nagorski Jr., Zygmunt: *NATO and the Captive Countries* (S. 74–81).

Warburg, James P.: *Which Way to Liberation?* (S. 82–92). Erörtert die Möglichkeit einer Befreiung der Länder hinter dem Eisernen Vorhang.

Fox, William T. R.: *NATO and Coalition Diplomacy* (S. 114–118).

Mackay, R. G.: *NATO and U.N.* (S. 119–125).

Macdonald, Austin F.: *Politics in the Union of South Africa* (S. 140–152). Behandelt die Rassenfrage und das Verhältnis der burenischen und englischen Bevölkerungsteile zueinander.

Vol. 289: Congress and Foreign Relations

Griffith, Ernest S.: *The Place of Congress in Foreign Relations* (S. 11–21).

Goebel, Dorothy Burne: *Congress and Foreign Relations before 1900* (S. 22–39).

Bradshaw, Mary E.: *Congress and Foreign Policy since 1900* (S. 40–48).

Gillette, Guy M.: *The Senate in Foreign Relations* (S. 49–57).

Wiley, Alexander: *The Committee on Foreign Relations* (S. 58–65).

Richards, James P.: *The House of Representatives in Foreign Affairs* (S. 66–72).

Chiperfield, Robert B.: *The Committee on Foreign Affairs* (S. 73–83).

Cardozo, Michael H.: *Committees Touching Foreign Relations Indirectly* (S. 84–91).

Burdette, Franklin L.: *Influence of Noncongressional Pressures on Foreign Policy* (S. 92–99).

Brown Jr., Ben H.: *Congress and the Department of State* (S. 100–107). Behandelt die Zusammenarbeit der beiden Organe und weist auf die Notwendigkeit zu gegenseitiger vorheriger Fühlungnahme hin.

Kefauver, Estes: *Executive-Congressional Liaison* (S. 108–113). Weist auf die fehlende wirksame Verbindung von Exekutive und Legislative hin.

Mansfield, Mike: *The Meaning of the Term "Advice and Consent"* (S. 127–133). Behandelt die Probleme der Exekutive, die sich aus der Notwendigkeit schneller Entscheidungen, andererseits aus der schwerfälligen Fühlungnahme mit dem Kongreß ergeben. Das Überhandnehmen der *executive agreements* ohne vor-

herige Unterrichtung des Kongresses sei zu verurteilen. Es sei besser, Differenzen zwischen Präsident und Kongreß vor Abschluß eines Vertrags festzustellen.

Bricker, John W.: Making Treaties and Other International Agreements (S. 134–144). Behandelt die am 7. 1. 1953 vorgeschlagene Verfassungsänderung zur Verhütung des Mißbrauchs der *treaty-making power* und der *international agreement-making power*.

Nobleman, Eli E.: Financial Aspects of Congressional Participation in Foreign Relations (S. 145–164). Berichtet über Fälle, in denen der Kongreß auf Grund seiner Etatbefugnis die Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen ausübt.

Vorys, John M.: Party Responsibility for Foreign Policy (S. 165–171).

Kalijarvi, Thorsten V.: The Future of Congress in Foreign Relations (S. 172–177). Verf. meint, der Kongreß müsse trotz der Schwierigkeiten infolge der schnell wechselnden politischen Lage an seiner ihm allmählich entgleitenden Kontrollmacht festhalten.

Vol. 290: The Impact of Atomic Energy

Fraser, Robert W.: International Control of Nuclear Weapons (S. 16–26). Behandelt den von den USA 1945/46 aufgestellten Plan und die Gründe seines Scheiterns. Er untersucht die Gefahren des jetzigen Zustandes und die Möglichkeiten seiner Behebung. Jedenfalls sollte immer wieder eine vertragliche Regelung versucht werden.

Jackson, Henry M.: Congress and the Atom (S. 76–81). Behandelt die Funktionen und die Tätigkeit des Joint Committee on Atomic Energy. Ut

The Annals of the Organization of American States. Vol. 4, 1952

—: *The Council (S. 113–176; 221–256; 357–393).* Berichte über die Tätigkeit des Rates der OAS.

—: *Pan-American Union (S. 177–202; 258–283; 394–413).*

—: *Specialized Conferences (S. 207–217).* Berichte über verschiedene interamerikanische Konferenzen (Verkehr, Urheberrecht, Autostraßen, Gesundheitswesen).

—: *Inter-American Peace Committee (S. 218–219).* Bericht über Lage im karibischen Raum.

—: *Inter-American Specialized Conferences (S. 284–310; 414–438).* Mr

L'Année Politique et Economique. Année 25, 1952

Debré, Michel: La Communauté européenne de Défense (S. 401–404).

Lavergne, Bernard: La «Petite Europe», succédané imprévu du Saint-Empire romain germanique, but de la politique cléricale de MM. Robert Schuman, Adenauer et de Gasperi (S. 421–458). Verf. lehnt eine Vereinigung Europas auf dem bisher eingeschlagenen Weg ab, da sie eine Hegemonie Deutschlands bewirken würde. Außerdem seien die Vorhaben mit der französischen Verfassung nicht zu vereinbaren. Er befürwortet Bildung einer Koalitionsarmee mit Waffenstandardisierung, gemeinsamer Rüstungsplanung und gemischten Rüstungskontrollkommissionen.

— Année 26, 1953

Hours, Joseph: L'idée Européenne et l'idéal du Saint-Empire (S. 1–15). Die

Vorstellung eines Vereinten Europa sei eine unglückliche Fortsetzung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation.

Lavergne, Bernard: La politique germano-américaine et la 3^e guerre mondiale: les Français seront-ils obligés un jour de mourir pour Dantzig? (S. 16–40).

Lavergne, Bernard: La nécessité d'une politique nouvelle en Afrique du Nord: la double souveraineté en Tunisie et au Maroc (S. 69–103).

Lavergne, Bernard: Le miracle de la détente internationale et la grande espérance de paix de tous les peuples. Le crépuscule du projet «d'Armée Européenne». La nécessité logique du non-réarmement allemand (S. 105–118).

Gasquel, Jacques: Du danger des équivoques que suscite le mot Europe. L'Europe des Six, le Saint-Empire romain germanique et l'hégémonie allemande (S. 124–131).

Naggiar, Paul-Emile: Les Etats-Unis et l'Extrême-Orient (S. 177–200).

Lavergne, Bernard: Le projet de «Communauté politique» de la «Petite Europe» ou la France livrée aux ambitions pangermanistes (S. 201–310). Verf. analysiert den Plan der Europäischen Gemeinschaft und lehnt ihn als mit den französischen Interessen unvereinbar ab.

Debré, Michel: Au Maroc le changement de Sultan (S. 310–316).

Lavergne, Bernard: La grande victoire actuelle des adversaires de l'Armée Européenne à l'Assemblée Nationale et au Sénat français (S. 333–363).

Gascuel, Jacques: L'Europe et les projets de Communautés Européennes (S. 367–378).

Fraser, Geoffrey: La Grande-Bretagne n'aura jamais ni participation, ni association avec l'Armée Européenne. – L'Allemagne et la Communauté Européenne de Défense (S. 391–402).

Lavergne, Bernard: M. Konrad Adenauer, promu dictateur de l'Allemagne, sera-t-il aussi maître de la Petite Europe, donc suzerain de la France? – Les pangermanistes français (S. 420–453). Bh

Annual Law Review. Vol. 2, 1951/53

Ramaswamy, M.: The Supreme Court of India (S. 215–244). Schildert Verfassung und Zuständigkeit des Obersten Gerichtshofs von Indien und berichtet über dessen Tätigkeit in den ersten zweieinhalb Jahren, soweit sie sich auf öffentlich-rechtliche Fragen bezog. Betont die Ausführlichkeit, mit der die seit 26. 1. 1950 in Kraft befindliche indische Verfassung die Aufgaben jenes Gerichtshofs regelt, unter denen, im öffentlichen Sektor, die Entscheidung und, auf Anforderung des Staatspräsidenten, auch gutachtliche Klärung der Beziehungen zwischen Bundesstaat und Gliedstaaten oder dieser untereinander an erster Stelle steht. Zieht Vergleiche mit Aufgaben und Rechtsprechung des Supreme Court der USA.

Davis, S. R.: A Unique Institution (S. 350–404). Behandelt Entstehung, Aufbau, Verfahren, Befugnisse und Funktionen des australischen Loan Council. Ws

Anuario Jurídico Interamericano. 1948

Pan American Union. Washington D.C. 1949.

Accioly, Hildebrando: O Pacto de Bogotá (S. 3–9). Verf. schildert die im Pakt

von Bogotá zur friedlichen Beilegung von Streitfällen vom 30. 4. 1948, der den Gegenseitigen Beistandspakt von Rio de Janeiro vom 2. 9. 1947 ergänzt, vorgesehenen Mittel zur Streitbeilegung und das auf südamerikanischer Tradition beruhende Schiedsverfahren.

Córdova, Roberto: El Tratado Americano de Soluciones Pacíficas – Pacto de Bogotá (S. 10–17). Verf. zeigt die Grenzen der vertraglichen Schiedsgerichtsbarkeit. Der Pakt von Bogotá sei ein großer Fortschritt gegenüber der UN-Charta, da auch politische Fragen dem Schiedsgericht vorgelegt werden können.

Fenwick, Charles G.: The Problem of the Recognition of de facto Governments (S. 18–39). Aus der Erfahrung zahlreicher Staatsstrieche haben die amerikanischen Juristen genaue Bedingungen formuliert, welche eine Regierung vor ihrer Anerkennung erfüllen muß: tatsächliche Ausübung der Regierungsgewalt, Zustimmung von seiten des Staatsvolkes und Bereitschaft zur Erfüllung internationaler Verpflichtungen. Wilsons Forderung nach Legitimität ist nach allgemeinem südamerikanischem Widerstand von den USA fallen gelassen worden. Die Interamerikanischen Konferenzen, auf denen das Problem ausgiebig diskutiert wurde, haben noch zu keinem Ergebnis geführt. Dem mit der weiteren Behandlung betrauten Interamerikanischen Juristenkomitee legt Verf. 16 Leitsätze als Diskussionsgrundlage vor.

Canyes, Manuel S.: La Codificación del Derecho Internacional en América (S. 40–60). Die Anregungen und Versuche, das amerikanisch-regionale Völkerrecht zu kodifizieren, gehen bis auf den ersten Kongreß amerikanischer Staaten 1826 zurück. Verf. umreißt die Schwierigkeiten, die einer Kodifikation des Völkerrechts überhaupt entgegenstehen, und erläutert den Begriff des »amerikanischen« Völkerrechts. Anschließend berichtet er über die Tagungen der Interamerikanischen Juristenkommission und des Sachverständigenausschusses für die Kodifikation des Völkerrechts bis zur Überleitung in das Interamerikanische Juristenkomitee.

Torres Bodet, Jaime: Transformación del Panamericanismo (S. 61–70). In dem am 1. 6. 1948 in Mexico gehaltenen Vortrag würdigt der damalige mexikanische Außenminister die Fortschritte, die in der Charta der OAS gegenüber der UN-Charta erzielt wurden, z. B. bezüglich der unterschiedslosen Stimmenbewertung. Der Pakt von Bogotá steht für den Redner am Beginn des 4. Abschnitts in der Geschichte des Panamerikanismus, die er in die Perioden 1826–1889, 1889–1938 und 1939–1947 einteilt.

Fenwick, Charles G.: The Ninth International Conference of American States (S. 71–85). Wiedergabe des im American Journal of International Law Vol. 42 (1948), S. 553 ff., veröffentlichten Berichts.

Bernardino, Minerva: Significado e Importancia de las Convenciones Interamericanas sobre Concesión de Derechos Civiles y Derechos Políticos a la Mujer (S. 86–90).

Fenwick, Charles G.: The Voting Procedure in Inter-American Conferences (S. 91–94).

Quintanilla, Luis: La Comisión Interamericana de Métodos para la Solución Pacífica de Conflictos (S. 97–100). Die 1940 auf der 2. Außenministerkonfe-

renz gegründete Kommission ist erstmals bei der Beilegung des kubanisch-dominikanischen Streitfalles tätig geworden. Über ihre Weiterführung soll der 10. Kongreß in Caracas 1954 entscheiden.

Kelbaugh, Paul R.: The Present Status of Official and Unofficial Inter-American Organizations (S. 101–114). Die Straffung der Organisation Amerikanischer Staaten führte auch zu einer Überprüfung interamerikanischer Organisationen, deren Zahl Verf. mit etwa 40 amtlichen und etwa 100 nichtamtlichen angibt. Diese Bereinigung, mit der schon auf der 7. Panamerikanischen Konferenz 1933 begonnen wurde, führte nach eingehenden Beratungen bereits zur Auflösung mehrerer interamerikanischer Institutionen, die Verf. im einzelnen beschreibt.

Correa, José A.: El Arreglo Pacífico de Controversias como Principio Básico de la Cooperación Internacional en el Campo Político (S. 179–184). Bericht über die Tätigkeit der Interimskommission der UN (A/AC. 18).

— 1949 (Washington, D.C., 1950)

Accioly, Hildebrando: O Princípio de Não-Intervenção e a Convenção de Havana sobre Lutas Cíveis (S. 3–8). Das Prinzip der Nichteinmischung ist im amerikanischen Völkerrecht schon lange anerkannt und besonders in der Konvention von Habana über die Rechte und Pflichten der Staaten im Bürgerkrieg bestätigt. Die jüngsten Erfahrungen der Staatenpraxis geben Verf. Anlaß, fünf neue Thesen bzw. Änderungen vorzuschlagen, die u. a. das Verbot staatsfeindlicher Propaganda mit beliebigen Mitteln, die Pflicht der Staaten zur Unterbindung jedes hochverräterischen Unternehmens gegen einen Paktstaat und die Funktionen des Rates der OAS präzisieren. Die Entscheidung über die Grenze zwischen legitimer Selbstverteidigung und verbotener Intervention sollte von einem überstaatlichen Organ gefällt werden, dessen Errichtung für den Verf. aber noch in weiter Ferne liegt.

Podestá Costa, L. A.: La Revisión de la Convención Interamericana sobre Derechos y Deberes de los Estados en caso de Luchas Cíviles (S. 9–20). Verf., der an der Vorbereitung der Konvention von 1928 maßgebend beteiligt war, berichtet über die Motive der damaligen Formulierung und schlägt Verbesserungen vor, die auf den bisher gemachten Erfahrungen beruhen.

Fenwick, Charles G.: The Competence of the Council of the Organization of American States (S. 21–39). Die Stellung des Rates der OAS sei nicht vergleichbar mit der eines der Organe der UN und entspreche auch nicht dem Governing Board der Panamerikanischen Union. Verf. schildert die Entwicklung bis zur Charta von Bogotá und die ersten Belastungsproben, denen der neue Rat ausgesetzt war. Die Kontroversen zwischen Costa Rica und Nicaragua, zwischen Haiti und der Dominikanischen Republik und die von Chile vorgelegte Rechtsfrage einer Asylrechtsverletzung durch Venezuela gaben Veranlassung, den Juristenausschuß mit der Prüfung der Kompetenzen des Rates zu betrauen. Verf., Direktor der Völkerrechtsabteilung der Organisation, vertritt in 16 Punkten seine Ansichten über die juristischen Begrenzungen der Zuständigkeit des Rates nach der Charta, die von den durch besondere Abkommen verliehenen Kompetenzen zu trennen ist.

Ulloa, Alberto: El Asilo Diplomático (S. 40–46). Der humanitäre Gedanke des

Schutzes des Individuums stehe dem Verbot des Eingriffs in die Rechtspflege eines fremden Staates gegenüber. Das Verschwinden der Kapitulationen im Lauf der jüngsten Vergangenheit habe auch das damit verwandte Asylrecht nicht unberührt gelassen. Dessen Beibehaltung scheint Verf. unerlässlich. Um aber Schwierigkeiten der verschiedenen Qualifikationen einer Tat durch zwei Staaten und anderen Problemen zu entgehen, verlangt Verf. eine internationale Regelung, die den Weg zu einem Gerichtsverfahren eröffnet, ohne dabei die Gefahren eines zwischenstaatlichen Konflikts heraufzubeschwören.

García Amador, F. V.: El Reconocimiento de Gobiernos de facto y la Protección Internacional de los Derechos del Hombre (S. 47–60). Drei wesentliche Postulate des modernen Völkerrechts: die Unterstellung der Staatengemeinschaft unter die Regeln des Völkerrechts, die Pflicht zur Achtung der Menschenrechte und die Pflicht zur Teilnahme an kollektiven Maßnahmen weist Verf. auch in der inter-amerikanischen Völkerrechtsentwicklung seit 1936 nach. Die »solidarische amerikanische Demokratie« werde jedoch auf die Probe gestellt bei der Frage der Anerkennung von *de facto*-Regierungen, die vom Problem der Intervention scharf zu trennen sei. Hierbei habe sich die Konsultation der Regierungen untereinander als gutes Mittel gezeigt, als deren Grundlage der Interamerikanische Juristenausschuß einen Konventionsentwurf für die 10. panamerikanische Konferenz ausarbeiten soll. Neben der Zustimmung der Bevölkerung zur Regierungsbildung werde auch auf die Bereitschaft zur Erfüllung völkerrechtlicher Pflichten des Staates abzuheben sein.

Kelbaugh, Paul R.: Developments in the Field of Inter-American Organizations (S. 63–71). Bericht über die Tätigkeit einzelner Interamerikanischer Organisationen und Institute.

Ortiz, Santiago: La Comisión Interamericana de Paz (S. 72–75).

Fenwick, Charles G.: The American Committee on Dependent Territories (S. 83–92). Wiedergabe eines im American Journal of International Law, Vol. 44 (1950), S. 363 ff., veröffentlichten Aufsatzes.

Colborn, Paul A.: Privileges and Immunities of the Organization of American States (S. 96–102). Bericht über die weitere Entwicklung der interamerikanischen Abkommen und die Ausführungsgesetze der amerikanischen Staaten.

Piazza, Luis Guillermo: The Argentine Constitution and its 1949 Reform (S. 140–147).

Yuen-Li Liang: The First Session of the International Law Commission. Review of its work by the General Assembly (S. 177–195). Wiedergabe eines im American Journal of International Law, Vol. 44 (1950), S. 527 ff., erschienenen Aufsatzes (vgl. diese Zeitschrift Bd. 14, S. 358).

— 1950–1951 (Washington, D.C., 1953)

Podestá Costa, L. A.: La Jurisprudencia de los Tribunales de Arbitraje como Fuente del Derecho (S. 3–13). Während nach den ersten Schiedsverträgen (seit dem Jay-Abkommen zwischen USA und Großbritannien von 1794) die Entscheidung *ex aequo et bono*, in Übereinstimmung mit *justice and equity*, erfolgen sollte, seien

in späteren Verträgen stets die Prinzipien des Völkerrechts an erster Stelle genannt. Trotz dieser Entwicklung dürfen die Schiedssprüche nur mit Vorsicht als Völkerrechtsquelle angesehen werden.

Kelsen, Hans: Tendencias Recientes en el Derecho de las Naciones Unidas (S. 14–26). Wiedergabe des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 679, angezeigten Aufsatzes.
Young, Richard: The Continental Shelf in the Practice of American States (S. 27–36). Verf. stellt die Gesetze und Erklärungen von 14 südamerikanischen Staaten zusammen, die seit 1942 veröffentlicht wurden. Eine kurze Analyse zeigt die verschiedenen Auffassungen, die nur durch eine internationale Konvention auf einen Nenner zu bringen seien.

Fenwick, Charles G.: Reservations to Multilateral Treaties (S. 37–47). In dem Bericht der Völkerrechtsabteilung der Panamerikanischen Union stellt Verf. zunächst die Praxis amerikanischer Staaten dar, die auf der Konvention von Habana (1928) und den vom Governing Board der Panamerikanischen Union am 4. 5. 1932 angenommenen Richtlinien beruht. Der Teil des Berichts über die Arbeit der International Law Commission und die Beschlüsse der UN-Generalversammlung wurde auch im *American Journal of International Law*, Vol. 46, 1952, S. 119 ff., 296 ff. veröffentlicht (vgl. diese Zeitschrift Bd. 14, S. 863, 864).

—: *Consejo Interamericano de Jurisconsultos: Informe del Secretario Ejecutivo* (S. 51–76).

—: *Inter-American Council of Jurists: Report of the Executive Secretary* (S. 77–101). Bericht über die Tätigkeit des Interamerikanischen Juristenausschusses, besonders über die erste Sitzung in Rio de Janeiro vom 22. 5. bis 15. 6. 1950. Von besonderer Bedeutung sind die Arbeiten zur Kodifikation des internationalen öffentlichen und privaten Rechts, wobei sich die Völkerrechts-Unterkommission schließlich auf nur 2 der 26 vorgeschlagenen Materien konzentrierte, nämlich auf das Regime der Territorialgewässer und die Rechtsverhältnisse der Staatenlosen. Erwähnenswert sind ferner die Beschlüsse über die Anerkennung von *de facto*-Regierungen, das Widerstandsrecht und die Errichtung eines interamerikanischen Gerichtshofs zum Schutz der Menschenrechte.

—: *Developments in the Field of Inter-American Organizations* (S. 185–191).

—: *Inter-American Meetings in which the Governments Participated: 1950–1951* (S. 191–215).

Sr

Außenpolitik. Jg. 4, 1953

Horn, Walter: Das Deutschlandproblem in finnischer Sicht (S. 27–32). Die Eingliederung des westdeutschen Wehrpotentials in den Westblock mache ein Nachgeben der UdSSR in der Frage der deutschen Wiedervereinigung unmöglich. Die Forderung der USA, Gesamtdeutschland dem Westen einzugliedern, sei von vornherein und bewußt auf eine politische Unmöglichkeit gerichtet. Verf. befürwortet ein im Verhältnis von Ost- und Westblock neutrales Gesamteuropa und eine unter diesem Gesichtspunkt zu vollziehende Einigung zwischen Frankreich und Deutschland.

Rheinbaben, Werner Freiherr von: Deutsche Ostpolitik in Locarno (S. 33

- 40). Verf. zieht aus der Entwicklung nach dem ersten Weltkrieg die Lehre, daß auch heute eine einseitige nur westlich gerichtete Politik unzweckmäßig sei.
- Dürrenmatt, Peter: Die Politik des neutralen Kleinstaates (S. 88–94).* Betrachtungen an Hand des Status der Schweiz.
- Lütken, Gerhart: Betrachtungen zu einem Deutschlandvertrag (S. 141–151).* Verf. befürwortet, unter Ablehnung der EVG, neue Verhandlungen.
- Sallet, Richard: Wie das Foreign Office arbeitet (S. 171–179).* Berichtet über die Reform von 1943, Auswahl und Ausbildung der Anwärter, die Rangstufen und Organisation.
- Reventlow, Rolf: Internationale Gewerkschaftspolitik (S. 179–189).*
- Jebb, Sir Gladwyn: Warum noch Vereinte Nationen? (S. 234–240).* Verf., britischer Chefdelegierter bei den UN, tritt für deren Fortbestand ein.
- Fischer, Alfred Joachim: Die israelisch-arabischen Waffenstillstandskommissionen (S. 241–248).*
- Kaster, H. L.: Griechen, Türken und die englische Besetzung (S. 249–254).* Behandelt den Status Cyperns und die diesbezüglichen politischen Strömungen.
- Landsberg, William H.: Gruppenmord als internationales Verbrechen. Das »Genocide«-Abkommen der Vereinten Nationen (S. 310–321).*
- Dehio, Ludwig: Das sterbende Staatensystem (S. 345–354).*
- Bendheim, Erich: »Apartheidpolitik« in Südafrika (S. 363–371).* Verf. erläutert die Rassenfrage und hält eine Annäherung der extremen Auffassungen für möglich.
- Tarakanath Das: Ein indisches Problem der Wiedervereinigung (S. 371–375).*
- Rohan, Karl Anton: Österreichische Frage und Einigung Europas (S. 426–432).*
- Beyen, Johan W.: Die europäische Zollunion (S. 433–435).*
- Messerschmidt, Ernst A.: Pakistan und seine politischen Kräfte (S. 446–459).*
- Bechtoldt, Heinrich: Koreanische Bilanz (S. 481–488).*
- Conze, Werner: Tschechen und Deutsche in Mitteleuropa. Aus der Sicht der Sudetenkrise von 1938 (S. 508–517).*
- Freund, Michael: Der Alptraum der Bündnisse. Das Rätsel der britischen Politik im Frühjahr 1939 (S. 549–561).*
- Jungk, Robert: Ein weltpolitisches Führungsinstrument. Der "National Security Council" der Vereinigten Staaten (S. 575–583).*
- Abendroth, Wolfgang: Die völkerrechtliche Situation Deutschlands. Ein Beitrag zur Diskussion über die Deutschlandnote der UdSSR (S. 645–657).* Behandelt die Bedeutung der Note vom 15./16. 8. 1953.
- Wilmot, Chester: Die Rhein-Armee und Europa (S. 712–716).* England fühle sich mit dem Schicksal Westeuropas mehr verbunden als je. Gerade seine Nichtbeteiligung an der Verteidigungsgemeinschaft sei geeignet zu verhindern, daß ein wiedererstarktes Westdeutschland eine Vormachtstellung einnehme.
- Müller, Wolfgang D.: Formosa: Völkerrechtliche Fiktion und politische Realität (S. 726–732).*

Lodgman von Auen, Rudolf: Ein deutsches und europäisches Ostprogramm (S. 770–778).

Bechtoldt, Heinrich: Moskau und die Meerengen (S. 786–797). Dg

Außenwirtschaft. Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen. Jg. 8, 1953

Küng, Emil: Probleme der westeuropäischen Landwirtschaftsintegration (S. 84–107).

Allenspach, Heinz: Die Abkommen über die deutschen Auslandsschulden (S. 108–119). Bh

The Australian Outlook. Vol. 6, 1952

Hill, M. R.: The International Bank (S. 202–210).

— Vol. 7, 1953

Townslay, W. A.: The Schuman Plan: An Experiment in Union (S. 22–35). Übersicht über Entstehung und Aufbau der Montanunion und die politischen Reaktionen auf den Plan.

Rowley, C. D.: The United Nations, Colonialism and Australia (S. 120–128).

Reynolds, J.: The Dutch New Guinea Border (S. 129–131). Geschichte und Kritik der Grenze zwischen Niederländisch-Neuguinea und dem australischen Teil Neuguineas, die eine willkürliche Teilung der Insel bedeute.

Leyser, J.: Treaties of Friendship, Commerce and Navigation (S. 132–135). Skizzierung des Standard-Inhalts von Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsverträgen, deren größere Krisenfestigkeit gegenüber politischen Verträgen hervorgehoben wird. Ws

The Australian Quarterly. Vol. 25, 1953

Nicholas, H. S.: The Coronation and the Monarchy (S. 7–12).

Wheelwright, E. L.: Trade Unions and the State (S. 26–36).

Bland, F. A.: Parliamentary Control of the Purse (S. 43–52). Ws

The British Year Book of International Law. Vol. 29, 1952

Fitzmaurice, G. G.: The Law and Procedure of the International Court of Justice: International Organizations and Tribunals (S. 1–62). In Fortsetzung seiner in Vol. 27, 1950, S. 1 ff. begonnenen und in Vol. 28, 1951, S. 1 ff. fortgeführten Abhandlungsreihe über die vom IGH entwickelten Rechtsgrundsätze gibt Verf. eine Übersicht über die Rechtsprechung des IGH zum Recht der internationalen Organisationen, insbesondere der UN sowie zu Zuständigkeits- und Verfahrensfragen der Gerichtsbarkeit des IGH.

Vallat, F. A.: The General Assembly and the Security Council of the United Nations (S. 63–104). Behandelt die rechtliche Kompetenz-Abgrenzung zwischen Generalversammlung und Sicherheitsrat in den Bestimmungen der UN-Charta, insbesondere auf dem Gebiet der friedenssichernden Funktionen der UN. Verf. behandelt dabei insbesondere die Interpretation der Artt. 10–12 der Charta und ist der Ansicht, daß die bisherigen Beschlüsse der Generalversammlung, soweit sie sich infolge der Untätigkeit des Sicherheitsrats auch mit Fragen der Friedenssicherung

befast haben (wie z. B. in der Abrüstungs-, Palästina- und Koreafrage sowie in der sog. "Uniting for Peace" Resolution vom 3. 11. 1950), sich innerhalb der Grenzen ihrer Kompetenz gehalten hätten.

Jenks, C. Wilfred: State Succession in Respect of Law-Making Treaties (S. 105–144). Verf. kommt auf Grund einer eingehenden Untersuchung des Schrifttums und der Praxis zu dem Ergebnis, daß im Gegensatz zu der Rechtslage bei bilateralen, an die Rechtspersönlichkeit der Vertragsparteien gebundenen Verträgen die Verpflichtungen aus multilateralen rechtsetzenden Verträgen auf die Nachfolgestaaten übergingen. Nur hinsichtlich der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen werde ein Rechtsübergang auf Nachfolgestaaten nicht anerkannt. Verf. empfiehlt, bei der Neubildung oder Anerkennung neuer Staaten die Frage der Übernahme der Verpflichtungen aus multilateralen rechtsetzenden Verträgen staatsrechtlich oder völkerrechtlich rechtzeitig vorher zu regeln.

Albrecht, A. R.: The Taxation of Aliens under International Law (S. 145–185). Behandelt die fremdenrechtliche Frage, inwieweit ein Staat völkerrechtlich berechtigt ist, sein Steuerrecht auf ausländische Staatsangehörige anzuwenden. Er weist insbesondere darauf hin, daß nach allgemeinem Völkerrecht die Besteuerung der Ausländer nicht soweit gehen dürfe, daß sie eine unfaire Diskriminierung darstelle oder einer Konfiskation gleichkomme. Im übrigen könne die nähere Regelung des Umfanges der Besteuerung von Ausländern bei der Verschiedenartigkeit der Steuersysteme zweckmäßigerweise nur bilateral, nicht multilateral erfolgen.

Brandon, Michael: The Validity of Non-Registered Treaties (S. 186–204). Behandelt die Rechtsfolgen, die sich für die beteiligten Staaten im Falle der Nichtregistrierung eines Vertrages entgegen Art. 102 der UN-Charta ergeben. Verf. weist darauf hin, daß die Regelung in Art. 102 UN-Charta wesentlich milder als die früher in Art. 18 des Völkerbündspaktes sei; ein nichtregistrierter Vertrag sei zwischen den Vertragsparteien im vollen Umfange verbindlich, die einzige Sanktion bestehe darin, daß er nicht zur Grundlage eines Rechtsanspruchs vor einem Organ der UN gemacht werden könne.

Weinstein, J. L.: Exchanges of Notes (S. 205–226). Verf. zeigt, daß einem Notenaustausch die gleiche rechtlich verbindliche Wirkung zwischen den Parteien wie bei einem sonstigen völkerrechtlichen Vertrage zukommen kann.

Lyons, A. B.: Judicial Application of International Law and the 'Temporizing' Certificate of the Executive (S. 227–264). Verf. gibt einen Überblick über die britische Gerichtspraxis in denjenigen Fällen, in denen die Regierung auf ein Auskunftersuchen des Gerichts keine klare Stellungnahme zu der ihr vorgelegten völkerrechtlichen Frage abgibt, sondern nur eine »hinhaltende« Antwort erteilt. Verf. kommt auf Grund dieser Gerichtspraxis zu dem Ergebnis, daß die Gerichte in solchen Fällen, in denen die Regierung eine vorzeitige amtliche Festlegung vermeiden will, frei sind, die betreffende völkerrechtliche Frage selbst nach rein rechtlichen Gesichtspunkten zu entscheiden.

Morgens tern, Felice: Jurisdiction in Seizures Effected in Violation of International Law (S. 265–282). Verf. vertritt die Ansicht, daß die innerstaatlichen Ge-

richte es ablehnen sollten, über Personen und Sachen Gerichtsbarkeit auszuüben, die unter Verletzung des Völkerrechts (wie z. B. unter Verletzung der auslieferungsrechtlichen oder der prisenrechtlichen Bestimmungen) in das Staatsgebiet verbracht worden seien.

Morris, J. H. C.: The Recognition of American Divorces in England (S. 283–309).

Schapiro, L. B.: Repatriation of Deserters (S. 310–324). Behandelt die Frage, inwieweit ein kriegführender Staat berechtigt oder verpflichtet ist, Deserteure des gegnerischen Staates zwangsweise zu repatriieren. Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß die Aufforderung zum Überlaufen ein zulässiges Kriegsmittel sei und daß die zwangsweise Repatriierung solcher Deserteure nach Beendigung der Feindseligkeiten einen Akt des Wortbruchs und der Unmenschlichkeit darstellen würde, den das Kriegsvölkerrecht von einem Kriegführenden nicht verlangen kann.

Baxter, Richard R.: Constitutional Forms and Some Legal Problems of International Military Command (S. 325–359).

Lauterpacht, H.: The Problem of the Revision of the Law of War (S. 360–382). Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß nach der umfangreichen Kodifizierung eines wichtigen Teiles des Kriegsrechts in den vier Genfer Abkommen von 1949 die Aussichten, weitere Gebiete des Kriegsrechts zu kodifizieren, nur gering seien. Dies gelte insbesondere für das noch sehr ungeklärte Rechtsproblem bezüglich der Zulässigkeit massierter Bombenangriffe und Verwendung von Atombomben auf Ziele im feindlichen Hinterland. Das Kriegsrecht bedürfe auf diesen und anderen Gebieten infolge der radikalen Änderung der Kriegstechnik und der zunehmenden Verwischung des Unterschiedes zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten weniger einer Kodifizierung geltender Regeln als vielmehr der Entwicklung neuer Regeln, die den humanitären Zwecken des Kriegsrechts im Rahmen der neuen Kriegsnotwendigkeiten gerecht werden. Da diese Rechtsprobleme zu ihrer Lösung längere Zeit brauchten, sollte sich die völkerrechtliche Wissenschaft zunächst einmal der Beseitigung der noch bestehenden Unklarheiten in den Genfer Konventionen von 1949, im Okkupationsrecht und in der Frage der Verfolgung von Kriegsverbrechen zuwenden.

Robertson, A. H.: The European Political Community (S. 383–401). Überblick und kurze Würdigung des Entwurfs der Ad hoc-Versammlung vom 10. März 1953 für einen Vertrag zur Errichtung einer europäischen politischen Gemeinschaft.

Johnson, D. H. N.: The Case concerning Rights of Nationals of the United States of America in Morocco (S. 401–423). Überblick über den historischen Hintergrund und die Rechtsprobleme in dem vom Internationalen Gerichtshof entschiedenen Streitfall zwischen den USA und Frankreich (I.C.J. Reports, 1952, p. 176 ff.).

O'Connell, D. P.: Legal Aspects of the Peace Treaty with Japan (S. 423–435).

Ottensmeyer, D.: Termination of War by Unilateral Declaration (S. 435–442). Behandelt die Frage der Beendigung des völkerrechtlichen Kriegszustandes mit Deutschland nach den beiden Weltkriegen.

Dunbar, N. C. H.: Military Necessity in War Crimes Trials (S. 442–452). Verf. kommt auf Grund der Entscheidungen der Kriegsverbrecher-Prozesse nach dem

zweiten Weltkriege zu dem Ergebnis, daß der Einwand der militärischen Notwendigkeit nach geltendem Recht keine Abweichung von den kriegsrechtlichen Regeln rechtfertige, da diese Regeln bereits unter Berücksichtigung der Kriegsnotwendigkeiten aufgestellt seien.

Robertson, A. H.: The European Convention on Human Rights: Recent Developments (S. 452–454).

Johnson, D. H. N.: Decisions of English Courts During 1951–2 Involving Questions of Public or Private International Law. A. Public International Law (S. 455–476). Je

Cahiers de Législation et de Bibliographie Juridique de l'Amérique Latine. Année 3, 1949/52

Galindez, Jesús de: L'instabilité constitutionnelle dans le droit comparé de l'Amérique latine (N. 10, S. 9–27). Historische Übersicht über die Verfassungen der südamerikanischen Staaten. Sr

Cahiers des Nations Unies. 1953

Rolland, Maurice: L'Union Française devant les Nations Unies (N. 22/23, S. 9–17). Bericht mit anschließender Diskussion.

Kréher, Jean: L'Europe et les Nations Unies (S. 17–26). Bericht mit anschließender Diskussion. Sr

The Canadian Bar Review. Vol. 31, 1953

Driedger, E. A.: The Preparation of Legislation (S. 33–51). Behandelt das Gesetzgebungsverfahren in Kanada.

McWhinney, Edward: Court versus Legislature in the Union of South Africa: The Assertion of a Right of Judicial Review (S. 52–64). Behandelt die Entscheidung des südafrikanischen Supreme Court vom 13. 11. 1952, durch die der südafrikanischen High Court of Parliament Act, 1952, für verfassungswidrig und nichtig erklärt wurde (vgl. oben S. 248 ff.).

Schwartz, Bernard: Civil Liberties and the "Cold War" in the United States (S. 392–427). Behandelt an Hand der Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßnahmen der USA gegen subversive Elemente das Problem der Vereinbarkeit effektiver Bekämpfungsmaßnahmen mit den Grundrechten der politischen Meinungs- und Betätigungsfreiheit.

Whitmore, E. F.: Administrative Law – Labour Relations – Certiorari – Wrongful Rejection of Evidence – Unfair Hearing and Absence of Jurisdiction – Private Clauses (S. 679–694). Kommentiert die Entscheidung des kanadischen Supreme Court in der Sache der *Re Toronto Newspaper Guild, Local 87, and Globe Printing Company*, die den Umfang der Nachprüfbarkeit einer quasi-richterlichen Entscheidung einer Verwaltungsbehörde durch die ordentlichen Gerichte behandelt.

Le Dain, Gerald E.: Administrative Law – Decertification Order of Quebec Labour Relations Board – Judicial Control – Prohibition – Declaration of Nullity – Direct Action (S. 821–830). Behandelt die Entscheidung des kanadischen Supreme Court in der Sache der *Alliance des Professeurs catholiques de Montréal v. Labour*

Relations Board of the Province of Quebec and the Montreal Catholic School Commission, in der das gleiche Problem behandelt wird.

Kennedy, W. P. M.: The Office of Governor General in Canada (S. 994–999). Behandelt Rechtsstellung und Funktionen des Generalgouverneurs in Kanada im Hinblick auf die 1947 neugefaßten Richtlinien der britischen Krone für seine Amtsführung (abgedruckt in *University of Toronto Law Journal*, Vol. 7 [1948], p. 474).
Whitmore, E. F.: Administrative Law – Labour Relations – Certiorari – “Person Employed in a Confidential Capacity” – Power of Court to Examine Evidence (S. 1043–1055). Kommentiert die Entscheidung des kanadischen Supreme Court in Sachen *The Labour Relations Board (B. C.) et al. v. Canada Safeway Limited* (1953) 2 S.C.R. 46, in der die Frage der Nachprüfbarkeit der quasi-richterlichen Entscheidungen von Verwaltungsbehörden durch die ordentlichen Gerichte behandelt wird. Je

Columbia Law Review. Vol. 53, 1953

Taylor, Telford: The Krupp-Trial: Fact v. Fiction (S. 197–210). Erwiderung auf kritische Bemerkungen von *Kronstein* in seiner Besprechung des Buches von *Wilmsky*: »Warum wurde Krupp verurteilt?«

Kronstein, Heinrich: A Reply to Mr. Taylor (S. 211–213).

Gordon, Emanuel L.: Loss of Citizenship by Continuous Residence Abroad (S. 451–475). Behandelt den Verlust der amerikanischen Staatsangehörigkeit durch dauernden Auslandsaufenthalt. Mr

La Comunità Internazionale. Vol. 8, 1953

Salis, Jean R. de: Aspetti storici dell'unità europea (S. 206–220). Zieht Parallelen u. a. zur Entwicklung Deutschlands aus dem Zollverein.

Diebold Jr., William: L'Organizzazione Internazionale del Commercio (I.T.O.): Ragioni di un insuccesso e prospettive di superamento (S. 221–243).

Cialdea, Basilio: Formazione e sviluppi delle istituzioni europee (S. 244–278). In Fortsetzung des oben S. 351 angezeigten Aufsatzes behandelt Verf. die EVG, besonders auch ihre Beziehung zur NATO, und die Vorarbeiten der *Ad hoc*-Versammlung für die Europäische Gemeinschaft bis zum Entwurf vom 10. 3. 1953, den Verf. analysiert.

Guggenheim, Paul: Universalismo e regionalismo europeo nel diritto internazionale (S. 407–422). Verf. spricht von der allenthalben gleichartigen »Infrastruktur« des Völkerrechts, die sich in universellen Normen niederschläge, ohne Rücksicht auf regionale Gliederungen der Staatengemeinschaft. Diese allgemeingültigen Normen, nicht das traditionelle *ius publicum europaeum*, seien Grundlage des europäischen und amerikanischen Regionalismus. Das Problem der Unteilbarkeit des Kriegs und des Friedens stehe am Anfang der Universalität der internationalen Organisation. Die Schwierigkeiten für den Universalismus sieht Verf. weniger in universaler Gerichtsbarkeit als in universaler Beteiligung an Sanktionen gegen Angreifer, was dem Völkerbund kontinental-regionalen Charakter gegeben habe. Grundprinzip der Bemühungen vom Locarno-Pakt 1925 bis zu den Abrüstungskonferenzen 1932–34 sei gewesen, die Mitwirkung an internationalen »Polizei-

aktionen« nach geographischen Gesichtspunkten abzustufen, was ein Wachsen der Belastung mit der geographischen Nähe zum Angreifer bedeute, mithin eine Einschränkung des Universalismus im Sinne eines Systems regionaler Allianzen. In der UN-Charta trete die universalistische Konzeption schwächer hervor als im Völkerbundspakt: Das friedliche Streitschlichtungsverfahren des Kap. VI habe nur subsidiären Charakter, selbst wo es sich um Kriegsverhütung handle; für die UN werde hierin kein Monopol beansprucht. Verf. zeigt, wie sich das Problem Universalismus-Kontinentalismus-Regionalismus auch im Rahmen der Versuche einer westeuropäischen politischen Integration stellt, und arbeitet die Unterschiede zwischen Montanunion und dem klassischen Typ internationaler Organisationen heraus.

Monaco, Riccardo: Le comunità sopranazionali nell'ordinamento internazionale (S. 441–458). Verf. geht aus von der horizontalen, auf grundsätzlicher Gleichordnung beruhenden Struktur der allgemeinen internationalen Gemeinschaft wie auch der spezielleren »Unionen« ihrer Glieder. Diesen Unionen stellt er die auf engere Kooperation und Subordination der beteiligten Staaten angelegten, auf bestimmte Sach-Sektoren begrenzten »Gemeinschaften« wie die EGKSt und die EVG gegenüber, deren »supranationaler« Charakter sie aber doch nur graduell von den Unionen unterscheide. Wenn supranationale Gemeinschaften durch ihre Organe die an sich dem internen Recht der beteiligten Staaten Unterworfenen mit ihren Normen und Befehlen erreichen, so sei insoweit für einen Dualismus zwischen dem Recht der Gemeinschaft und dem Recht der Gliedstaaten kein Raum, auch wenn man davon ausgeht, daß die Beziehungen zwischen den Gliedstaaten dem Völkerrecht unterstehen. Verf. tritt der Meinung entgegen, die Errichtung einer Gemeinschaft zur Ausübung normalerweise staatlicher Funktionen bedeute zwangsläufig eine Übertragung staatlicher Befugnisse (Hoheitsrechte) auf die Gemeinschaft oder eine Souveränitätsbeschränkung (S. 447 ff.), findet hierin also auch kein Charakteristikum der supranationalen Gemeinschaften. Deren Wesensbestimmung unternimmt er an Hand der Begriffe »Effektivität« und »*dédoublement fonctionnel*«, trotz grundsätzlicher Ablehnung der Theorie von Scelle, und arbeitet einzelne Merkmale heraus.

Benvenuti, Ludovico: Illusioni e realtà delle Nazioni Unite (S. 563–571).

Perassi, Tomaso; Roberto Ago: Osservazioni sul problema della revisione dello Statuto delle Nazioni Unite (S. 572–577). Wiedergabe der Stellungnahme der Società italiana per l'organizzazione internazionale u. a. zu den Fragen: Zulassung neuer Mitglieder, Zusammensetzung des Sicherheitsrats, Aktion bei Friedensbedrohung, Regionalpakte, internationales Regime und Treuhandverwaltung, Sicherheitsabkommen in der Übergangszeit.

Carli, Guido: Luci ed ombre della politica europeistica (S. 578–583).

Sterpellone, Alfonso: La politica internazionale degli Stati Uniti nel passaggio dall'amministrazione democratica all'amministrazione repubblicana (S. 584–611).

Di Simone, Giovanni Maria: Le Nazioni Unite ed il finanziamento dello sviluppo delle economie arretrate (S. 612–630). Der VIII. Vollversammlung des

Weltverbandes der Gesellschaften für die UN vom 7.–13. 9. 1953 in Paris von der italienischen Delegation vorgelegter Bericht.

— **Vol. 9, 1954**

Salvatorelli, Luigi: Occidente e Oriente nel 1953 (S. 3–18).

Spiereburg, D. P.: La Comunità europea del carbone e dell' acciaio. Fatti e prospettive (S. 19–34). Der Ausdruck »supranational« bedeute keine Überordnung der Hohen Behörde über die Regierungen der beteiligten Staaten, sondern deren Befugnisse seien von der Hohen Behörde im Sachbereich der EGKSt übernommen worden. Die EGKSt sei aber kein Super-Kartell. Verf. gibt einen kurzen Erfahrungsbericht über den gemeinsamen Markt seit Frühjahr 1953 und eine Vorausschau auf die künftige Politik der Hohen Behörde.

Malagodi, Giovanni Francesco: Problemi della politica di integrazione economica europea (S. 35–50). In seinem am 7. 12. 1953 gehaltenen Vortrag stellt Verf. im Rahmen vorwiegend wirtschaftspolitischer Erwägungen als Probleme u. a. heraus: die Zollschranken (Abbau nach innen und Vereinheitlichung nach außen), Koordination der Produktionsfaktoren, des Arbeits- und Kapitalmarktes.

Jacobsen, Pierre: Il Comitato per le migrazioni ed il problema della sovrappopolazione europea (S. 51–62). Nach Analyse des Übervölkerungsproblems in Italien, Griechenland, den Niederlanden, Österreich und der Bundesrepublik Deutschland und seiner möglichen Lösungen berichtet Verf. über die bisherige Tätigkeit des im Dezember 1951 in Brüssel geschaffenen Intergouvernementalen Komitees für europäische Bevölkerungsbewegungen.

Socini, Roberto: La questione della Saar e l'attuale posizione internazionale del suo territorio (S. 63–80). Nach einem Rückblick auf die Stellung des Saargebiets seit dem Mittelalter bis zur Abstimmung vom 13. 1. 1935 berichtet Verf. über die Entwicklung seit 1945 bis September 1953. Das Gebiet sei nach 1945 ein Staat geworden, dessen Beziehungen zu Frankreich durch die Saarverfassung vom 15. 12. 1947 und die Abmachungen von 1948 und 1950 geregelt seien, die Verf. für rechtsgültig hält. Die deutsche Souveränität über das Saargebiet sei erloschen, da Deutschland infolge der totalen Besetzung seines Gebiets, der bedingungslosen Kapitulation und des Aufhörens jeder Regierungstätigkeit als Völkerrechtssubjekt kraft Debellation zu bestehen aufgehört habe (S. 78). Verf. verzichtet auf Auseinandersetzung mit gegenteiligen Auffassungen und betrachtet die Beziehung zwischen dem Saargebiet und Frankreich als Protektorat.

Rn

Cuadernos de Estudios Africanos. 1953

Martín de la Escalera, Carmen: Una constante en el porvenir de Marruecos (N. 21, S. 45–62). Die Verf. schildert die Entwicklung in Französisch-Marokko seit Ende der 30er Jahre unter Hervorhebung des wirtschaftlichen Aufschwungs und der daraus für die französischen Protektorsbehörden entstehenden neuen Probleme.

Gil Benumeya, Rodolfo: Nueve meses de Egipto nacional con Mohammed Naguib (N. 22, S. 9–18).

Rubio García, Leandro: Hipernacionalismo y diplomacia: el caso del Sud-

oeste africano (S. 19–32). Der Status Südwest-Afrikas sei auch nach dem Gutachten des IGH noch nicht geklärt. Die südafrikanische Regierung betrachte das Gebiet als Teil ihres Staates und wolle aus strategischen Gründen keine Unterstellung unter den Treuhandschaftsrat der UN, worin die UdSSR vertreten ist. Infolge der stillschweigenden Duldung der Verwaltungsunionen in Afrika durch die internationalen Organe sehe sich die südafrikanische Regierung in ihrer Haltung bestärkt.

Lerugar, L.: Europa y Africa: juicios federalistas (N. 23, S. 9–24). Der »Straßburger Plan« für die Erschließung der afrikanischen Kolonialgebiete der Europaratsmitglieder habe den kolonialen Gedanken neu belebt. In die Verbindungslinie zwischen Europa und den Kolonialgebieten habe sich der Gürtel arabischer Staaten mit starkem Eigenleben eingeschoben. Zur politischen und rechtlichen Eingliederung der afrikanischen Gebiete schlägt Verf. eine föderalistische Lösung vor, und zwar unter europäischer Führung, da sonst die Gefahr einer völligen Autonomie der afrikanischen Gebiete bestehe.

Musa Abbud: Los privilegios eclesiásticos en el Líbano: su historia, su contenido (S. 55–61). Verf. behandelt die Privilegien des Klerus, der Heiligen Stätten, der kirchlichen Gebäude usw. Sr

Cuadernos de Política internacional. 1952

Cordero Torres, José M.: Las modificaciones del régimen tangerino (N. 12, S. 9–18). Die Verhandlungen der Signatarmächte der Akte von Algeciras – also ohne die Sowjetunion – haben zu der Revision des Tanger-Statuts vom 10. 11. 1952 geführt. Dadurch werden die Spanien diskriminierenden Bestimmungen der Verträge vom 31. 8. 1945 aufgehoben und im wesentlichen der frühere Rechtszustand wiederhergestellt.

Lerugar, L.: Gobierno para el Mundo? (S. 55–68). Verf. prüft an Hand zahlreicher Veröffentlichungen und von Aussprüchen führender Staatsmänner und Publizisten die Aussichten, unter dem Eindruck der Zerstörungskraft der Atom-bombe zu einer Weltregierung zu gelangen. Dabei werden die in den Vereinigten Staaten nicht unbedeutenden Strömungen nicht übersehen, welche schon den Souveränitätsverlust an die Vereinten Nationen als gefährlich ansehen. Verf. schließt mit dem Vorschlag, nicht eine Welt mit einem Rom, sondern eine Welt mit zwei Karthagos zu erstreben.

Moreno Sandoval, Julio: La Unión holando-indonesia y la cuestión de Nueva Guinea (S. 105–113). Nach erfolglosem Ablauf der in dem Souveränitäts-übergabevertrag vom 27. 12. 1949 vorgesehenen Frist betrachtet Indonesien die Herrschaft der Niederlande über Neu-Guinea als illegal. Verf. schildert die seitherige Entwicklung des Streits.

— 1953

Cordero Torres, José M.: Nuevas perspectivas sobre el problema de Gibraltar (N. 13, S. 9–23). In je 10 Thesen stellt Verf. die Ansichten Spaniens und Großbritanniens einander gegenüber. Er skizziert einen Plan für die mögliche Zusammenarbeit der beiden Mächte, wodurch der militärische Wert der Sperrfestung gewinnen könnte.

Barcia Trelles, Camilo: El Presidente Eisenhower y los Acuerdos secretos (S. 25–39). Verf. vergleicht eine der republikanischen Wahlparolen, nämlich die Nichtanerkennung der im Kriege geschlossenen Geheimabkommen mit den damaligen Alliierten, mit der von Eisenhower im Kongreß abgegebenen Erklärung und der Resolution vom 20. 2. 1953, worin nur noch der Mißbrauch und die Verletzung der Verträge verurteilt werden. Diese Diskrepanz nimmt Verf. als Symptom der unklaren und unsicheren amerikanischen Politik gegenüber der UdSSR. Sr

Cursos Monográficos. Vol. 1, 1948

Academia Interamericana de Derecho Comparado e Internacional.

Matos, José: Organización internacional de Ginebra a San Francisco (S. 183–254). Verf., von 1927–1933 Vertreter Guatemalas beim Völkerbund, gibt einen geschichtlichen Rückblick auf die Entwicklung des Gedankens der internationalen Organisation, besonders in nord- und südamerikanischen Entwürfen und Anregungen. Der Völkerbund als »embrionale Staatenföderation« sei den gestellten Aufgaben nicht gewachsen und daher Gegenstand scharfer südamerikanischer Kritik gewesen. Die neue Weltorganisation beruhe u. a. auf zahlreichen Erfahrungen der interamerikanischen Staatenpraxis und berechtige zu neuen Hoffnungen.

Finch, George A.: The Sources of Modern International Law (S. 453–528). Wiederabdruck der 1937 erschienenen gleichnamigen Monographie, besprochen in dieser Zeitschrift Bd. 8, S. 208 f.

Murdock, James O.: Organization of a System of International Courts (S. 529–577). An geschichtlichen Beispielen stellt Verf. die Entwicklung der Schiedsgerichtsbarkeit und anderer Mittel zur friedlichen Streiterledigung dar. Abschließend werden die Vorschläge von Dumbarton Oaks vom 7. 10. 1944 und der American Bar Association vom 12. 9. 1944 zur Errichtung von internationalen Gerichtshöfen abgedruckt und kommentiert.

— Vol. 2, 1952

Podestá Costa, Luis A.: La Responsabilidad Internacional del Estado (S. 157–223). Der Hauptfall der Verletzung der Person oder des Vermögens von Ausländern wird an den Beispielen des mexikanisch-nordamerikanischen Konfliktes der Jahre 1825–1861, dem argentinisch-französisch-englischen Konflikt (1821–1851) und anderen Vorkommnissen der südamerikanischen Staatenpraxis dargestellt. Dabei sei die geschädigte Einzelperson stets hinter ihrem Heimatstaat verschwunden; die Schiedsgerichtsbarkeit habe sich als bestes Schlichtungsmittel bewährt. Verf. analysiert Theorie und Praxis (Calvo-Klausel, Drago-Doktrin usw.). Der Ausländer lebe im Gastland in einer Schicksalsgemeinschaft (*comunidad de fortuna*), woraus sich als gerechteste Lösung die Naturalrestitution ergebe.

Kunz, Josef L.: Teoría General del Derecho Internacional (S. 327–444). Vor der Academia Interamericana de Derecho Comparado e Internacional in Habana 1950 gehaltene Vorlesung. Die geistige Krise der westlichen Welt, in der das »Prinzip der Unsicherheit« als wissenschaftliche Hypothese angesehen wird, wirke auch auf das Recht ein. Davon ausgehend beschreibt Verf. den Charakter des Völkerrechts als positiven, überstaatlichen Rechts mit Vorrang vor dem staatlichen Recht.

Übergehend zum zeitlichen, örtlichen, sachlichen und persönlichen Geltungsbereich des Völkerrechts untersucht Verf. besonders die Frage der Völkerrechtssubjekte und ihre jüngste Entwicklung. In der Vorlesung über die Rechtsschöpfung im Völkerrecht beschäftigt sich Verf. u. a. mit der Rivalität zwischen Staaten und internationalen Organisationen bei der Vereinbarung neuen Völkerrechts, gibt anschließend einen Überblick über die Abgrenzung der Gültigkeit einzelstaatlicher Rechtshandlungen durch das Völkerrecht und schließt mit der Behandlung des völkerrechtlichen Delikts und der völkerrechtlichen Haftung.

— **Vol. 3, 1953**

Ayala, Francisco: Derechos de la Persona Individual para una Sociedad de Masas (S. 1–43). Verf. zeigt die historische Entwicklung des Kampfes um die Menschenrechte, denen die Erklärung der Vereinten Nationen neuen Sinn gegeben hat. Der heutige Massenstaat bedinge andere Methoden bei der Verteidigung der individuellen Freiheit als die Expansionszeit des 19. Jahrhunderts.

Sayagués Laso, Enrique: Los Derechos Humanos y las Medidas de Ejecución (S. 45–124). Mit der Veröffentlichung der UN-Erklärung der Menschenrechte, deren Vorgeschichte Verf. schildert, sei nur der erste Schritt getan. Die Durchsetzung der darin niedergelegten Prinzipien bedürfe noch weiterer Vorbereitung und der Anpassung des nationalen Rechts an die internationale Norm. Den Verf. beschäftigt vor allem die Frage der Gerichtsbarkeit, die durch die Europäische Menschenrechtskonvention weiter vorangetrieben sei, und er warnt vor Hoffnungen auf schnelle Entwicklung.

Dorn, Herbert: Los Derechos Humanos como Fuerzas Formativas del Desarrollo Económico-Social (S. 125–196).

Gutiérrez, Gustavo: El Desarrollo Económico en Función de los Derechos Humanos (S. 197–261).

Cosme de la Torre: Los Derechos del Hombre en las Constituciones de las Revoluciones por la Independencia de Cuba (S. 263–275).

Cortina Jr., José M.: Problemas Técnicos del Proyecto de Pacto de los Derechos del Hombre (S. 277–294). Verf. behandelt u. a. Fragen der Verbindung der politischen Rechte mit den wirtschaftlichen, der Föderativ- und der Kolonialklausel sowie des Selbstbestimmungsrechts der Völker und des Minderheitenschutzes.

Lavín, Pablo F.: La Declaración Americana de los Derechos y Deberes del Hombre (S. 313–334). Verf. analysiert die 38 Artikel der Erklärung vom 2. 5. 1948, deren Grundgedanken z. T. in die OAS-Charta eingegangen seien. Sr

Dänische Rundschau. 1953

Eriksen, Erik: Dänemarks neue Verfassung (N. 4, S. 1–5). Rn

Debates de Mesa Redonda. Vol. 1, 1947

Academia Interamericana de Derecho Comparado e Internacional.

Borchard, Edwin M.: Protección Diplomática de los Ciudadanos en el Extranjero (S. 95–99). Verf. stellt der orthodoxen Theorie vom diplomatischen Schutz die »Robles-Beteta-Cruchaga Ossa-Doktrin« gegenüber, wonach der Ausländer keine bessere Rechtsstellung beanspruchen darf als der Inländer. Da die südameri-

kanischen Republiken bestrebt sind, unter Berufung auf die letztere Theorie alle Interventionen fremder, besonders der Gläubigerstaaten zurückzuweisen, befürchtet Verf. Nachteile bei weiteren Nationalisierungsmaßnahmen und ähnlichen gläubigerfeindlichen Eingriffen. Er empfiehlt daher die Weitergeltung der orthodoxen Theorie, die seit Vattel anerkannt werde. Dazu Diskussion (S. 10–28) unter Beteiligung von Germán Fernández del Castillo, G. A. Finch usw.

Cárdenas, Raúl de: La Defensa de la Constitución (S. 100–106). Der Schutz der Verfassung könne den Gerichten anvertraut werden, aber auch durch ein Widerstandsrecht gewährleistet sein. In seinen Vorschlägen empfiehlt Verf. beide Wege: die Entscheidungsbefugnis über Normenkontrollklagen dem Obersten Landesgericht in seiner Gesamtheit, nicht einem Senat anzuvertrauen, wobei die Erklärung der Verfassungswidrigkeit die Aufhebung des angefochtenen Gesetzes bewirke. Handlungen, die sonst Widerstand gegen die Staatsgewalt darstellen würden, können auf Grund des Widerstandsrechts gerechtfertigt sein. Durch ein abgekürztes *habeas corpus*-Verfahren sollen verfassungswidrige Hoheitsakte aufgehoben werden können. Diskussion: S. 29–43.

Alfaro, Ricardo J.: La Defensa Internacional de los Derechos del Hombre (S. 107–113). Verf. zeigt das menschliche Verlangen nach der Garantie der Grundrechte an geschichtlichen Beispielen. Im heutigen Leben seien die wirtschaftlichen Grundrechte neben das Recht auf Teilnahme am öffentlichen Leben im demokratischen Staat getreten. Hauptfrage sei, welche Instanz imstande ist, den Schutz der Rechte zu übernehmen und zu sichern. In der Diskussion (S. 45–62) wurde die Errichtung eines internationalen Kontrollorgans befürwortet.

— Vol. 2, 1948

Hudson, Manley O.: Las Perspectivas del Derecho Internacional (S. 117–125). Verf. behandelt Grundfragen des Völkerrechts, z. B. den Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Recht, Fragen der Rechtsfähigkeit, der Transformation, die Weiterentwicklung sowie Schwächen des Völkerrechts. In der Diskussion (S. 125–137) wird betont, daß Privatrecht oft zur Interpretation völkerrechtlicher Regeln heranzuziehen sei, wovon Verf. warnt unter Hinweis auf die Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Recht. Nach seiner Meinung entwickelt sich das Völkerrecht vom Recht der Staatengemeinschaft zu einem Recht der internationalen Organisation und deren Mitgliedsstaaten, während die Stellung des Individuums im Völkerrecht sich erst langsam zu ändern beginnt. Die Übernahme des Völkerrechts in das nationale Recht durch die Staatsverfassung bedeute keinen Fortschritt des Völkerrechts, welches nur durch internationale Vereinbarung und Rechtsprechung gefördert werden könne. Die fortdauernde Duldung der Gewaltanwendung als letztes Mittel, die mangelnde obligatorische Gerichtsbarkeit und die ungeordnete Vielfalt der Materien seien Schwächen des Völkerrechts, die aber in gemeinsamer Anstrengung überwunden werden können.

Theiler, Eduardo: Os direitos e deveres (obrigações) internacionais dos estados (S. 217–231). In 86 Leitsätzen stellt Verf. die Rechte und Pflichten der Staaten einander gegenüber und formuliert einen Vorschlag für eine von den UN zu ver-

kündende Erklärung. In der Diskussion (S. 140–177) wird zunächst die Frage behandelt, ob das zu verkündende Instrument nur eine Erklärung sei oder Vertragscharakter haben soll. Letzteres wird befürwortet, da auch bei fehlenden Ratifikationen die moralische Verpflichtung zur Beachtung der Leitsätze bestehen bleibe. Ob den einzelnen Rechten jeweils die entsprechende Verpflichtung gegenübergestellt oder die beiden Komplexe für sich aufgeführt werden sollen, wird nicht entschieden. Die weitere Aussprache konzentriert sich auf das Problem der Souveränität, der Nichtintervention und das Recht auf Existenz eines Staates. Sr

Foreign Affairs. Vol. 31, 1952/53

Schuman, Robert: France and Europe (S. 349–360). Verf. schildert die Entwicklung der Europa-Idee seit den 20er Jahren bis zur Unterzeichnung des EVG-Vertrags und die französische Einstellung dazu.

Adenauer, Konrad: Germany and Europe (S. 361–366). Den wesentlichsten Beitrag der Bundesrepublik zur Europa-Idee sieht Verf. im Schuman-Plan und im EVG-Vertrag.

Jebb, Sir Gladwyn: The Free World and the United Nations (S. 382–391).

Altschul, Frank: America's New Economic Rôle (S. 392–404). Verf. befürwortet ein multilaterales Handels- und Zahlungsabkommen.

Middleton, Drew: NATO Changes Direction (S. 426–440). Behandelt die Änderung der Entwicklungsrichtung der NATO seit der Lissabonner Konferenz.

Hatta, Mohammed: Indonesia's Foreign Policy (S. 441–452).

Bullard, Sir Reader: Behind the Oil Dispute in Iran: A British View (S. 461–471). Behandelt die politischen Hintergründe des Ölstreits.

Wilber, Donald N.: Afghanistan, Independent and Encircled (S. 486–494). Verf. berichtet über die geschichtliche Entwicklung des Landes, seine außenpolitischen Beziehungen und inneren Schwierigkeiten.

Alexandrowicz, C. H.: India and the Tibetan Tragedy (S. 495–500). Behandelt die staatsrechtliche Geschichte Tibets und seine Beziehungen zu Indien, die sich infolge der chinesischen Vorherrschaft lockerten.

Eagleton, Clyde: Excesses of Self-Determination (S. 592–604). Verf. weist auf die Unbestimmtheit des Begriffs »Selbstbestimmungsrecht« hin und betont, daß der Begriff vor allem jetzt deshalb viel an Wert eingebüßt habe, weil er sich auf eine kolonialfeindliche Einstellung gründe. Es wäre an der Zeit, den Begriff mit faßbaren Werten auszufüllen, zu denen auch der der Verantwortlichkeit kommen müßte. Es könne nicht ausreichen, daß eine Gruppe bloß die Selbstbestimmung verlange, vielmehr müsse eine genügende Homogenität und ein entsprechendes Staatsbewußtsein vorhanden sein.

Siegfried, André: The Suez: International Roadway (S. 605–618). Verf. sieht es als ausgeschlossen an, daß der Kanal 1968, wie nach dem Konzessionsvertrag vorgesehen, von der ägyptischen Regierung zu Eigentum übernommen werden könne, ohne daß diese entsprechende internationale Verpflichtungen eingehe.

Munro, L. K.: New Zealand and the New Pacific (S. 634–647). Bericht über das Verhältnis des Dominion zum Mutterland und zu seinen Nachbarländern. Er

geht insbesondere auf den am 1. 9. 1951 erfolgten Beitritt zu Anzus ein; darin liege keine Abkehr vom Mutterland, sondern nur eine Berücksichtigung der heutigen politischen Lage.

Fernsworth, Lawrence: Spain in Western Defense (S. 648–662). Angemessene Hilfeleistung und Verständnis für die Eigenarten des Landes seien die besten Maßnahmen bei der Politik gegenüber Spanien.

Ballantine, Joseph W.: The Future of the Ryukyus (S. 663–674). Verf. behandelt u. a. die den USA durch Art. 3 des Friedensvertrags mit Japan gegebenen Möglichkeiten der künftigen Gestaltung der staatsrechtlichen Lage der Inseln. Er befürwortet Rückgabe an Japan und gleichzeitigen Abschluß eines Vertrags, der den USA Stützpunkte sichert.

Vol. 32, 1953/54

Dean, Arthur H.: The Bricker Amendment and Authority Over Foreign Affairs (S. 1–19). Verf. bespricht die von Senator Bricker am 7. 1. 1953 vorgeschlagene Verfassungsänderung (J. R. 1), die die Mitwirkung des Kongresses bei allen internationalen Abkommen und *executive agreements* vorsieht. Er untersucht die bisherige Lage und kommt zum Ergebnis, daß nach dem Willen der Verfassung die Gestaltung der Außenpolitik in den Händen des Präsidenten und des Senats lag. Die vorgeschlagene Änderung sei eine radikale Umgestaltung, für deren zwingende Notwendigkeit der Beweis nicht erbracht worden sei.

Mosely, Philip E.: The Kremlin's Foreign Policy Since Stalin (S. 20–33).

Dexter, Byron: Locarno Again (S. 34–47). Verf. berichtet über die in den 20er Jahren bestehende politische Lage und die Entwicklung, die zum Locarno-Vertrag führte. Er untersucht die heutige Situation, ob sie zu einem solchen Übereinkommen geeignet wäre.

Armstrong, Hamilton Fish: The Grand Alliance Hesitates (S. 48–67). Behandelt die politische Einstellung der Westmächte nach Stalins Tod.

Bussche, Axel von dem: German Rearmament: Hopes and Fears (S. 68–79).

Whittlesey, Derwent: Kenya, the Land and Mau Mau (S. 80–90).

Kveder, Dushan: "Territorial War": The New Concept of Resistance (S. 91–108). Behandelt die Voraussetzungen und Fragen des Partisanenkrieges an Hand des jugoslawischen Beispiels im 2. Weltkrieg.

Tael Jr., John J.: The Rebirth of North Norway (S. 123–134). Weist auf die strategische, wirtschaftliche und geschichtliche Bedeutung der nördlichen Landesteile hin unter Berücksichtigung des verstärkten Wiederaufbaus.

Caroe, Sir Olaf: Soviet Colonialism in Central Asia (S. 135–144). Behandelt die transkaspischen Teile der UdSSR.

Ut

Harvard Law Review. Vol. 66, 1952/53

O'Brian, John Lord: New Encroachments on Individual Freedom (S. 1–27). Verf. weist auf die verschiedenen in und nach den beiden Weltkriegen getroffenen Maßnahmen zum Schutze der nationalen Sicherheit hin, die eine Beeinträchtigung der im 1. Amendment geschützten persönlichen Freiheit bedeuten, und kritisiert die diesbezügliche Rechtsprechung des Supreme Court. Solche Maßnahmen mögen

erforderlich sein, doch sollten sie nur zu einer möglichst geringen Schwächung der persönlichen Sicherheitsgarantien führen.

Pound, Roscoe: Procedure under Rules of Court in New Jersey (S. 28–46). Behandelt die Verankerung des Justizsystems in der Verfassung von New Jersey von 1947.

Freund, Paul A.: The Supreme Court, 1951 Term. Foreword: The Year of the Steel Case (S. 89–184). Der Bericht über die Tätigkeit des Gerichts behandelt: I. Constitutional Law, II. Government Regulation, III. Administrative Law, IV. Federal Jurisdiction and Procedure, V. Federal Taxation, VI. Business of the Court.

Ginnane, Robert W.: The Control of Federal Administration by Congressional Resolutions and Committees (S. 569–611). Verf. geht aus von der sich seit 1939 abzeichnenden Tendenz, der gesetzgebenden Körperschaft in Bundesgesetzen Anweisungsbefugnisse gegenüber der Exekutive zur Vornahme oder Unterlassung von Handlungen oder zur Einholung vorheriger Zustimmung der Congressional Committees einzuräumen, und untersucht die darin liegenden Möglichkeiten der Machtkonzentration beim Kongreß und einer Umgehung der Vetobefugnis des Präsidenten. Diese Methode sei zumindest geeignet, die herkömmliche Gewaltenteilung zu verändern.

—: *Developments in the Law – Immigration and Nationality (S. 643–745).* Umfassende Darstellung der Bestimmungen und der Praxis der Einwanderung, Ausweisung sowie Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit in den USA, besonders des Immigration and Nationality Act, 1952.

Griswold, Erwin N.: The Demise of the High Court of Parliament in South Africa (S. 864–872). Bericht über den High Court of Parliament Act, 1952, und über die Entscheidung der Appellate Division vom 13. 11. 1952, in der dieses Gesetz für verfassungswidrig erklärt worden war.

—: *Statutory Regulation of Political Campaign Funds (S. 1259–1273).* Untersucht die politischen und verfassungsrechtlichen Schwierigkeiten, die Wahlpropagandagelder zu kontrollieren. Verf. schlägt eine Lösung vor, die auf eine Beschränkung der privaten Zuwendungen und staatlichen Zuschüsse hinausläuft.

—: *The Proper Scope of the Civil Rights Acts (S. 1285–1300).* Behandelt die geschichtliche Entwicklung der einschlägigen Gesetze in den USA und die Rechtsprechung der Gerichte dazu.

Jackson, Robert H.: A Presidential Legal Opinion (S. 1353–1361). Behandelt ein Rechtsgutachten Roosevelts zum Lend-Lease Act (1941), in dem er eine Bestimmung für verfassungswidrig erklärt, obgleich sie politisch nötig sei.

Hart Jr., Henry M.: The Power of Congress to Limit the Jurisdiction of Federal Courts: An Exercise in Dialectic (S. 1362–1402). In Frage und Antwort behandelt Verf. die Befugnis des Kongresses, durch Gesetzgebung die Jurisdiktion der Gerichte auch hinsichtlich verfassungsmäßig garantierter Rechte zu beschneiden. Der Kongreß könne diese Rechte nicht verfassungsmäßig des Rechtsschutzes entkleiden. Die Gerichte seien nicht gehindert, sondern sogar verpflichtet, verfassungsgemäß zu entscheiden, also sachlich zu prüfen und nicht wegen Unzuständigkeit abzuweisen. Ut

Headline Series. 1953

Padover, Saul K.: Europe's Quest for Unity (N. 97, S. 3–57).

Badeau, John S.: The Emergence of Modern Egypt (N. 98, S. 3–52). Bericht über die geschichtliche Entwicklung und die jetzige wirtschaftliche und politische Lage.

Nolte, Richard H.: The Problem of the Sudan (S. 53–62).

Ut

Indian Law Review. Vol. 6, 1952

Schwartz, Bernard: Delegation of Legislative Power. A Comparison on Indian and American Law (S. 19–26).

Green, L. C.: The Status of Pakistan (S. 65–77). Besprechung von Urteilen zur Frage der Rechtsstellung und Immunität Pakistans vor englischen Gerichten.

Sen Gupta, N. C.: Peace and Law (S. 78–89).

Banerjee, D. N.: Freedom of Speech and Expression in India: Clear- and - Present-Danger Test (S. 90–103).

Sen, Sirdar D. K.: The Security Council and the Kashmir Dispute (S. 104–111).

Ws

Información Jurídica. 1953

Lorente Rodríguez, Luis M.: El Tribunal Internacional de Justicia (S. 365–376). Übersicht über Organisation und wichtigste Entscheidungen des IGH. C. O.: *Rumania: Nueva Constitución de la República Popular (S. 515–520).* Darstellung der Verfassung vom 24. 9. 1952.

Hernández y Sánchez-Barba, Mario: Españoles, rusos e ingleses en el Pacífico Norte, durante el siglo XVIII (S. 549–566).

Castejón, Federico: La unificación del Derecho: Situación actual y medios propuestos para su desenvolvimiento (S. 649–667). Bericht für den 4. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung, u. a. über Organisation und Arbeitstechnik der vergleichenden Rechtswissenschaft.

Lozano Serralta, M.: La nueva ley de Nacionalidad suiza de 29 de septiembre de 1952 (S. 941–947).

—: *Yugoslavia: La Organización constitucional (S. 997–1003).* Bericht über die Verfassung vom 13. 1. 1953.

Sr

International Affairs. Vol. 29, 1953

Cumming, D. C.: British Stewardship of the Italian Colonies: an Account Rendered (S. 11–21).

Dolapchiev, N.: Law and Human Rights in Bulgaria (S. 59–68).

Alphand, Hervé: The 'European Policy' of France (S. 141–148).

Gathorne-Hardy, G. M.: The Democratic Monarchy (S. 273–276).

Mansergh, Nicholas: The Commonwealth at the Queen's Accession (S. 277–291).

Layton, Lord: Little Europe and Britain (S. 292–301).

Collar, H. J.: British Commercial Relations with China (S. 418–428).

Monroe, Elizabeth: The Arab-Israel Frontier (S. 439–448).

Coate, Winifred A.: The Condition of Arab Refugees in Jordan (S. 449–456).

Habicht, Max: The Special Position of Switzerland in International Affairs (S. 457–463).

Bell, Coral: The United Nations and the West (S. 464–472).

Je

The International and Comparative Law Quarterly. Vol. 2, 1953

Fitzmaurice, G. G.: Reservations to Multilateral Conventions (S. 1–26). Behandelt die verschiedenen Ansichten zu der Frage der Zulässigkeit und der Rechtsfolgen von einseitigen Vorbehalten der Signatarstaaten bei der Unterzeichnung oder Ratifizierung multilateraler Verträge.

Matson, J. N.: The Supreme Court and the Customary Judicial Process in the Gold Coast (S. 47–59).

Honig, F.: The Universal Copyright Convention. Some Additional Observations (S. 88–90).

Wilberforce, R. O.: Convention on Damage Caused by Foreign Aircraft to Third Parties on the Surface (S. 90–94).

Mann, F. A.: The Private International Law of Exchange Control under the International Monetary Fund Agreement (S. 97–107). Behandelt den Streit über die Auslegung des Art. VIII (2) (b) der Satzung des internationalen Währungsfonds.

Ramphal, Shridath S.: Federal Constitution-Making in the British West Indies (S. 192–206). Behandelt den Entwurf einer Verfassung für einen föderativen Zusammenschluß der britischen Besitzungen in Westindien.

Gutteridge, J. A. C.: The Repatriation of Prisoners of War (S. 207–216). Verf. ist der Ansicht, daß die Haltung des UN-Kommandos in Korea, das eine zwangsweise Repatriierung der nichtheimkehrwilligen nordkoreanischen und rotchinesischen Kriegsgefangenen ablehnte, mit dem Buchstaben und dem Geist der Genfer Kriegsgefangenen-Konvention von 1949 übereinstimme.

Herlitz, Nils: Swedish Administrative Law (S. 224–237).

Brandon, Michael: Diplomatic Intercourse and Immunities as a Priority Topic for Codification by the International Law Commission (S. 258–263).

Smith, S. A. de: The Royal Style and Titles (S. 263–274).

Diwan, Paras: Kashmir and the Indian Union: The Legal Position (S. 333–353). Behandelt die staatsrechtliche Stellung Kaschmirs im Rahmen des indischen Bundesstaates.

Cheng, Bin: Rights of United States Nationals in the French Zone of Morocco (S. 354–367). Kurze kritische Würdigung der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs vom 27. 8. 1952 (ICJ Reports 1952, p. 176) in dem Streitfall zwischen Frankreich und den USA.

Bachof, Otto: German Administrative Law with special Reference to the Latest Developments in the System of Legal Protection (S. 368–382).

Farran, C. d'Olivier: Proposals for United Nations Charter Revision (S. 383–385).

Moore, W. Harvey: The Repatriation of Prisoners of War (S. 386–387). Kurze Bemerkung zu dem Artikel von J. A. C. Gutteridge.

Cohn, E. J.: The New Swiss Nationality Act (S. 427–430).

Diwan, Paras: Recent Indian Decisions on Public International Law (S. 459–466).

Bruegel, J. W.: The Right to Petition an International Authority (S. 542–563). Behandelt das Problem des Petitionsrechts von Einzelpersonen und die gegenwärtige verfahrensmäßige Behandlung von Petitionen durch die Organe der UN und die bisherigen Versuche zu einer rechtlichen Anerkennung des Petitionsrechts.

Szuldrzynski, Jan: Legal Aspects of OEEC (S. 579–595).

Cheng, Bin: Burden of Proof before the I.C.J. (S. 595–596).

Bousquet, G. H.: How the Natives of Algeria became French Citizens (S. 596–605).

Je

International Organization. Vol. 5, 1951

Ball, M. Margaret: Bloc Voting in the General Assembly (S. 3–31). Verf. untersucht, inwieweit in der bisherigen Abstimmungspraxis der Generalversammlung die Zugehörigkeit zu einem bestimmten regionalen oder politischen Staatenblock die Stimmabgabe der einzelnen Staaten beeinflusst hat.

Kindleberger, Charles P.: Bretton Woods Reappraised (S. 32–47). Kritische Untersuchung über die bisherigen wirtschaftlichen Leistungen der Weltbank und des Weltwährungsfonds.

Fox, William T. R.: The United Nations in the Era of Total Diplomacy (S. 265–273).

Cohen, Benjamin V.: The Impact of the United Nations on United States Foreign Policy (S. 274–281).

Rudzinski, Alexander W.: The Influence of the United Nations on Soviet Policy (S. 282–299).

Claude Jr., Inis L.: The Nature and Status of the Subcommittee on Prevention of Discrimination and Protection of Minorities (S. 300–312).

Hurewitz, Jakob C.: The Israeli-Syrian Crisis in the Light of the Arab-Israel Armistice System (S. 459–479). Würdigt die Funktionsfähigkeit des Waffenstillstands-Überwachungssystems in dem Streitfall über das israelische Hulah-Projekt in der demilitarisierten Zone.

Osborn, Frederick: The USSR and the Atom (S. 480–498). Berichtet über die Haltung der UdSSR bei den Verhandlungen innerhalb der Atomenergie-Kommission der UN.

Blakeslee, George H.: The Establishment of the Far Eastern Commission (S. 499–514).

Hovey Jr., Allan: Obstructionism and the Rules of the General Assembly (S. 515–530). Behandelt die geschäftsordnungsmäßigen Möglichkeiten gegenüber Obstruktionstaktiken in den Verhandlungen der Generalversammlung der UN.

Padelford, Norman J.: The United Nations and Korea: A Political Résumé (S. 685–708).

Kondapi, C.: Indian Opinion of the United Nations (S. 709–721).

— Vol. 6, 1952

Emerson, Rupert; Inis L. Claude Jr.: The Soviet Union and the United

Nations: An Essay in Interpretation (S. 1–26). Untersuchung und Würdigung der Gründe für die Haltung der UdSSR im Rahmen der UN.

Ascher, Charles S.: Current Problems in the World Health Organization's Program (S. 27–50).

Wood, Robert J.: The First Year of SHAPE (S. 175–191). Behandelt die Probleme der Errichtung des integrierten NATO-Oberkommandos in Europa.

Briggs, Herbert W.: Chinese Representation in the United Nations (S. 192–209). Behandelt die Frage der Anerkennung der rot-chinesischen Regierung als Vertreterin Chinas in den UN.

Binder, Carroll: Freedom of Information and the United Nations (S. 210–226). Behandelt die Versuche, im Rahmen der UN zu einem universellen Abkommen über die Garantie der Informationsfreiheit zu gelangen.

Goodrich, Leland M.: American National Interests and the Responsibilities of United Nations Membership (S. 369–380).

Parker, William N.: The Schuman Plan – A Preliminary Prediction (S. 381–395).

Huth, Arno G.: Cooperative Radio Agreements. Coordination of Broadcasting Activities in Eastern Europe (S. 396–406).

Jebb, Sir Gladwyn: The Role of the United Nations (S. 509–520). Verf., ständiger Delegierter Großbritanniens bei den Vereinten Nationen, behandelt die Frage, inwieweit die UN die ihr gestellte Aufgabe der Friedenssicherung unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen der Welt erfüllen kann.

HaaS, Ernst B.: The Reconciliation of Conflicting Colonial Policy Aims: Acceptance of the League of Nations Mandate System (S. 521–536). Untersucht die Gründe, die nach dem ersten Weltkrieg zur Einrichtung des Mandatsystems geführt haben.

Niemeyer, Gerhart: The Balance-Sheet of the League Experiment (S. 537–558).

— Vol. 7, 1953

HaaS, Ernst B.: The Attempt to Terminate Colonialism: Acceptance of the United Nations Trusteeship System (S. 1–21). Untersucht die Gründe, die nach dem zweiten Weltkrieg zur Einrichtung des Treuhandsystems geführt haben.

Richardson, Channing B.: The United States Mission to the United Nations (S. 22–34).

Furniss Jr., Edgar S.: French Attitudes Toward Western European Unity (S. 199–212).

Harper, Norman D.: Pacific Security as Seen from Australia (S. 213–228).

Loveday, A.: Suggestions for the Reform of the United Nations Economic and Social Machinery (S. 325–341).

Sharp, Walter R.: The Institutional Framework for Technical Assistance. A Comparative Review of UN and US Experience (S. 342–379). Behandelt die organisatorische Durchführung des UN Technical Assistance Program.

Schaa f, C. Hart: *The United Nations Economic Commission for Asia and the Far East* (S. 463–481).

Hurew it z, J. C.: *The United Nations Conciliation Commission for Palestine* (S. 482–497).

Korbel, Josef: *The Kashmir Dispute After Six Years* (S. 498–510). Überblick über die bisherige Tätigkeit der durch Resolution des Sicherheitsrats vom 21. 4. 1948 gebildeten Vermittlungskommission für Kashmir (UNCIP). Je

Internationale Spectator. Jg. 7, 1953

E. M.: *Frankrijk in de Europese Defensie Gemeenschap* (N. 4, S. 2–11).

H. N. B.: *Nationale en Internationale Ambtenaren* (N. 5, S. 1–9).

E. M.: *De ontwikkeling en resultaten van de Raad van Europa* (N. 7, S. 7–13).

E. M.: *Aspecten en gevolgen van de laatste conferentie van het Britse Gemenebest* (N. 14, S. 8–14). Besprechung der Empirekonferenz in London vom 27. 11.– 12. 12. 1952.

M. M.: *Vluchtelingen van Europa* (N. 15, S. 8–14). Über die Flüchtlingsfrage in Europa.

O.: *De politieke partijen in Indonesië* (N. 18, S. 6–12). Die politischen Parteien in Indonesien.

H. C. S.: *Aspecten der Franse politiek jegens Duitsland* (N. 20, S. 4–11; N. 22, S. 4–10).

Overdijkink, G. W.: *De Phillipijnse presidentsverkiezingen* (N. 23, S. 1–7). Bericht über die Präsidentenwahlen und die politische Lage in den Philippinen.

Mackay, M. C. J.: *De politieke ontwikkeling der Engelse koloniën in Afrika* (S. 7–12). Über die Entwicklung in den britischen Kolonien in Afrika.

H. C. S.: *Frankrijk – Grote Mogendheid?* (N. 24, S. 2–6).

Mackay, M. C. J.: *Oostenrijks strijd voor onafhankelijkheid* (S. 7–11). Über die Bestrebungen Österreichs, seine Unabhängigkeit zurückzugewinnen. Zn

Journal of Central European Affairs. Vol. 12, 1952/53

Alderfer, Harold F.: *Modern Greek Government. I: The Basic Framework* (S. 331–345). Behandelt die Wandlungen der griechischen Regierungsform seit Neugründung des griechischen Staates 1833.

Snell, John L.: *German Socialism and the Peace Crisis of 1916* (S. 368–381).

— Vol. 13, 1953/54

Grzybowski, Kazimierz: *Foreign Investment and Political Control in Eastern Europe* (S. 13–27).

Mamatey, Victor S.: *The United States Recognition of the Czechoslovak National Council of Paris (September 3, 1918)* (S. 47–60).

Engel-Janosi, Friedrich: *Remarks on the Austrian Resistance, 1938–1945* (S. 105–122).

Táborský, Eduard: *Benes and Stalin – Moscow, 1943 and 1945* (S. 154–181). Mr

Journal du Droit International. Année 79, 1952

Berlia, Georges: *Le Droit des Gens et la coexistence russo-américaine* (S. 26

–47). Die Veto-Praxis der Sowjets sei ein politisches Faktum, das nicht durch Herausbildung einer gegen das Veto gerichteten internationalen Rechtspraxis überwunden werden könne. Zur Regelung der Koexistenz der Amerikaner und der Sowjets müsse man Verträge schließen, wobei es in einer ersten Entwicklungsstufe darauf ankomme, eine Offenlegung (nicht Kontrolle) der nationalen Produktionen zu erreichen, woran sich in der zweiten Stufe die Steuerung der Produktion für die Sektoren ziviler Bedarf und nationale Verteidigung anschließen müsse. Das sei durch zwischenstaatliche Verträge erreichbar.

Ly on - Ca en , Gérard: Le droit international et la coexistence pacifique des Etats relevant de systèmes politiques opposés (S. 48–83). Verf. geht davon aus, daß die Möglichkeit der Koexistenz politisch verschieden orientierter Staaten nach Völkerrecht durchaus bestehe, daß es aber darauf ankomme, ob auch der Wille zur Duldung des anderen vorhanden sei. Die UdSSR habe bereits durch ihre Mitarbeit im Völkerbund und später in der UN ihren Willen zur Zusammenarbeit zum Ausdruck gebracht. Das friedliche Nebeneinander politisch divergierender Staaten sei nicht durch Organisationen, sondern nur durch Verträge zu sichern.

La ure nt , Pierre: L'Union Franco-Sarroise d'après les Conventions conclues entre la France et la Sarre de 1948 à 1950 (S. 84–161). Das endgültige Statut der Saar in nichts zu präjudizieren, bezeichnet Verf. als eine der Hauptsorgen der Vertragschließenden.

Car a bi ber , Charles: Le concept des immunités de juridiction doit-il être révisé et dans quel sens? (S. 440–495). Verf. untersucht rechtsvergleichend die neueste Entwicklung des Instituts der Immunität der Staaten. Er ist der Ansicht, daß die klassische Auffassung nicht mehr befriedigt; er zeigt Lösungsansätze auf und schlägt z. B. die Errichtung »Internationaler Privatrechtsgerichte« vor.

S a r r a u t e , R.; P. T a g e r : Hier et aujourd'hui. Les effets en France des nationalisations étrangères (S. 496–561; 1138–1191). Die Verfasser behandeln die von den französischen Gerichten angewandten allgemeinen Rechtsgrundsätze für die Beurteilung ausländischer Enteignungsakte von den frühen sowjetischen Enteignungen bis in die neueste Zeit und geben eine Darstellung der zwischen Frankreich und den Volksdemokratien abgeschlossenen Verträge über die Behandlung der von den letzteren enteigneten Vermögensgegenstände.

S e i d l - H o b e n v e l d e r n , Ignaz: Entschädigung für Besetzungsschäden in Österreich (S. 562–599). Behandelt, nach einleitenden Bemerkungen über die Rechtsnatur der Besetzung Österreichs und über die Entschädigung auf Grund der LKO, u. a. die von Frankreich, Großbritannien und den USA mit Österreich 1947 abgeschlossenen Entschädigungsabkommen und berichtet über die Praxis der Abwicklungen.

M a r t i n , Andrew C.: Human Rights: Some Problems of Interpretation and Codification (S. 744–779).

P h i l o n e n k o , Maximilien: La notion de l'ordre public international (S. 780–819). Bh

The Journal of Politics. Vol. 15, 1953

Westin, Alan Furman: The Supreme Court: The Populist Movement and the Campaign of 1896 (S. 3–41). Von der Beobachtung ausgehend, daß in USA fast jede politische Frage früher oder später zur rechtlichen und dem Supreme Court unterbreitet wird, betrachtet Verf. die einschlägige Praxis des Supreme Court.

Lewis, Gordon K.: Puerto Rico: A New Constitution in American Government (S. 42–66). Verf. berichtet über die Grundzüge der am 3. 3. 1952 durch Volksentscheid angenommenen Verfassung, die auf Grund des Public Law 600 (81st Congress, 2nd Session Chapter 446) ausgearbeitet wurde.

Cook, Thomas I.; Malcolm Moos: Hindrances to Foreign Policy: Individualism and Legalism (S. 114–139). Verf. befürworten eine wendige anpassungsfähige Politik in einer Zeit der dynamischen weltpolitischen Bewegung. Sie behandeln ausführlich die Hintergründe und die Entwicklung des Isolationismus und der legalistischen Einstellung.

Kammerer, Gladys M.: Advisory Committees in the Legislative Process (S. 171–196). Verf. berichtet über den Aufbau und die Tätigkeit der in Kentucky 1948 gebildeten *advisory committees*, die ähnlich den *royal commissions* in Großbritannien zur Beratung der Legislative bestimmt sind, sich auf das Urteil von Fachleuten und Laien stützen und der gesetzgebenden Gewalt durch die Legislative Research Commission berichten.

Goodman, Elliot R.: The Soviet Union and World Government (S. 231–253). Verf. sieht das wirksamste Mittel gegen die sowjetischen Weltbeherrschungspläne in einer Föderation der nicht kommunistischen Staaten, die ihren Anfang mit einer atlantischen Gemeinschaft nehmen könnte, um dadurch der Dynamik der UdSSR die Aggressivität zu nehmen.

Gil, Federico G.: Responsible Parties in Latin America (S. 333–348). Verf. behandelt die Entwicklung der politischen Parteien in Lateinamerika in den letzten Jahrzehnten.

HaaS, Ernst B.: The Balance of Power as a Guide to Policy-Making (S. 370–398). Verf. sieht als Voraussetzung einer Politik des Gleichgewichts der Kräfte eine feste Vorstellung von den nationalen Zielen und der Macht an und untersucht die verschiedenen Staatsformen auf ihre Eignung zu einer solchen Politik. Die Demokratie als pluralistische Gesellschaftsordnung sei dazu ungeeignet, da hier die Interessenverschiedenheit die erforderliche Zielstrebigkeit beeinträchtige. Die zur Behebung der Zersplitterung erforderliche Interessengleichschaltung könne aber zum Ende der pluralistischen Gesellschaft führen.

Deener, David R.: Internationalism, Party Politics, and the New French Constitution (S. 399–423). Verf. behandelt die sich mit dem Völkerrecht befassenden Artikel der französischen Verfassung von 1946. Es sei ein Fortschritt, wenn auch die Parteien einer Regelung zustimmten, die das Primat des Völkerrechts feststellte, wenngleich ohne parlamentarische Zustimmung auch künftig keine Verpflichtungen übernommen werden könnten.

Ut

Journal of Public Law. Vol. 1, 1952

Carlston, Kenneth S.: *The Elements of Peace* (S. 11–39). Verf. charakterisiert den Frieden als kurzen Gleichgewichtszustand und befürwortet zu dessen Aufrechterhaltung ein ausgebautes System institutioneller Beziehungen zwischen den Staaten.

Sparkman, John J.: *Notes on the Japanese Peace Treaty* (S. 109–116). Verf., der den Vertrag als Vertreter der USA mitunterzeichnete, berichtet über die Vorarbeiten und die Stellungnahmen der beteiligten Regierungen.

Dumbauld, Edward: *Hugo Grotius: The Father of International Law* (S. 117–137). Arbeitet die grotianischen Grundgedanken heraus.

Howe, Karl J.: *Legislative Changes in Scope of Judicial Review of Administrative Decisions* (S. 205–209).

Herdon, Stanley P.: *Regulation or Taking under Power of Eminent Domain* (S. 228–232). Behandelt an Hand von Fällen die Abgrenzung von entschädigungsloser Eigentumsbeschränkung zu entschädigungspflichtiger Enteignung in den USA.

Musgrave, R. Kenton: *Nonrecognition of a Foreign Government: Its Effect and Ramifications* (S. 239–243). Behandelt auf Grund von Entscheidungen vor allem den Fall Lettlands.

LeMaistre, George A.: *May Presidential Electors be Bound? An Analysis of "Ray v. Blair"* (S. 348–362). Behandelt an Hand der Entscheidung (343 U.S. 214, 1952) die Frage der Bindung der Wahlmänner. Nach der diese Bindung für zulässig erklärenden Entscheidung sei die Abschaffung der Wahlmänner zu hoffen.

Dumbauld, Edward: *Grotius on the Law of Prize* (S. 370–389).

Pennington, Robert L.: *Interstate Extradition* (S. 463–473).

Harper, Helen: *Power of Administrative Agencies to Change Interpretative Rules* (S. 491–498).

Ut

Journal des télécommunications. Vol. 20, 1953

Espling, Erik: *European Conference for the examination of the Television and Broadcasting frequency bands between 41 and 216 Mc/s* (Stockholm, 28. 5. – 30. 6. 1952) (S. 68e–71e, 114e–121e).

—: *Some Reflections on the Plenipotentiary Conference, Buenos Aires* (3. 10. – 22. 12. 1952) (S. 100e–103 e).

Mulatier, Léon: *L'Union internationale des télécommunications depuis 1947* (S. 188f–191f).

Sr

Journal des télécommunications. Vol. 20, 1953

Vouin, Robert: *Le ministère public dans l'exercice de sa «magistrature particulière» en matière répressive* (S. 81–85).

Spaey, J.: *Le médecin et la médecine en droit international* (S. 165–166). Der Verfasser verneint die Frage, ob trotz der modernen Differenzierung der ärztlichen Tätigkeit und der medizinischen Aufgaben (im militärischen wie im zivilen Bereich) im Falle einer internationalen Konvention über die Stellung der Ärzte deren schematische Gleichstellung noch zu rechtfertigen sei.

Durieux, Jean: *La constitution belge dans l'Europe de demain* (S. 166–167). Verfasser behandelt an Hand der Debatten um die Montanunion, um die Euro-

päische Verteidigungsgemeinschaft und um die Europäische Politische Gemeinschaft die Frage, ob die belgische Verfassung den neuen internationalen Erfordernissen noch angemessen sei.

Huberlant, Charles: La compétence respective des cours et tribunaux et du Conseil d'Etat (S. 269–274).

Chambier, Cyr.: Le Conseil d'Etat et le contrôle de l'observation des formalités légales (S. 369–373).

Vliebergh, Hubert: Le règlement de procédure de la Cour de justice européenne (S. 405–407).

Rolin, Henri: La force obligatoire des traités dans la jurisprudence belge (S. 561–562). Verf. kritisiert die Entscheidung des Brüsseler Kassationshofes vom 3. 7. 1953, die besagt, daß durch nachfolgendes Gesetz ein völkerrechtlicher Vertrag mit einer für die nationalen Gerichte bindenden Wirkung abgeändert werden kann. Er fordert Angleichung der belgischen Rechtsauffassung an den modernen völkerrechtlichen Grundsatz, wie er z. B. in der französischen Verfassung von 1946 positiviert worden sei, wonach ein völkerrechtlicher Vertrag auch in seiner Wirkung in den innerstaatlichen Bereich durch ein einfaches nachfolgendes Gesetz nicht abgeändert werden könne.

Huberlant, Charles: Le Conseil d'Etat et les compétences spéciales attribuées au pouvoir judiciaire (S. 577–583).

Pescatore, Pierre: La prééminence des traités sur la loi interne selon la jurisprudence luxembourgeoise (S. 645–646). Verf. zeigt, daß anders als in Belgien die luxemburgischen Gerichte (Kassationshof und Conseil d'Etat) sich neuerdings zum Grundsatz der Überordnung des völkerrechtlichen Vertrags über das nationale Gesetz bekennen, selbst wenn letzteres dem völkerrechtlichen Vertrag nachfolgt. Während früher im Kollisionsfall die Gerichte davon ausgegangen seien, daß im Zweifel der nationale Gesetzgeber habe völkerrechtsgemäß handeln wollen und man so über eine Auslegung des nationalen Rechts zur Bestätigung der Verbindlichkeit des völkerrechtlich Gebotenen gekommen sei, gehe man jetzt einen Schritt weiter und erkenne, daß selbst ein nachfolgendes Gesetz einen widersprechenden Vertrag des Völkerrechts auch innerstaatlich nicht unanwendbar machen könne. Bh

Juristenzeitung. Jg. 8, 1953

Jeschcke, Hans-Heinrich: Zum Oradour-Prozeß (S. 156–157). Verf. kritisiert das am 13. 2. 1953 abgeschlossene Verfahren im Hinblick auf die ungleiche Behandlung deutscher und französischer Beschuldigter.

Maier, Hedwig: Die gemäßigte Diktatur der Besatzungsmacht. Betrachtungen zur besatzungsrechtlichen Seite des Falles Naumann (S. 268–269).

Ridder, Helmut K. J.: Der Entwurf einer Satzung der Europäischen Gemeinschaft (S. 289–292; 332–334). Verf. erläutert die Funktionen der vorgesehenen Organe.

Maurach, Reinhart: Das sowjetische Amnestiegesetz und die deutschen Kriegsgefangenen (S. 317–318). Das Gesetz vom 27. 3. 1953 treffe nur auf einen geringen Teil der in Rußland verurteilten Deutschen zu.

Maier, Hedwig: »Verdecktes Besatzungsrecht« (S. 367–371). Behandelt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. 3. 1953.

Mann, F. A.: Der Internationale Währungsfonds und das Internationale Privatrecht (S. 442–446). Behandelt das Abkommen vom 22. 7. 1944 (IMF).

Maier, Hedwig: Aussetzung eines Verfahrens auf Grund AHKG Nr. 13 (S. 499–501). Behandelt die Einschränkung des deutschen richterlichen Prüfungsrechts bezüglich des Besatzungsrechts.

Steindorff, Ernst: Montanfremde Unternehmen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 718–721). Verf. untersucht, inwieweit ein Rechtsschutz nicht angeschlossener Unternehmen dann gewährt werden kann, wenn diese durch Maßnahmen der Hohen Behörde zumindest indirekt betroffen sind, und empfiehlt, auch diesen Betroffenen ein direktes Klagerecht vor dem Gerichtshof der Montan-Union einzuräumen. Dg

Juristische Rundschau. 1953

Hoffmann, Herbert: Die Vollstreckung von Entscheidungen auswärtiger Gerichte (S. 158–165). Erläutert das Berliner Gesetz vom 31. 3. 1950 und dessen Änderung vom 26. 2. 1953 und behandelt Fragen der Anerkennung ausländischer Staatshoheitsakte und des *ordre public*.

Creifelds: Der interzonale Rechtshilfeverkehr in Strafsachen. Zum Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2. 5. 1953 (S. 204–208). Behandelt Fragen der Rechtseinheit Gesamtdeutschlands und die dabei unvermeidbare Frage der Anwendung des *ordre public*.

Mittelbach, Hans: Das Staatsgeheimnis und sein Verrat (S. 288–290). Erläuterung des deutschen Strafrechtsänderungsgesetzes vom 30. 8. 1951 unter Berücksichtigung der besatzungsrechtlichen Einschränkungen (AHKG Nr. 62). Dg

Jus. Rivista di Scienze Giuridiche. Anno 4, 1953

Balladore Pallieri, Giorgio: La crisi della personalità dello Stato (S. 1–14).

Ubertazzi, G. M.: L'affermazione e le successive vicende dottrinali del principio di unanimità come regola per l'attività interna degli organi collegiali nel diritto internazionale (S. 187–209). Vorabdruck aus dem Buch «Il principio di unanimità negli organi collegiali internazionali».

Nawiasky, Hans: I problemi fondamentali dell'organizzazione politica della comunità europea (S. 251–257).

Gemma, Leonardo: Imposizione ed esecuzione di sanzioni nei confronti di imprese soggette alla comunità europea del carbone e dell'acciaio (S. 258–273).

Pierandrei, Franco: Considerazioni giuridiche sulle ultime elezioni politiche italiane e sulle leggi ad esse relative (S. 344–374).

Sperduti, Giuseppe: Il Comitato internazionale della Croce Rossa (S. 418–421).

Hippel, Ernst von: Il concetto del diritto nella costituzione di Bonn (S. 525–535). Rn

Michigan Law Review. Vol. 51, 1952/53

Preuss, Lawrence: On Amending the Treaty-Making Power: A Comparative Study of the Problem of Self-Executing Treaties (S. 1117–1142).

— **Vol. 52, 1953/54**

—: *Neutral Aliens who sought Relief from Military Service barred from becoming United States citizens (S. 265–275).* Mr

The Middle East Journal. Vol. 7, 1953

Cumming, Duncan Cameron: The Disposal of Eritrea (S. 18–32). Erläuterung der Entschließung der UN vom 2. 12. 1950 über Eritrea und Bericht über ihre Durchführung.

Ionides, M. G.: The Disputed Waters of Jordan (S. 153–164). Wirtschaftliche Überlegungen zum Streit um das Wasser des Jordan, das nach Ansicht des Verf. für die Bedürfnisse Israels und seiner Nachbarn nicht ausreicht.

Howard, Harry N.: The Arab-Asian States in the United Nations (S. 279–292). Verweist auf die Bedeutung der Zusammenarbeit jener Staaten in wichtigen, durch die UN behandelten Fragen, die im einzelnen aufgeführt werden.

Gherson, Randolph: The Anglo-Egyptian Question (S. 456–483). Geschichte der anglo-ägyptischen Beziehungen. Ws

Middle Eastern Affairs. Vol. 4, 1953

Schwadrán, Benjamin: The Seventh United Nations Assembly and the Palestine Question (S. 113–126).

Rondot, Pierre: Parliamentary Regime in the Middle East (S. 257–265). Zeigt inwiefern der Parlamentarismus im Vorderen Orient, mit Ausnahme der Türkei, eigene, dem klassischen westlichen Typ des Parlamentarismus fremde Züge angenommen hat, zum Beispiel im Fehlen einer organisierten und aktiven Opposition. Ws

Mitteilungsblatt der Fachgruppe Strafrecht in der Gesellschaft für Rechtsvergleichung. Jg. 2, 1951/52

Erscheint ab Jahrgang 3 (1953) innerhalb der Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft (siehe dort).

Jeschke, Hans-Heinrich: Die Tätigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiete des Strafrechts (S. 12–22). Bericht über die Arbeiten am Völker- und Weltstrafrecht und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriminalpolitik.

Kielwein, Gerhard: Die Strafgerichtsbarkeit über im Inland stationierte ausländische Truppen (S. 71–80). Rechtsvergleichende Übersicht über die seit 1914 abgeschlossenen Verträge über "Visiting Forces". Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß die Mehrheit der ausländischen Rechte es ablehnt, Angehörigen fremder Truppen im Inland eine absolute oder auch nur relative Immunität bei der Verletzung von Inlandsrecht zu gewähren. Dg

The Modern Law Review. Vol. 16, 1953

Edwards, J. Ll. J.: Visiting Forces Act, 1952 (S. 59–61).

Mann, F. A.: Recognition of Sovereignty (S. 226–230). Kommentar zu den beiden Entscheidungen *Gdynia Ameryka Linie v. Boguslawski (1953) A.C. 11 (House of Lords)* und *Civil Air Transport Inc. v. Central Air Transport Corporation (1953) A.C. 70 (Privy Council)*. Beide behandeln die Frage der rechtlichen Rückwirkung der Anerkennung einer neuen Regierung auf frühere Hoheitsakte dieser Regierung vor ihrer Anerkennung.

Cowen, Denis V.: Legislature and Judiciary. Reflections on the Constitutional Issues in South Africa (S. 273–298). Fortsetzung des oben S. 383 angezeigten Aufsatzes zu der Entscheidung des südafrikanischen Supreme Court in *Harris and Others v. Minister of the Interior, 1952 (2), S.A. 428*. Verf. behandelt hier die sog. Souveränität des Parlaments.

Smith, S. A. de: Privilege and Communications to M.P.s (S. 379–381).

Levenbach, M. G.: Collective Bargaining and Government Wage Regulation in the Netherlands (S. 453–468).

Matson, J. N.: Internal Conflicts of Laws in the Gold Coast (S. 469–481).

Smith, S. A. de: Central African Federation. The Federation of Rhodesia and Nyasaland (Constitution) Order in Council, 1953 (S. I. 1953, No. 1199) (S. 489–496). Berichtet kurz über den Inhalt der Verfassung der neuen zentralafrikanischen Föderation.

Smith, S. A. de: Tenure of Office by Colonial Judges (S. 502–506). Kommentar zu der Entscheidung *Terrell v. Secretary of State for the Colonies (1953) 3 W.L.R. 331*, in der das Gericht die Frage der Absetzbarkeit der Richter in den englischen Kolonien behandelt und zu dem Ergebnis gelangt, daß das Prinzip der Unabsetzbarkeit für diese Richterstellen nicht gelte.

Smith, S. A. de: Statutory Tribunals and the Action for a Declaration (S. 506–509). Berichtet über die Entscheidung *Barnard v. National Dock Labour Board (1953) 2 Q.B. 18*, in der neben dem Writ of Certiorari eine Klage auf Feststellung der Rechtslage durch das ordentliche Gericht als ein zulässiges Rechtsmittel gegen quasi-richterliche Entscheidungen einer Verwaltungsbehörde erklärt wird. Je

Monatsschrift für Deutsches Recht. Jg. 7, 1953

Leverkuehn, Paul: Die Stellung des Londoner Schuldenabkommens im internationalen Recht (S. 521–523).

Meyer, Heinrich: Neues zum Asylrecht (S. 534–566). Verf. behandelt die Frage, in welchem Verhältnis das deutsche Auslieferungsgesetz, Art. 16 Abs. 2 Satz 2 GG und die Asylverordnung vom 6. 1. 1953 zueinander stehen.

Leverkuehn, Paul: Die Stellung des Londoner Schuldenabkommens im deutschen Recht (S. 705–707). Dg

Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 6, 1953

Haensel, Carl: Das völkerrechtliche Argument in der aktuellen Rundfunkgesetzgebung (S. 365–368).

Wilms, Günther: Die Formen gerichtlicher Bindung und der Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 8. 12. 1952 (S. 481–484). Hält den Beschluß mit den herkömmlichen Kategorien der gerichtlichen Bindung für unvereinbar.

Riese, Otto: Die Verfahrensordnung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 521–525).

Hodler, Christian: Die Freiheit der Person nach der neuen Europäischen Menschenrechtskonvention (S. 531–532). Das positive deutsche Recht genüge nicht in vollem Umfang den Anforderungen der Konvention. So bestehe ein wesentlicher Unterschied zwischen deren Art. 5 und Art. 104 GG, da erstere Bestimmung erschöpfend die zulässigen Fälle der Freiheitsbeschränkung aufzähle, während das GG sich mit einer Generalklausel begnüge.

Apelt, Willibalt: Ist der Streit um die Verfassungsmäßigkeit des EVG-Vertrages eine Streitigkeit im Sinne des Art. 93 GG? (S. 641–643).

Schneider, Hans: Betrachtungen zum Gesetz über das Bundesverfassungsgericht (S. 802–806).

Dreher: Über die Anwendbarkeit alliierter Strafbestimmungen (S. 892–893).

Zitzlaff: Der Bundesfinanzhof als oberes Bundesgericht (S. 921–924).

Eichler, Wolfgang: Zur Stellung der Richter in überstaatlichen Gemeinschaften (S. 1043–1047). Verf. vergleicht die Richterstellung am Gerichtshof der Montan-Union mit der am StIGH und IGH.

Eichel: Die Anerkennung von Entscheidungen ostzonaler Gerichte und anderer Behörden (S. 1172–1173).

Schneider, Hans: Die Regierungsbildung nach dem Bonner Grundgesetz (S. 1330–1333). Der Bundespräsident könne einen ihm vom Kanzler vorgeschlagenen Minister ablehnen.

Krüger, Herbert: Der Verwaltungsrechtsschutz im besonderen Gewaltverhältnis (S. 1369–1373).

Wolff: Grundsätze der internationalen Regelung der deutschen äußeren Vorkriegsschulden (S. 1409–1412). Kommentiert das Abkommen vom 27. 2. 1953 und das zum Vollzug ergangene Gesetz vom 24. 8. 1953.

Hamburger, Adolf: Zur Frage des in den Vereinigten Staaten beschlagnahmten deutschen Vermögens (S. 1417–1418).

Wilden, Hans: Zum Abkommen über die deutschen Vermögenswerte in der Schweiz (S. 1418–1419).

Meyer, Heinrich: Bedeutung und Gültigkeit des deutsch-italienischen Vertrages über die Auslieferung und die sonstige Rechtshilfe in Strafsachen vom 12. 6. 1942 / 1. 3. 1953 (S. 1420–1421).

Kroog, Werner; Martin Luther: Zur Regelung der privaten Auslandsschulden nach dem Londoner Schuldenabkommen (S. 1652–1656; 1692–1695). Dg

Neue Justiz. Jg. 7, 1953

Schultz, Walter: Die Allgemeine Aufsicht als neue Aufgabe der Staatsanwaltschaft (S. 673–676). Behandelt die durch das Gesetz vom 23. 5. 1952 in der DDR eingeführte staatsanwaltschaftliche Kontrolle der Exekutive.

Lyon-Caen, Gerard: Die Entartung der parlamentarischen Regierungsform in Frankreich (S. 709–713). Verf. ist Professor der Rechte in Dijon.

Crisafulli, Vezio: Die Rechte der Persönlichkeit in der Verfassung und in der

Wirklichkeit Italiens (S. 780–783). Verf. ist Professor für Verfassungsrecht der Universität Triest. Dg

New Zealand Law Journal. Vol. 29, 1953

Braybrooke, E. K.: The "Persian" Oil Dispute. The "Rose Mary" Case (S. 59–61, 76–78, 92–94). Kritische Würdigung des Urteils des Supreme Court of Aden vom Januar 1953 (*Anglo-Iranian Oil Co. Ltd. v. Jaffrate and Others*), das mit Rücksicht auf die von der anglo-iranischen Ölgesellschaft geltend gemachte Völkerrechtswidrigkeit der Nationalisierung des persischen Öls das Eigentum der Gesellschaft an dem vom Tanker »Rose Mary« geführten, von der persischen Regierung gekauften Öl anerkannte. Verf. weist darauf hin, daß eine im Widerspruch zum Völkerrecht vorgenommene entschädigungslose Enteignung von Ausländern zwar eine Deliktshaftung nach Völkerrecht gegenüber dem diese vertretenden Staat begründe, aber nicht die Ungültigkeit der entsprechenden nationalen Gesetzgebung bedeute. Ws

Nordisk Tidsskrift for international Ret og Jus Gentium. Acta Scandinavica juris gentium. Vol. 22, 1952

(Seit 1952 ist die Zeitschrift »Jus Gentium, Nordisk Tidsskrift for Folkeret og international Privatret« einbezogen).

Spiropoulos, J.: Udkast til Lovbog om Forseelser mod Freden og Menneskehedens Sikkerhed (S. 9–33, 75–101). Dänische Fassung des der International Law Commission erstatteten Berichts zum Entwurf eines internationalen Strafkodex für Verbrechen gegen den Frieden und die Sicherheit der Menschheit (A/CN. 4/44).

Ross, Alf: Magtpolitikens Kendsgerninger og De Forenede Nationers Ideologi (S. 34–48; englisch: *Power Politics and the Ideology of the United Nations, Acta scand., S. 33–46*). Verf. stellt den Formulierungen von Trygve Lie (The World Situation today. Foreword to the 6th Annual Report by the General Secretary to the General Assembly, 1951) solche von G. Schwarzenberger aus Power Politics (2nd ed. 1951) zu Grundproblemen der UN gegenüber.

Schwarzenberger, Georg: Scope and Limits of International Legislation (Acta scand., S. 6–14). Angesichts der zunehmenden vertraglichen Festlegung von Völkerrechtsregeln untersucht Verf. die funktionellen Grenzen des Völkerrechts.

Lalive, J. F.: Nogle Betragtninger over Realisme og Sandhed i international Politik (S. 133–149; engl.: *Some reflections on realism and truth in international politics, Acta scand., S. 67–82*). Entgegnung auf die oben angezeigte Kritik von Alf Ross an dem Annual Report 1951 des UN-Generalsekretärs.

Nussbaum, Arthur: Frederic de Martens, representative tsarist writer on international law (Acta scand., S. 61–66).

Guyon, André-Maria: Réflexions sur la procédure orale devant la Cour Internationale de Justice (Acta scand., S. 83–86).

Bourquin, Maurice: Den alminnelige rekkevidde av den dom som ble avsagt 18. desember 1951 av den internasjonale Domstol i den norsk-britiske fiskerigrensetvist (S. 183–215; franz.: *La portée générale de l'arrêt rendu le 18 décembre 1951*

par la Cour Internationale de Justice dans l'affaire anglo-norvégienne des pêcheries, *Acta scand.*, S. 101–132).

G i h l, Torsten: *Angående begreppet »folkrättsbrott«* [Zum Begriff des »Völkerrechtsbruchs«] (S. 240–256). Verf. behandelt Fragen der strafrechtlichen Sanktionierung von Verstößen gegen das Völkerrecht, insbesondere gegen die Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949.

B o s, Maarten: *The Franco-Italian Conciliation Commission. Constituted under article 83 of the Treaty of Peace with Italy of February 10th, 1947. A study in international procedure* (*Acta scand.*, S. 133–159). Behandelt vorwiegend das Verfahrensrecht der Kommission.

— Vol 23, 1953

E e k, Hilding: *The Secretariat as a principal organ of the United Nations* (*Acta scand.*, S. 3–15).

J e s s u p, Philip C.: *Intermediacy* (*Acta scand.*, S. 16–26). Behandelt die Abgrenzung des Kriegsbegriffs und die Frage eines Zwischenzustandes zwischen Krieg und Frieden.

S o h n, Louis B.: *The development of the Atlantic Community* (*Acta scand.*, S. 27–31). Rn

Nouvelle Revue de Droit International Privé. T. 13, 1946

Directeur-Fondateur et Rédacteur en Chef: Albert de L a P r a d e l l e. Erschien bis tome 16, 1949 (*Dépôt légal 1^{er} trimestre 1953*).

S c h w a r z e n b e r g e r, Georg: *L'Avenir du Droit International* (S. 17–36).

M a u r y, Jacques: *Les Nations Unies et la Paix* (S. 37–55).

M e z g e r, E.: *Le statut des Réfugiés provenant d'Allemagne selon la Convention de Genève du 10 Février 1938. Commentaire succinct des décrets des 14 Avril et 10 Mai 1945* (S. 56–100).

P e r r i n, Bernard: *Deux Codes de la Nationalité. Etats-Unis – France 1945* (S. 101–124).

T r i c a u d, Martial: *La loi anglaise de 1943 sur la nationalité et le statut des étrangers* (S. 125–130).

G a r d e l, Henri: *Biens et avoirs étrangers et à l'étranger* (S. 131–144; 487–509; T. 14, S. 178–197).

L e y r a t, Pierre de: *L'Audience de justice du monde. Deux Noms – Une Cour* (S. 337–359).

A r o n é a n u, Eugène: *Le Crime contre l'Humanité* (S. 369–418).

A y m o n t, P.: *La Nouvelle Loi Française sur la Nationalité* (S. 430–474; T. 14, S. 198–248). Kommentar zur Ordonnance vom 19. 10. 1945.

— T. 14, 1947

L a P r a d e l l e, Paul de: *Le Procès des Grands Criminels de Guerre et le Développement du Droit International* (S. 5–27).

K a h n, Jacques: *La Collaboration Économique pendant l'occupation. En vertu de quelle loi et par quelle juridiction un étranger neutre ou ennemi établi en France*

dès avant la guerre peut-il être jugé pour un fait de collaboration économique pendant l'occupation? (S. 28–59).

Boulbes, R.: *Le Problème de l'application au Maroc du Code de la Nationalité Française* (S. 60–96; T. 15, S. 5–8).

La Pradelle, A. de: *Pour une Déclaration des Droits Internationaux de l'Homme* (S. 109–127).

Hecke, Georges van: *La Guerre et les Droits de Propriété Industrielle* (S. 152–177).

— T. 15, 1948

Brin, H. L.: *La Nationalité Française dans les territoires d'Outre-Mer* (S. 8–70).

Wée, Maurice de: *Le Régime Juridictionnel des Forces Armées en Egypte pendant la deuxième guerre mondiale* (S. 116–134).

La Pradelle, Albert de: *La place de l'Homme dans la construction du Droit International* (S. 152–163).

X. X. X.: *La condition juridique de l'Allemagne dans ses rapports avec le Droit Conventionnel régissant l'occupation des Territoires ennemis* (S. 69–88). Verf. rechtfertigt das alliierte Besatzungsregime in Deutschland seit 1945 mit dem Zusammenbruch der Staatsorganisation und damit, daß die Besatzungsmächte als Mandatare der Gemeinschaft der zivilisierten Völker handelten, die ihrerseits zur Wahrung der Zivilisation den Kampf gegen den Nazismus geführt habe.

— T. 16, 1949

X. X. X.: *La condition juridique de l'Allemagne dans ses rapports avec le Droit Conventionnel régissant l'occupation des Territoires ennemis* (S. 69–88). Nach Herausarbeitung der im IV. Haager Abkommen von 1907 verankerten Besatzungsrechtsprinzipien und Umschreibung der faktischen Lage bei der deutschen Kapitulation 1945 unternimmt Verf. eine Rechtfertigung der von den Alliierten geschaffenen Besatzungsordnung. Rn

Occidente. Rivista bimestrale di studi politici. Anno 9, 1953

Cataluccio, Francesco: *La prima fase della questione tedesca (1945–1946)* (S. 13–39). Behandelt das Besatzungsregime in Deutschland 1945–1947.

Darbesio, M. A.: *Cenni di storia delle leggi sull'emigrazione in Italia* (S. 247–269). Verfolgt die Auswanderungsgesetzgebung in Italien seit 1900 und skizziert die Einwanderungspolitik der wichtigsten anderen Staaten der westlichen Welt.

Darbesio, M. A.: *Il nuovo disegno di legge sull'emigrazione. Una discriminazione non giustificata. Esame del progetto di Legge. Osservazioni critiche* (S. 335–344). Rn

Die öffentliche Verwaltung. Jg. 6, 1953

Stödter, Rolf: *Über den Enteignungsbegriff. Bemerkungen zum Enteignungsbeschluß des Bundesgerichtshofs* (S. 97–101; 136–141).

Heide, Wolf von der: *Der Vermittlungsausschuß. Praxis und Bewährung* (S. 129–132). Behandelt die Funktion des nach Art. 77 Abs. 2 GG zu bildenden Ausschusses.

Radtke, Hanns: Die Entscheidungen der obersten alliierten Rückerstattungsgerichte im Verhältnis zur deutschen Rechtsprechung (S. 173–175).

Hirsch, Ernst E.: Selbstverwaltung der Universität. Ein rechtsvergleichender Ausblick auf das türkische Recht (S. 176–178).

Loehning, Curt: Unabhängigkeit des Rundfunks (S. 193–197; 264–268). Obwohl als grundsätzliches Axiom die Meinungsfreiheit anzuerkennen sei, zeige besonders die Entwicklung in den USA, daß der Rundfunk seiner Eigenart wegen nicht dem völlig freien Spiel der politischen Kräfte überlassen bleiben könne.

Koellreutter, Otto: Die verfassungsrechtliche Bedeutung des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts vom 8. Dezember 1952 (S. 261–264).

Jovy, Herbert: Rechtsvergleichende Betrachtung der Amtshaftung mit amerikanischem, englischem und französischem Recht (S. 300–304).

Müller, Gerhard: Zur richterlichen Unabhängigkeit (S. 304–307). Verf. kritisiert die Mißachtung dieses Grundsatzes durch die Praxis, besonders in Ansehung des Gutachtenverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht über die Verfassungsmäßigkeit des EVG-Vertrages.

Köttgen, Arnold: Ämterpatronage (S. 322–326). Behandelt die Frage des direkten und indirekten Einflusses der politischen Parteien und Beamtenanstellungen.

Weber, Werner: Die Entschädigung in der westdeutschen Bodenreform. Dargestellt am Beispiel der Bodenreform in Nordrhein-Westfalen (S. 353–357). Die sogenannte Bodenreform in Westdeutschland sei den westlichen Besatzungsmächten durch sowjetischen Druck abgerungen worden. Notwendigerweise jedoch habe man dieser Reform eine rechtsstaatliche Wendung verliehen. Eine andere Entschädigungsregelung als die des Art. 14 Abs. 3 GG sei daher nicht denkbar.

Bachof, Otto: Der Rechtsschutz im öffentlichen Recht: gelöste und ungelöste Probleme (S. 417–424).

Nitsche, Walter: Der Begriff der deutschen Volkszugehörigkeit in der Gesetzgebung für Vertriebene und Flüchtlinge (S. 461–463).

Scheuner, Ulrich: Die Selbständigkeit und Einheit der Rechtspflege (S. 517–525). Erörtert unter historischen und rechtsvergleichenden Gesichtspunkten die seit der Jahrhundertwende andauernden Bestrebungen zur Justizreform im Sinne einer organisatorischen Lösung der Gerichte vom Ressortminister, eines Wahlrichtertums, erhöhter Sicherung der Unabhängigkeit gerade der besonderen Zweige der Gerichtsbarkeit, umreißt die gegenwärtigen Verfassungsgrundlagen der Rechtspflege und sieht die Hauptgefahr für die Stellung der Gerichte in Deutschland in der Aufsplitterung der deutschen Rechtspflege in eine Reihe verschiedener und auch getrennten Ressorts unterstehender Zweige der rechtsprechenden Gewalt.

Makarov, Alexander: Die Entwürfe der Staatsangehörigkeitsnovellen 1953 (S. 544–549). Behandelt die Gesetzentwürfe, die sich mit der Frage der Gleichberechtigung von Mann und Frau und den »Sammeleinbürgerungen« aus der Zeit von 1938 bis 1945 befassen.

Scheuner, Ulrich: Art. 146 GG und das Problem der verfassungsgebenden Gewalt (S. 581–585). Das Grundgesetz habe die Möglichkeit der legalen Wiedervereinigung der beiden Teile Deutschlands auf den Fall einer echten freien Wahl

(Art. 146 GG), oder aber des Beitritts weiterer Teile des ehemaligen Reichs (Art. 23 GG) beschränkt. Art. 146 GG gehe für den Fall der Wiedervereinigung von der staatsrechtlichen Kontinuität der Bundesrepublik aus. Die Annahme einer permanenten Gegenwärtigkeit der verfassungsgebenden Gewalt in der Art, daß das Volk jederzeit auch ohne besondere Verfassungsbestimmungen in der Lage sei, eine Verfassungsneuschöpfung vorzunehmen, lehnt Verf. ab. Eine ständig anwesende verfassungsgebende Gewalt sei letztlich ein revolutionärer Begriff. Ein solcher könne nicht als rechtliches Mittel einer Verfassungsneugestaltung angesehen werden. Die Bundesrepublik sei mit dem Deutschen Reich identisch, nicht etwa eine Teilordnung des Reiches vorübergehenden *de facto*-Charakters. Daher sei sie auch nicht gehindert, weitreichende internationale Verpflichtungen einzugehen.

Heydte, Friedrich August Frh. von der: Zur Problematik der Begriffe Souveränität und auswärtige Gewalt (S. 585–587). Die auswärtige Gewalt im Bundesstaat sei in erster Linie Organisationsgewalt. Der Bund sei jedenfalls nach innerstaatlichem Recht nicht legitimiert, sich über den Weg des völkerrechtlichen Vertragschlusses innerstaatliche Kompetenzen zuzulegen, welche die Verfassung den Gliedstaaten zugeteilt habe.

Giese, Friedrich: Die Rundfunkkompetenz in der Bundesrepublik (S. 587–593).
Krauss, Günther: Naturrecht und Verteidigungsbeitrag (S. 597–599). Das Grundgesetz bekenne sich zum Naturrecht; das Naturrecht fordere vom Staat die Selbstverteidigung zum Schutze der Menschenwürde seiner Staatsangehörigen auch ohne Verfassungsänderung.

Maunz, Theodor: Die verfassungsgebende Gewalt im Grundgesetz (S. 645–648). Grundsätzlich seien zwar die konstituierten Gewalten durch die vorangegangene Grundentscheidung gebunden, nicht aber die verfassungsgebende Gewalt selbst. Die Form, in welcher letztere zu neuer Entscheidung tätig zu werden vermag, hänge von rechtstechnischen Fragen ab. Das GG sehe ohne den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands ein Tätigwerden der verfassungsgebenden Gewalt überhaupt nicht vor. Für den Fall der Wiedervereinigung stelle sich die Frage, ob diese an die im GG vorgesehenen Formen (Art. 146, 23) gebunden sei oder ob für diesen Fall die Möglichkeit einer Loslösung vom GG, z. B. durch Appell an das ganze Volk, bejaht werden könne. Verf. verneint die zweite Alternative, da die Vorbereitung einer Wiedervereinigung durch die konstituierten Organe nur im Rahmen der für diese geltenden Ordnung getroffen werden könne. Dg

Österreichische Juristenzeitung. Jg. 8, 1953

Korn, Josef: Die ersten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe (S. 85–87). Vergleich zur Kompetenz des österreichischen Verfassungsgerichtshofs.

Frieberger, Kurt: Welturheberrechtsabkommen (S. 116–120; 144–148; 169–172). Offizieller deutscher Text des Abkommens vom 6. 9. 1952 mit Vorbemerkung und eingehender Kommentierung. Verf. war Delegierter Österreichs.

Grassberger, Roland: Bericht über die erste Tagung der europäischen Expertengruppe der UNO, betreffend die Verbrechensvorbeugung und Behandlung von Rechtsbrechern (S. 124–128).

Köhler, Hans: *Rechtshilfeverkehr in Zivilrechtssachen mit den südamerikanischen Staaten* (S. 368–371). Dg

Orient-Occident. Année 6, 1953/54

Miyasawa, Tosiyo: *La Constitution et les partis politiques* (N. 7, S. 20–25). Verf., Dekan der Juristischen Fakultät der Universität von Tokio, verweist am Schluß seines Überblicks über die verfassungsrechtliche Entwicklung in Japan auf die seit Abschluß des Friedensvertrags von 1952 gesicherte Freiheit der Parteien in Japan. Ws

Oriente Moderno. Anno 33, 1953

Rubinacci, Roberto: *La Tunisia nell'ultimo decennio* (S. 201–229). Nach kurzem Überblick über die Grundlagen der staatlichen Ordnung des Protektoratsgebiets gibt Verf. einen Abriß der neueren politischen Entwicklung in Tunis unter innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten. Ws

Osteuropa. Jg. 3, 1953

Meissner, Boris: *Der Ministerrat der UdSSR* (S. 116–123).

Kafka, Gustav E.: *Die Sowjetunion und Österreich* (S. 171–177; 257–263).

Richert, Ernst: *Der Fall Dertinger und die DDR-Außenpolitik* (S. 184–190).

Bleiber, Fritz: *Afghanistan und die Sowjetunion* (S. 322–331). Zn

Politeia. Vol. 4, 1952

McDonald, William J.: *Some legal aspects of recent United States – Japanese relations* (S. 180–185). Verf. stellt dar, wie, um eine Rechtsgrundlage für die Durchführung des Prozesses gegen die japanischen Kriegsverbrecher zu finden, die amerikanische Jurisprudenz sich von dem früher von ihr überwiegend vertretenen Pragmatismus habe abwenden und auf die ewigen Werte der internationalen Moral besinnen müssen. Für eine Umschreibung der unveräußerlichen internationalen Rechte gebe z. B. die Ansprache von Pius XII. an die Mitglieder des World Federal Government Movement eine Grundlage.

Valarché, J.: *La Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier* (S. 244–252).

Vassenhove, L. van: *Des manières de concevoir l'Europe et des moyens de la faire* (S. 274–281). Verf. behandelt die seit 1930 bekannten Versuche, zu einer europäischen Einigung zu kommen, den Unionismus, den Funktionalismus und den Föderalismus. Er sieht im Föderalismus den richtigen Weg, der aber, da er in der Masse kein Echo habe, durch eine zentrale europäische Nachrichtenagentur mehr als bisher propagiert werden müsse.

Nawiaskey, H.: *Die Verfassung der europäischen Gemeinschaft* (S. 284–300). Verf. behandelt die Grundgedanken der Europäischen Politischen Gemeinschaft, das Entstehen des Verfassungsentwurfs und die darin vorgesehene Organisation. Er qualifiziert sie rechtlich als bundesstaatliche Gestaltung mit zwei Anomalien, nämlich einem sehr engen Kompetenzkreis und der Unzuständigkeit zur Kompetenzerweiterung.

Schubert, H.: *The European Postal Union* (S. 302–304). Verf. befürwortet die Errichtung einer europäischen Postunion. Bh

Political Science Quarterly. Vol. 67, 1952

Tannenbaum, Frank: The Balance of Power versus the Coördinate State (S. 173–197).

Viereck, Peter: The Revolution in Values: Roots of the European Catastrophe, 1870–1952 (S. 339–356).

Wolfers, Arnold: "National Security" as an Ambiguous Symbol (S. 481–502).

Sethur, Frederick: The Schuman Plan and Ruhr Coal (S. 503–520). Vorwiegend wirtschaftliche Würdigung des Schuman-Plans unter besonderer Berücksichtigung des deutschen Anteils.

Freymond, Jacques: Switzerland's Position in the World Peace Structure (S. 521–533).

McNelly, Theodore: American Influence and Japan's No-War Constitution (S. 589–598).

— Vol. 68, 1953

Walton, Clarence C.: Background for the European Defense Community (S. 42–69).

Palmer, R. R.: Notes on the Use of the Word "Democracy" 1789–1799 (S. 203–226).

Hughes, Colin A.: Semi-responsible Government in the British West-Indies (S. 338–353). Mr

Il Politico. Anno 18, 1953/54

Battelli, Maurice: Il referendum e l'iniziativa popolare in Svizzera (S. 11–32). Behandelt die in der Schweiz mit der unmittelbaren Demokratie nach der Verfassung von 1874 gemachten Erfahrungen.

Biscaretti di Ruffia, Paolo: Le tre «forme di Stato» dell'età contemporanea (S. 167–181). Verf. unterscheidet die »klassische Demokratie«, den »autoritären Staat« und die »progressive Demokratie«, deren am weitesten entwickeltes Muster er in der UdSSR findet.

Sciak, Isacco: Lo sviluppo costituzionale in Israele (S. 183–192). Im Oktober 1952 gehaltener Vortrag, der die Prinzipien der Repräsentation, der parlamentarischen Verantwortlichkeit und des Verhältnisswahlrechts in Israel herausarbeitet. Rn

Politique Etrangère. Année 17, 1952

Tam, Nguyen van: Les réformes au Viêt-Nam (S. 441–450).

Gudin, Eugenio: Le problème de l'équilibre économique international et les tendances actuelles du Fonds monétaire international (S. 461–470).

Meile, Pierre: Le problème des Etats himalayens (S. 471–486).

—: *Réflexions sur une fédéralisation de l'Europe danubienne (S. 499–505).*

— Année 18, 1953

Boitel, Michel: Situation et problèmes actuels de la fonction publique internationale (S. 5–16). Auf Grund der US-Maßnahmen gegen die im öffentlichen Dienst unerwünschten Staatsbürger, die sich gemäß Verordnung des Präsidenten

vom 9. 1. 1952 auch gegen solche im Dienst internationaler Organisationen richtet, untersucht Verf. die Rechtsstellung des Personals dieser Organisationen, insbesondere aus Art. 100, 101 und 105 der Charta. Er lehnt den Eingriffsversuch der USA als unzulässig ab.

Sablîer, Edouard: La signification de l'affaire du pétrole iranien (S. 17–22).

Fartache, Manoutchehr: Le développement économique et les problèmes politiques du Moyen-Orient. Le cas d'Iran (S. 23–34).

Focsaneanu, Lazar: Les conséquences internationales des nationalisations (S. 35–50).

Rottier, A.: La Birmanie nouvelle (S. 133–148).

Manet, Olivier: La Communauté européenne de défense. I. – Les données techniques. II. – Les données politiques (S. 149–168).

Catroux, Général: L'Union française, son concept, son état, ses perspectives (S. 233–266).

—: *Union française et institutions européennes (S. 267–276).*

Lacharrière, René de: L'action des Nations Unies pour la sécurité et pour la paix (S. 307–338). Behandelt u. a. Fragen der Änderung der UN-Charta.

Armengaud, André: L'intégration économique européenne et la Communauté du charbon et de l'acier (S. 345–366).

Debré, Michel: Contre l'Armée européenne (S. 367–400). Verf. würdigt kritisch die Idee der EVG, die er für politisch unerwünscht und rechtlich mit der französischen Verfassung für unvereinbar hält.

Rapport du Comité d'études de l'Organisation atlantique: L'O.T.A.N. et le réarmement de l'Occident (S. 401–412).

Lévy, Roger: Situations en Extrême-Orient (S. 413–430).

Bh

Questions actuelles du socialisme. 1953

Revue bimestrielle, éditée par l'Agence Yougoslave d'Information.

Kardelj, Edouard: Les bases sociales et politiques de la R.F.P.Y. (N. 16, S. 1–49). Verf. behandelt die jugoslawische Verfassungsänderung vom 13. 1. 1953. Französische Übersetzung der neuen Texte a. a. O., S. 74–122.

Pritsa, Srdja: La Yougoslavie dans la lutte pour l'indépendance (S. 59–66).

Kardelj, Edouard: Les voies de la démocratie yougoslave (N. 17, S. 1–109).

Djilas, Milovan: Les partis communistes dans les pays capitalistes (S. 110–129).

Bebler, Alès: Les rapports italo-yougoslaves et la question de Trieste (N. 19/20, S. 1–24).

—: *La structure de la République Fédérative Populaire de Yougoslavie (S. 117–203).*

Kardelj, Edouard: Le Problème de Trieste (S. 205–274).

Zn

Rassegna di Diritto Pubblico. Anno 8, 1953

Conforti, Benedetto: Sul «rimpatrio» volontario dei prigionieri coreani (S. 33–42).

Cossiga, Francesco: Note sulla libertà d'espatrio e di emigrazione (S. 43–88).

Favilli, Vittorio: Osservazioni sulla posizione degli individui nel diritto inter-

nazionale (S. 115–156). Verf. geht davon aus, daß die Respektierung der Grundrechte durch den Staat grundsätzlich zu dessen «*compétence réservée*» gehöre, was durch die speziellen, diese Respektierung festlegenden Abkommen bestätigt werde (S. 123 f.), und untersucht die Frage der Völkerrechtsfähigkeit des Individuums in der Richtung, ob dieses Adressat von Völkerrechtsnormen sei oder aus solchen subjektive Rechte, Befugnisse oder Pflichten ableiten könne. Durch Verträge, die Verf. nur als *negotia iuris*, nicht als Rechtsquellen ansieht, erhalte das Individuum Rechtsfähigkeit nur in speziellen Unionen, nicht in der völkerrechtlichen Ordnung. Da aber alles Recht, auch das Völkerrecht, letztlich auf den Menschen bezogen sei, müsse dieser, wenigstens mittelbar, Subjekt im materialen Sinn des Völkerrechts sein (S. 133 f.). Verf. untersucht im Individualinteresse liegende Regeln des allgemeinen Völkerrechts, besonders des Fremden- und Kriegsrechts, daraufhin, ob sie Individualrechte zu schaffen vermögen, und analysiert unter diesem Gesichtspunkt die Wirkung des Staatsangehörigkeitswechsels des völkerrechtswidrig Geschädigten auf die Aktivlegitimation für völkerrechtliche Entschädigungsansprüche. Er schließt mit der Formel: In der innerstaatlichen Gesellschaft sind Rechtssubjekte primär die Individuen, Körperschaften nur, soweit die Individuen es wollen; in der Völkerrechtsgemeinschaft hingegen sind Rechtssubjekte primär die bestimmte Merkmale aufweisenden Körperschaften, Individuen nur, soweit diese Körperschaften es wollen.

Sica, Vincenzo: Gli atti del Presidente della Repubblica e la controfirma dei Ministri (S. 157–191).

Negri, Guglielmo: Sul congresso degli Stati Uniti (S. 192–223).

Foscolo, Ugo: Come funzionerà la Corte Costituzionale? (S. 224–233). Rn

Rassegna Italiana di Politica e di Cultura. Anno 29, 1952

Fondata e diretta da Tomaso Sillani.

Zuleta Angel, Eduardo: Le basi giuridiche del NATO in rapporto alla Organizzazione degli Stati americani (S. 63–68).

Giusti del Giardino, Justo: I Problemi internazionali dell'Emigrazione (S. 119–133).

Villari, Luigi: La riforma del Senato (S. 243–248).

A. C.: Origini e conseguenze della guerra civile cinese (S. 257–264).

Verax: Strategia politica del Comunismo. La campagna sulla guerra batteriologica (S. 373–384).

Asiaticus: Il Piano Colomco (Bilancio di un anno) (S. 453–463).

Ambrosini, Gaspare: Comunità internazionale e sovranità degli Stati (S. 491–500; 547–558). Verf., Vorsitzender der Kommission für auswärtige Angelegenheiten der italienischen Kammer, behandelt Entstehung und Entwicklung des Souveränitätsbegriffs und die gegenwärtigen Versuche zur Errichtung einer supranationalen Gemeinschaft.

— Anno 30, 1953

Africanus: Nel nome di Cecil Rhodes. La Federazione dell'Africa Centrale (S. 297–305).

Celio, Enrico: La Svizzera, il suo federalismo e la sua neutralità (S. 397–409).
Boothé Luce, Clara: Gli Stati Uniti e l'Europa (S. 453–462).
Londonio, Agostino: Zone insidiate del Vicino Oriente: Lo Stato d'Israele (S. 525–536).

— **Anno 31, 1954**

Spierenburg, Dierk Peter: Prospettive della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio (S. 3–8). Rn

Rechtsgeleerd Magazijn Themis. 1952

Polak, M. V.: Drie Angelsaksische Bondsstaatsstructuren (S. 468–480). Verf. behandelt und vergleicht die bundesstaatlichen Einrichtungen der USA, Kanadas und Australiens. Die bundesstaatliche Struktur der genannten Länder näherte sich zunehmend der eines dezentralisierten Einheitsstaats.

— **1953**

Panhuy, Jhr. H. F. van: De beoordeling door de nationale rechter in rechts-gedingen tussen particulieren van handelingen van vreemde Staten (S. 217–249). Verf. bejaht die Befugnis des nationalen Richters, Hoheitsakte fremder Staaten auf ihre Rechtmäßigkeit zu prüfen, in folgendem Rahmen: a) Überprüfung der formalen Gültigkeit; b) wenn die Ungültigkeit des Akts von Gerichten des fremden Staates bereits bejaht ist; c) wenn das Urteil eines internationalen Gerichts vorliegt, an das der fremde Staat und der Staat des Richters gebunden sind; d) wenn der Hoheitsakt sich gegen die Rechte des Staates des Richters oder die seiner Staatsangehörigen richtet.

Stuyt, A. M.: Inwerkingtreding van verdragen (S. 387–404). Verf. behandelt das Inkrafttreten von Staatsverträgen nach Völkerrecht und geht auf die Besonderheiten bei multilateralen Verträgen und das Institut der »vorläufigen Anwendung« von unterzeichneten, aber noch nicht in Kraft getretenen Verträgen ein. Verf. unterscheidet die Gültigkeit, das subjektive und objektive Verbindlichwerden und das Inkrafttreten eines Vertrages und belegt das letztere mit zahlreichen Beispielen.

Zwart Voorspuij, D. C.: Staatsrecht in beweging. Rijksbegroting en budgetrecht (S. 439–484). Verf. behandelt die staatsrechtlichen Fragen, die sich aus der Zunahme der Staatsaufgaben und der daraus folgenden erhöhten Bedeutung des Staatshaushalts ergeben. Zn

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst. Jg. 2, 1953

Hrsg.: »Deutsches Institut für Rechtswissenschaft«, Berlin, Sowjetsektor.

Sobinow, M.: Das offene Kriegsbündnis der USA, Englands und Frankreichs mit der Adenauerregierung (Sp. 77–89). Übersetzung des oben S. 424 angezeigten Aufsatzes. Polemik gegen EVG- und Deutschland-Vertrag.

Romascshkin, P. S.: Der Kampf der UdSSR um die Abrüstung und um das Verbot der barbarischen Mittel der Massenvernichtung (Sp. 125–140). Übersetzung des oben S. 425 angezeigten Aufsatzes.

Lachs, M.: Das amerikanische Diversionsgesetz Nr. 165 über die »Hundert Millionen« im Lichte des Völkerrechts (Sp. 140–154). Der Mutual Security Act, 1951, nach dessen Bestimmungen ein hoher Geldbetrag zur Unterstützung flüchten-

der oder geflüchteter Staatsangehöriger der Ostblockstaaten ausgesetzt ist, sei eine völkerrechtswidrige Intervention.

Mosochina, A. G.: Der Kampf gegen die Staatsverbrechen in den europäischen Ländern der Volksdemokratie (Sp. 191–201). Behandelt die Sicherung gegen Hochverrat, Landesverrat, Spionage, Sabotage und Diversion durch Gesetzgebung und Rechtsprechung in den Ostblockstaaten.

Kiritschenko, W. F.: Der Kampf gegen die verbrecherischen Anschläge auf die Wirtschaftsordnung der volksdemokratischen Staaten in Europa (Sp. 201–210). Berichtet über Schutzmaßnahmen für Bodenreformen, Verstaatlichungen und »Volkseigentum«.

Dawidowicz, Waclaw: Eingaben und Beschwerden als Waffe im Kampf gegen den Bürokratismus im Verwaltungsapparat (Sp. 240–255).

Tschishow, K. J.: Die zwei Weltmärkte und das gegenwärtige Völkerrecht (Sp. 331–348). Übersetzung des oben S. 426 angezeigten Aufsatzes.

Sadorosny, G.: Die amerikanische Rechtsdoktrin – schlimmster Feind des Völkerrechts (Sp. 348–360). Übersetzung des oben S. 246 angezeigten Aufsatzes.

Maslennikow, W.: Über den Charakter der Volksdemokratie in China (Sp. 378–393).

Donner, B.: Zu den verwerflichen Angriffen auf die staatliche Souveränität (Sp. 442–458). Entwickelt die sowjetische Theorie der Souveränität. Immer sei, im Sinne von G. Jellinek, der freie Wille die entscheidende Grundlage der Souveränität. Insbesondere sei auch die eigentliche Quelle des Völkerrechts nicht das Gewohnheitsrecht, sondern der Vertrag, da gerade in diesem sich die Willensfreiheit der Völker am eindringlichsten manifestierte. Die Charta der UN sei auf dem Prinzip der Souveränität der Einzelstaaten aufgebaut; dennoch versuche die USA fortgesetzt, dieses Fundament zu zerstören. Im Korfu-Streitfall sei der IGH beufen gewesen, die Souveränität Albaniens zu wahren; sein Urteil bestrafe aber Albanien dafür, daß es seine Unabhängigkeit habe verteidigen wollen. Ähnliche Vorwürfe gelten dem IGH im Falle des Streites um die Friedensverträge vom 10. 2. 1947 und des anglo-iranischen Ölstreits.

Jampolskaja, Z. A.: Die Teilnahme der Massen an der Verwaltung des Staates (Sp. 489–498).

Mandelstam, L. I.; A. I. Tichonow: Der Deputierte – ein Diener des Volkes (Sp. 498–509).

Tunkin, G. I.: Die sowjetische Definition der Aggression in der Organisation der Vereinten Nationen (Sp. 717–730). Übersetzung des oben S. 615 angezeigten Aufsatzes.

Dg

Recueil Dalloz de Doctrine, de Jurisprudence et de Législation. 1953

Blaevøet, Ch.: Un signe extérieur ou un critère technique de la répartition des compétences administrative et judiciaire (S. 33–38).

Maleville, Georges: Observations sur la réforme administrative (S. 57–62).

L'Huillier, Jean: Une conquête du droit administratif français: Le contentieux de la Communauté européenne du charbon et de l'acier (S. 63–66). Darstellung der Grundzüge des Verfahrens vor dem Gerichtshof der Montanunion.

Pépy, Daniel: Le projet de traité portant statut de la Communauté européenne (S. 79–86). Verf. analysiert den Vertragsentwurf der europäischen politischen Gemeinschaft. Er beurteilt die Gemeinschaft rechtlich als einen echten Staat.

Auby, J.-M.: Les contrats comportant occupation du domaine public (S. 99–106).

Ricard, J.-D.: La condition internationale des câbles télégraphiques sous-marins et son évolution juridique (S. 115–120). Verf. setzt sich für eine Bereinigung der Pariser Übereinkunft vom 14. 3. 1884 ein mit dem Ziel der Sicherung der internationalen Kabelverbindungen gegen Maßnahmen der Kriegführenden, die nach dem jetzt noch geltenden Art. 15 völlige Handlungsfreiheit haben.

Mignon, Maxime: Une évolution inachevée: La notion d'intérêt ouvrant le recours pour excès de pouvoir (S. 121–126).

Donnedieu de Vabres, Jacques: L'article 13 et les décrets-lois (S. 137–140). Verf. behandelt unter Berücksichtigung des bisherigen Schrifttums und des Gutachtens des Conseil d'Etat über die aus Art. 13 herrührenden Schranken den Rechtsgehalt dieser Bestimmung, nach der die Nationalversammlung allein das Gesetz beschließt und diese Kompetenz nicht übertragen kann.

Morange, Georges: La liberté d'opinion des fonctionnaires publics (S. 153–156).

Morange, Georges: La spécialité du préjudice indemnisable en droit administratif (S. 165–168).

Rousseau, Charles: Le régime actuel de publication des traités en France (S. 169–174). Verf. zeigt, daß seit der Verfassung von 1946 in Frankreich internationale Verträge durch einen doppelten Vorgang innerstaatlich wirksam werden: durch das Ratifikationsdekret (bzw. im Fall des Art. 27 der Verfassung durch das zur Ratifikation ermächtigende Gesetz) und das Publikationsdekret. Er zeigt, daß die Gerichte heute dem Erfordernis der Publikation die gleiche Bedeutung zumessen wie früher dem der Promulgation. Er beanstandet, daß Verträge abgeschlossen worden seien, die den formalen Erfordernissen für die innerstaatliche Wirksamkeit nicht genügen. Er fordert Publizität für alle internationalen Abmachungen Frankreichs und ihre Veröffentlichung in einem eigenen Vertragsregister zur Entlastung des Journal Officiel, wozu die Verordnung vom 14. 3. 1953 die rechtliche Grundlage gebe.

Heilbronner, André: Recours pour excès de pouvoir et recours de plein contentieux (S. 183–188).

Bh

The Review of Politics. Vol. 15, 1953

Ling Nai-jui: Three Years of Communist Rule in China (S. 3–33).

Dorpaleu, Andreas: The German Historians and Bismarck (S. 53–67).

Schechtman, Joseph B.: Postwar Population Transfers in Europe: A Survey (S. 151–178). Behandelt die Umsiedlungen nach Kriegsende, insbesondere der deutschen Minderheiten auf Grund der Potsdamer Beschlüsse.

Kertesz, Stephen: The Expulsion of the Germans from Hungary: A Study in Postwar Diplomacy (S. 179–208).

Mr

Revista de Administración pública. Año 3, 1952

López Rodó, Laureano: Presupuestos subjetivos para la aplicación del principio que prohíbe ir contra los propios actos (N. 9, S. 11–53). Zur Anwendung des Verbots des *venire contra factum proprium* auf die Verwaltungsakte untersucht Verf. die Identität des Subjekts der vielgestaltigen Verwaltungsbehörden, sodann die Pluralität der Subjekte infolge besonderen Rechtsverhältnisses, z. B. Rechtsnachfolge und Stellvertretung.

Guita, Aurelio: Ejecución de sentencias en el proceso administrativo español (S. 55–104).

— Año 4, 1953

Garrido Falla, Fernando: Las transformaciones del concepto jurídico de policía administrativa (N. 11, S. 11–31).

Guita, Aurelio: Administración institucional y recurso contencioso-administrativo (S. 45–66). Verf. bespricht die Stellung von Verwaltungskörpern im Verwaltungsstreitverfahren auf Grund des spanischen Gesetzes vom 8. 2. 1952.

González Pérez, Jesús: Las excepciones de la Ley de lo contencioso-administrativo (S. 69–163). Umfassende und durch zahlreiche Entscheidungen erläuterte Darstellung des Systems der Einreden und Einwendungen im neuen spanischen Verwaltungsstreitverfahren.

Alvárez-Gendín, Sabino: Acción popular y recursos administrativos contra los actos de la Administración local (S. 221–267). Verf. untersucht die Popularklage und andere Rechtsbehelfe nicht unmittelbar betroffener Bürger gegen Verwaltungsakte nach spanischem Recht im Laufe der geschichtlichen Entwicklung. Sr

Revista Peruana de Derecho Internacional. T. 12, 1952

García Rendón, Godofredo: Bases de un ante-proyecto de Código Penal Internacional (S. 77–84). Der mit Begründung versehene Entwurf sieht eine strafrechtliche Haftung von Staaten, Organen, Personengruppen und Individuen vor für »politische, wirtschaftliche und kulturwidrige internationale Delikte«, die sich gegen den Frieden, gegen die Grundlagen des Wirtschaftssystems eines anderen Staates oder gegen den Bevölkerungsbestand richten. Unter »Delicto contra la Cultura« werden Sklaverei, Unmenschlichkeits- und Genocidverbrechen aller Art zusammengefaßt.

Camilloni L., Humberto: El principio «pacta sunt servanda» y la cláusula «rebus sic stantibus» en los tratados de comercio (S. 95–98). Kritik der »declaración IV del Comité Jurídico Interamericano sobre reafirmación de los principios fundamentales del Derecho Internacional« vom 6. 3. 1944, worin die Vereinbarung einer generellen Revisionsklausel zu bestehenden zweiseitigen Verträgen empfohlen wird.

Durant Aspíllaga, Gonzalo: Limitaciones de la soberanía de los Estados (S. 99–104). Die Priorität der Völkerrechtsprinzipien und die notwendigen Souveränitätsbeschränkungen seien keine Beeinträchtigung der Unabhängigkeit der Staaten.

Aramburú Menchaca, Andrés A.: Carácter y Alcanes de los derechos

declarados y ejercidos sobre el Mar y Zócalo Continental (S. 153–158). Spanische Fassung des oben S. 575 angezeigten Aufsatzes.

Drinot Delgado, Amadeo: Problemas jurídicos vinculados a la Plataforma Submarina (S. 159–241). Verf. empfiehlt Abschluß eines multilateralen Vertrags unter den Küstenstaaten, über die Fragen, die sich aus der Erstreckung der Staatshoheit auf das Gebiet des Kontinentalsockels ergeben. Die Ausbeutung des Untergrundes dürfe nicht zur völligen Beseitigung des Grundsatzes der Freiheit der Meere führen. Das Wasser rechnet er der hohen See zu, in der Fischerei und Schifffahrt lediglich insoweit eingeschränkt sind, als der Küstenstaat Vorrichtungen zur Ausbeutung des Untergrundes erstellt hat. Der Grundsatz der Freiheit der Meere habe seinen absoluten und unveränderlichen Charakter verloren. Zn

La Revue Administrative. Année 6, 1953

Silvera, Victor: Les grands problèmes de l'administration tunisienne (S. 249–253).

Burdin, Marc: Les Marocains et la Fonction publique (S. 254–258).

Terron, Fernand: Aspects législatifs et réglementaires de l'intervention de l'Etat dans le domaine de l'Information (S. 259–264; 371–378). Bh

Revue Algérienne, Tunisienne et Marocaine de Législation et de Jurisprudence. Année 69, 1953

Muracciolo, Luc: Aspects du droit international public dans la jurisprudence française de l'année 1951 (S. 149–222). Systematisch geordnete Zusammenfassung der französischen Rechtsprechungspraxis zu Fragen des Völkerrechts. Verf. sagt, daß abgesehen von der Rechtsprechung des Kassationshofes und des Conseil d'Etat in den Urteilen gelegentlich eine erstaunliche Unkenntnis der Richter selbst in elementaren Fragen des Völkerrechts hervortrete, die auf einen Ausbildungsmangel zurückzuführen sei. Bh

Revue Critique de Droit International Privé. Vol. 42, 1953

Chrétien, Maxime: Existe-t-il un droit international fiscal commun? Etude de droit positif d'après la jurisprudence des Cours internationales (S. 215–244; 491–531; wird fortgesetzt).

Sarraute, R.; Paul Tager: Le nouveau statut international des réfugiés (Convention de Genève du 28 juillet 1951) (S. 245–287).

Bonassies, Pierre: Structure fédérale et conflits internes de lois. L'exemple des Etats-Unis d'Amérique (S. 289–316; 533–563).

Bastid, Suzanne: L'organisation européenne et le traitement réciproque des nationaux (S. 467–490). Bh

Revue de Droit International et de Droit Comparé. Année 30, 1953

Curatola, Avv. Michele: Conditions et tendances de la vie constitutionnelle italienne depuis le Statut Albertin jusqu'à la proclamation de la République (S. 7–24).

Demeur, P.: La convention internationale du 10 mai 1952 sur la compétence civile en matière d'abordage (S. 25–35).

W a r l o m o n t, R.: *L'exécution des jugements et des sentences, rendus à l'étranger, au regard de la notion de l'ordre public et des bonnes moeurs* (S. 84–95). Bh

Revue du Droit Public et de la Science Politique en France et à l'Etranger.
Année 59, 1953

A u b y, J. M.: *L'incompétence «ratione temporis». Recherches sur l'application des actes administratifs dans le temps* (S. 5–60).

M o u s k h é l y, Michel: *Les suppléants à l'Assemblée consultative du Conseil de l'Europe* (S. 61–67).

B o r n e c q u e - W i n a n d y, Edouard: *Nouvelle conception de la structure et de la protection du domaine public* (S. 68–105).

L a s a l l e, Claude: *Allemagne. Les limites du contrôle de la constitutionnalité des lois en Allemagne occidentale* (S. 106–120).

H o f f m a n n, Stanley: *Etats-Unis. Système fédéral et accords internationaux* (S. 121–156).

D r a g o, Roland: *Chronique constitutionnelle française: L'article 32 de la constitution du 27 octobre 1946* (S. 157–169).

R i v e r o, Jean: *Existe-t-il un critère du droit administratif?* (S. 279–296).

D r a g o, Roland: *La procédure de référé devant le Conseil d'Etat* (S. 297–316).

A d a m, H. T.: *Le droit de propriété dans la convention européenne des droits de l'homme et des libertés fondamentales* (S. 317–366). Verf. gibt eine Einführung in das Problem des internationalen Eigentumsschutzes und eine Analyse des Zusatzprotokolls vom 5. 11. 1950 über den Schutz des Eigentums zur europäischen Menschenrechtskonvention.

B o u r d o n, Jean: *Les biens étrangers des majorats napoléoniens après 1814* (S. 367–373).

H o f f m a n n, Stanley: *Etats-Unis. Accords internationaux et séparation des pouvoirs* (S. 374–414). Verf. prüft, ob die verfassungsmäßigen Rechte des Kongresses in auswärtigen Angelegenheiten die vertragschließende Gewalt, die gemäß Art. 11 § 2 der US-Verfassung beim Präsidenten und beim Senat liegt, einschränken. Er stellt dar, wie aus Rechts- und praktischen Gründen die Exekutive gezwungen ist, beim Abschluß völkerrechtlicher Verträge die Legislative zuzuziehen. Er behandelt Art und Formen der Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Senat wie zwischen Exekutive und Kongreß. Besondere Aufmerksamkeit ist den Verwaltungsabkommen gewidmet, deren Zulässigkeit nach der Verfassung und deren Wirkung nach innerstaatlichem Recht eingehend untersucht wird. Dabei wird sowohl die Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes, wie die Meinung der Lehre und die Staatspraxis berücksichtigt. Der Verf. ist der Ansicht, daß die Bestimmungen der US-Verfassung über den Abschluß völkerrechtlicher Verträge das Prinzip der Gewaltenteilung ausgehöhlt haben. Um zu vermeiden, daß der Senat von seiner Fähigkeit, den Abschluß eines Vertrags zu verhindern, exzessiven Gebrauch mache, und um überdies die interne Ausführung der Verträge sicherzustellen, sei man immer mehr dazu übergegangen, beide Kammern (den Kongreß) beim Vertragsschluß zuzuziehen, wodurch die von der Verfassung gewollte Trennung der Gewalten durch ihr faktisches Zusammenspiel

eliminiert werde. Die Regelung der US-Verfassung über den Vertragsschluß und über die Verbindlichkeit völkerrechtlicher Verträge habe auch dazu geführt, daß die Exekutive fortschreitend Verwaltungsabkommen auf Gebieten abgeschlossen habe, die eigentlich durch Verträge zu regeln seien. Sie habe sich auf diese Weise ein Übergewicht gegenüber der Legislative verschafft, wodurch das Prinzip des Gewaltengleichgewichts in den USA gestört sei.

Blamont, Emile: La revision de la constitution (S. 415–422). Verf. behandelt die durch eine Verfassungsreform zu lösenden Probleme des französischen Verfassungsrechts.

Berlia, Georges: La crise politique française de mai 1953 (S. 423–433).

Berlia, Georges: Le projet de revision constitutionnelle du gouvernement René Mayer (S. 434–447).

Rodó, L. López: Le pouvoir discrétionnaire de l'administration. Evolution doctrinale et jurisprudentielle (S. 572–580).

Héraud, Guy: Nature juridique de la communauté européenne d'après le projet de statut du 10 mars 1953 (S. 581–607). Auf Grund einer Untersuchung der Organisation der Europäischen Politischen Gemeinschaft stellt der Verfasser fest, daß es sich um eine liberal-demokratische, von den Staaten weitgehend unabhängige Bildung handle. Die Frage, ob die Politische Gemeinschaft ein Staat sei, wird verneint, weil nur ein schwacher Ansatz zu einer Bundesstaatsangehörigkeit bestehe, weil die Beziehungen zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin völkerrechtliche seien und weil der Gemeinschaft keine volle verfassungsgebende Gewalt zukomme. Der Verfasser spricht die Gemeinschaft als einen »politischen Pool« an.

Papahadjis, G. M.: Grèce. L'institution du conflit positif d'attributions et la mission du Préfet hellène (S. 608–614).

Heurté, André: La notion d'ordre public dans la procédure administrative (S. 615–648).

Hoffmann, Stanley: Etats-Unis. Accords internationaux et prohibitions constitutionnelles (S. 649–679). Nach US-Verfassungsrecht kann durch völkerrechtliche Verträge die interne Zuständigkeitsregelung zwischen der Union und den Staaten rechtswirksam verändert werden. Verf. zeigt, daß es dagegen nicht zulässig ist, daß durch völkerrechtliche Verträge Grundrechte berührt oder in der Verfassung enthaltene politische Schranken durchbrochen werden. Verstoßen Verträge gegen diese Grundsätze des Verfassungsrechts, könnten sie, da sie keine höhere Rangordnung als Gesetze haben, durch den Obersten Gerichtshof als verfassungswidrig erklärt werden. Tatsächlich sei aber noch nie ein Vertrag wegen einer Verfassungsverletzung für verfassungswidrig erklärt worden. Verf. analysiert die zur Frage des Konflikts zwischen völkerrechtlichem Vertrag und verfassungsrechtlichen Schranken ergangene Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes und die dabei entwickelten Grundsätze.

Berlia, Georges: Le projet de révision constitutionnelle adopté par l'Assemblée Nationale le 22 juillet 1953 (S. 680–696).

Berlia, Georges: Loi du 31 juillet 1953 fixant les conditions de levée de l'immunité parlementaire (S. 697–700).

Aubry, Maurice: Le Conseil Economique (S. 701–718).

Rivero, Jean: La réforme du contentieux administratif (S. 926–953). Verf. behandelt das durch die Verordnung Nr. 53.934 vom 30. 9. 1953 neugestaltete verwaltungsgerichtliche Verfahren in Frankreich. Im Anhang werden die Motive und der Text der Verordnung wiedergegeben.

Chapus, René: La loi d'habilitation du 11 juillet 1953 et la question des décrets-lois (S. 954–1006). Verf. untersucht die Voraussetzungen der gesetzgeberischen Ermächtigung und den Umfang der auf die Regierung übergehenden Kompetenzen. Er gibt außerdem eine juristische Qualifikation des Ermächtigungsvorganges und prüft schließlich die Frage der Vereinbarkeit mit der Verfassung. Abschließend begründet er die Notwendigkeit eines Rekurses gegen die auf Grund von Ermächtigungsgesetzen ergehenden Verordnungen.

Wautier, L. A.: Belgique. Les établissements publics. (S. 1007–1027).

Bh

Revue Egyptienne de Droit International. Vol. 7, 1951

Quadri, Rolando: Considérations sur l'entraide fiscale internationale spécialement en matière de Commissions rogatoires (S. 1–15).

Boutros-Ghali, B.: De l'agencement des solidarités restreintes au sein de l'Organisme international (S. 30–37). Betrachtungen über die Begriffe «domaine réservé», «intérêts vitaux» und «compétence exclusive» (Art. 2 § 7 der UN-Charta) als Hindernisse des Weltintegrationsprozesses.

Dufour, Jean: Observations sommaires sur quelques aspects du Point Quatre (S. 38–51).

Chamley, Paul: Le Plan Schuman (S. 52–72). Würdigung seiner wirtschaftlichen und politischen Bedeutung.

—: *La cause du Soudan* (S. 101–120). Rückblick auf die Rechtsgrundlagen der Stellung des Sudan seit Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum englisch-ägyptischen Vertrag vom 26. 8. 1936.

Arabischer Teil [Aufsatztitel übersetzt]:

Boutros-Ghali: Der Nordatlantikpakt (S. 1–50).

Abdel-Hamid; Abdel-Ghani: Konvention über die Nachrichtenfreiheit (S. 51–79). Verf., Presseattaché der ständigen ägyptischen Delegation bei den UN, berichtet über den am 22. 4. 1948 vom Wirtschafts- und Sozialrat in Genf angenommenen Entwurf einer Konvention über Nachrichtenfreiheit.

Badawi, Fahmi: Europarat (S. 80–98).

Ws

Revue Française de Science Politique. Vol. 3, 1953

Prélot, Marcel: La Signification Constitutionnelle de Second Empire (S. 31–56).

Aron, Raymond: En Quête d'une Philosophie de la Politique Etrangère (S. 69–91).

Charlier, R.-E.: Le Renouveau de la Politique Etrangère (S. 92–107).

Hoffmann, Stanley: Tendances et Formation de la Politique Extérieure Américaine (S. 179–183).

Vedel, Georges: Comparaison du Régime Juridique des Elections Sociales et du Régime Juridique des Elections Politiques (S. 231–245).

Netter, M.: L'Administration des Organismes Sociaux (S. 279–287).

Outrey, Amédée: Histoire et Principes de l'Administration Française des Affaires Etrangères (S. 298–318; 491–510; wird fortgesetzt).

Dogan, Mattei: La Stabilité du Personnel Parlementaire sous la Troisième République (S. 319–348).

Giroud, Roger: Facteurs de l'Abstentionnisme en Suisse (S. 349–376).

Langrod, Michele: Les Forces Politiques au Brésil (S. 511–532).

Goriely, Georges: L'Opinion Publique et le Plan Schuman (S. 585–611). Bh

Revue Générale de l'Air. Année 15, 1952

Saporta, M.: L'élaboration du droit international aérien (Une proposition d'amendement à l'Acte de Chicago (S. 413–421). Verf. untersucht, auf welche Weise das Luftrecht am wirksamsten vereinheitlicht werden kann. Zweiseitige Verträge und ein auf internationaler Basis ausgearbeiteter Entwurf eines typischen Gesetzes (*loi-type* oder *code de l'air*), etwa nach dem Vorbild der Urheberrechtskonvention, sieht er als unzulänglich an. Er befürwortet einen Zusatz zur Konvention von Chicago, auf Grund dessen die Einzelregelung gemäß Art. 90 erfolgen könne. Zn

Revue Hellénique de Droit International. Année 5, 1952

Roussos, Georges: Les accords en forme simplifiée en Droit International (S. 248–255). Summarische Übersicht über Form, Gegenstand und völkerrechtliche Verbindlichkeit von *executive agreements*. Verf. ist der Auffassung, daß solche Abkommen, die ohne die verfassungsmäßige Kompetenz des handelnden Staatsorgans oder unter Überschreitung derselben zustande gekommen sind, keine völkerrechtliche Verbindlichkeit besitzen, soweit in den Abkommen Rechtsregeln enthalten oder interpretiert sind.

Servos, J.: La juridiction administrative en Allemagne (S. 260–273). Kurzer Abriß des deutschen Verwaltungsstreitverfahrens.

Mamopoulos, P.: Vers une Convention d'Etablissement Intereuropéenne (S. 273–275). Zn

Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale. Année 2, 1952

Stavnik, J.: L'Espagne pendant la guerre (N. 5, S. 1–16; N. 7, S. 50–56).

Cézar, Pierre: L'Annexion de fait de l'Alsace et de la Lorraine (N. 5, S. 37–52).

Prost, Henri: La Roumanie et la seconde guerre mondiale (N. 6, S. 26–49).

Marin, Louis: Gouvernement et commandement. Conflits, différends, immixtions qui ont pesé sur l'armistice de juin 1940 (N. 8, S. 1–28; N. 9, S. 1–14).

— Année 3, 1953

Calvet, Henri: Aux origines de Munich: Le rôle du Times (N. 12, S. 25–32). Bh

Revue de l'Institut de Sociologie. Année 1952

Davin, Louis E.: L'économie et les finances de l'Allemagne Fédérale en face de l'intégration européenne. Atouts – Faiblesses – Perspectives (S. 185–231).

Herremans, Maurice-Pierre: Le problème des nationalités en Belgique (S. 389–404).

— Année 1953

Kerken, G. van der: L'évolution de la politique indigène au Congo Belge et au Ruanda-Urundi (S. 25–62).

Crabbe, V.: Notes conjointes sur le fait constitutionnel et sur le phénomène constitutionnel (S. 63–85). Bh

Revue internationale de la Croix-Rouge. Année 35, 1953

Huber, Max: L'idée de la Croix-Rouge (S. 362–376). Am 8. 5. 1953 zur Feier des 125. Geburtstages von Henry Dunant gehaltene Rede.

Coursier, Henri: Francis Lieber et les Lois de la guerre (S. 377–391).

Preux, Jean de: L'homme de confiance des prisonniers de guerre (S. 449–475). Kommentar zu Art. 79–81 des Kriegsgefangenenabkommens von 1949.

Wilhelm, René-Jean: Peut-on modifier le statut des prisonniers de guerre? (S. 516–543; 681–690). Verf. behandelt in beiden Weltkriegen vorgekommene Fälle der Änderung oder Aufhebung des Kriegsgefangenenstatuts mit oder ohne Zustimmung der Betroffenen bzw. ihres Heimatstaates und die Regelung der Frage im III. Genfer Abkommen von 1949.

Uhler, Oscar M.: Les hôpitaux civils et leur personnel (S. 610–634; 769–789; Beilage S. 248–273; 277–298). Kommentar zu Art. 18–20 des IV. Genfer Abkommens von 1949.

Pilloud, Claude: La protection pénale des Conventions humanitaires internationales (S. 842–874). Behandelt die aus den Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949 folgenden Pflichten zu Strafgesetzgebung und -verfolgung. Statt allzu scharf zwischen schweren und anderen Verstößen, befürwortet Verf. zwischen Verstößen gegen Personen oder Sachen in der Gewalt der Täter und außerhalb ihrer Gewalt befindliche zu unterscheiden, da bei letzteren meist nur Eventualdolus vorliege. Abkommenverstöße können nur gegen feindliche Personen oder Sachen verübt werden, aber nicht nur von Staatsfunktionären (S. 849). Verf. hat Bedenken gegen Ausdehnung des gemeinen Strafrechts auf Kriegsrechtsverstöße und prüft unter diesem Gesichtspunkt die einzelnen Tatbestände, die er größtenteils vom allgemeinen Strafrecht nicht hinreichend erfaßt und erfaßbar findet. Er befürwortet Spezialbestimmungen zumindest für jeden der schweren Verstöße.

C. P.: Sixième Congrès international de droit pénal (S. 875–884).

Coursier, Henri; Jean de Preux: Le problème de la capacité civile des prisonniers de guerre et des internés civils dans les Conventions de Genève de 1949 (S. 925–937). Jean de Preux erläutert Art. 14 Abs. 3 des III., Henri Coursier Art. 80 des IV. Genfer Abkommens von 1949.

— Année 36, 1954

Uhler, Oscar M.: La personne humaine dans la IV^e Convention de Genève (S. 11–24). Kommentar zu Art. 27 des IV. Genfer Abkommens von 1949.

Preux, Jean de: Etudes sur la troisième Convention de Genève de 1949. Prisonniers de guerre (S. 25–38). Stellungnahme zu Aufsätzen über die Genfer Abkommen von 1949 von Gutteridge, Tchircovitch, Yingling, Ginnane, Dillon, Baxter (an-

gezeigt in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 370, 676, 880; Bd. 15, S. 326) und Strebel (diese Zeitschrift Bd. 13, S. 118–145).

Coursier, Henri: Le problème de l'esclavage (S. 91–100; 204–217; 260–271; wird fortgesetzt). Verf. behandelt die Entwicklung der Sklaverei seit der Antike, die Stellung des Christentums zu ihr und die gegenwärtige Problemlage.

Schoenholzer, Jean-Pierre: Der Arzt und die Genfer Abkommen vom Jahre 1949 (Beilage 1954, S. 7–24; 31–45; 63–94). Rn

Revue Internationale d'Histoire politique et constitutionnelle. T. 2, 1952

Orlando, Vittorio Emanuele: La forme de gouvernement en vigueur en Italie aux termes de la Constitution de 1948 (S. 1–17). Fortsetzung und Schluß der oben S. 414 angezeigten Abhandlung.

Burdeau, Georges: L'allégorie nationale. Essai sur la notion de peuple dans la démocratie classique (S. 18–30).

Leibholz, G.: Démocratie représentative et Etat de partis moderne (S. 51–67). Ausgehend von der Feststellung, daß das in den meisten modernen Verfassungen statuierte Verbot des imperativen Mandats sich im Widerspruch zur derzeitigen Verfassungswirklichkeit befinde, unternimmt Verf. eine Analyse der Strukturwandlung vom klassischen Parlamentarismus zum heute geübten.

McWhinney, Edward: Le droit constitutionnel comparé: science de la politique (S. 77–81). An Beispielen zeigt Verf. die Diskrepanz zwischen formeller Verfassung und soziologischer Verfassungswirklichkeit.

Vlachos, Georges: L'histoire constitutionnelle récente de la Grèce (S. 122–132; 181–192). Behandelt die Entwicklung seit Mitte des 19. Jahrhunderts.

David, René: Le comité international de droit comparé (S. 144–149). Bericht über Aufbau und bisherige Tätigkeit des am 19. 7. 1950 in London konstituierten Komitees.

Redslob, Robert: La Charte de Bonn. Son caractère en doctrine constitutionnelle (S. 157–170). Bei Betrachtung der Grundrechte und deren rechtsstaatlicher Garantie sieht Verf. besondere Schwierigkeiten in der Aufgabe des Bundesverfassungsgerichts, den Begriff der »freien demokratischen Grundordnung« zu definieren. Erfreulich sei die Abkehr von dem System einer überstarken Exekutive. Zweifelhaft sei, ob das deutsche Volk selbst dem prononcierten Föderalismus zustimme, denn die Verfassung sei letztlich nicht plebisitär zustande gekommen. Besondere Beachtung verdiene die in der Verfassung zum Ausdruck gebrachte Bindung an das Völkerrecht und an die Grundsätze der Friedenssicherung.

Langrod, Georges: Le «gouvernement local». Fondement ou apprentissage de la démocratie (S. 223–235). Bei aller Anerkennung des guten Einflusses der kommunalen Selbstverwaltung auf die Förderung der Freiheit und der Demokratie müsse man sich darüber klar sein, daß dann, wenn einmal das Ziel einer vollkommenen Demokratie im Staate erreicht sei, das System der Selbstverwaltung minderer Körperschaften seine Berechtigung verliere.

Auguste, Yves Ls.: La séparation des pouvoirs dans la Constitution haïtienne (S. 236–240). Behandelt die Verfassung von 1950.

— T. 3, 1953

Chrétien, Maxime: Quelques réflexions sur les Constitutions de l'Europe (S. 20–38). Besprechung des Werkes von Mirkine-Guetzévitch «Les Constitutions Européennes». Dg

Revue Internationale des Sciences Administratives. Année 18, 1952

Puget, Henry: Coup d'œil sur l'administration Chinoise (S. 743–751).

Siu-Kia-Pei: La structure administrative en Chine à travers les âges (S. 752–787).

Herlitz, Nils: L'étude du droit administratif comparé (S. 796–807).

Valles, Arnaldo de: Contre les cours constitutionnelles (S. 808–819). Verf. wendet sich gegen die Verfassungsgerichtsbarkeit, die er mit den Prinzipien des demokratischen Einheitsstaates für unvereinbar hält.

Styépanovitch, N.: La loi yougoslave sur le contentieux administratif (S. 819–826).

Papahadjis, Georges M.: La revision constitutionnelle en Grèce (1952) et les garanties d'immovibilité des fonctionnaires publics (S. 826–832).

Crabbe, V.: Une erreur dans le statut syndical des agents de l'administration étatique belge (S. 833–844).

— Année 19, 1953

Langrod, Georges: Les problèmes fondamentaux de la fonction publique internationale (S. 9–111). Die Rechtsstellung der in internationalen Organisationen Tätigen müsse in einer besonderen Konvention gegen Einflüsse ihrer Heimatländer gesichert werden. Verf. untersucht das jetzt angewandte Verfahren der Funktönar-auswahl, wobei geographische Rücksichten mit dem Gebot der freien Auswahl der Besten vereinigt werden müssen. Er setzt sich, um eine weitgehende Personalkontinuität sicherzustellen, für die Schaffung von Laufbahnen und – bedingt – für die Anstellung auf Lebenszeit ein. Er untersucht eingehend die Rechte und Pflichten eines Angestellten einer internationalen Organisation, mit dem Ergebnis, daß der Pflichtenkatalog größer ist als bei einem nationalen Beamten. Schließlich untersucht er die Gründe, die das Beschäftigungsverhältnis beenden können.

Langrod, Georges: Contribution à l'étude de la terminologie administrative (Essai d'un schéma analytique de notions fondamentales de l'organisation administrative) (S. 285–324). Bh

Revue Internationale du Travail. Vol. 67, 1953

—: *L'Organisation internationale du Travail depuis la guerre* (S. 117–169). Behandlung der seit Kriegsende der Internationalen Arbeitsorganisation neu erwachsenen Aufgaben und der gefundenen Lösungssätze. Bh

Revue Juridique et Politique de l'Union Française. Année 6, 1952

Laubadère, André de: Le statut international du Maroc et l'arrêt de la Cour internationale de Justice du 27 août 1952 (S. 429–473). Kritische Auseinandersetzung mit dem Urteil des IGH über die Rechte der US-Staatsangehörigen in Marokko.

— Année 7, 1953

Lampué, Pierre: Nature juridique de l'Union française (S. 1–22).

Silvera, Victor: La réforme des assemblées locales en Tunisie (Conseils Municipaux et Conseils de Caïdats) (S. 23–105).

Sammarcelli, M.: Quelques aspects de la fonction juridictionnelle dans les Etats associés des Viet-Nam et du Laos (S. 106–123).

Tchernonog: La nature juridique des chefferies du Cameroun (S. 197–203).

Mathiot, André: Chronique des territoires non autonomes (S. 214–261).

Silvera, Victor: Le protectorat français en Tunisie et au Maroc (Essai de droit comparé) (S. 350–390).

Bh

Revue Politique des Idées et des Institutions. Année 42, 1953

Pernot, Georges: En marge de l'affaire d'Oradour-sur-Glane (S. 65–71).

André, Pierre: Le traité sur la Communauté européenne de défense et ses dangers (S. 72–81). Verf. sieht die drei Hauptfehler des EVG-Vertrages in den darin enthaltenen Prinzipien der Nichtdiskriminierung, in der Teilung der nationalen Verteidigung durch die Supranationalität und in der Trennung Frankreichs von der französischen Union. Der Vertrag verstoße überdies gegen das Prinzip der nationalen Souveränität.

Donon, Jean: La France et l'Afrique du Nord à la dernière session de l'O.N.U. (S. 88–93).

Armengaud, André: Notre politique à l'égard de la communauté européenne du charbon et de l'acier (S. 97–103).

Delbez, Louis: Retour aux décrets-lois (S. 199–202).

Donon, Jean: La réforme de l'Assemblée de l'Union française (S. 203–209).

Boivin-Champeaux, Jean: Cour de justice ou les tribulations d'une institution (S. 257–262). Behandelt die durch franz. ordonnance vom 18. 11. 1944 geschaffene Haute Cour.

Motier, Maurice: Qu'est-ce que l'Union européenne des paiements? (S. 271–278). Verf. behandelt die Entwicklung der wirtschaftlichen Sanierung Europas in den Nachkriegsjahren, insbesondere das Verhältnis des seit Herbst 1949 laufenden Liberalisierungsprogramms zur Europäischen Zahlungsunion, die mit amerikanischer Hilfe die Liberalisierung erst möglich gemacht hat.

Linyer, Louis: La propriété et l'Etat (S. 353–358).

Joseph, Gaston: Le pouvoir central et sa projection Outre-mer (S. 395–400).

Pernot, Georges: Immunité parlementaire ou impunité parlementaire (S. 417–424). Verf. legt an Hand eines 1949 gegen mehrere Abgeordnete durchgeführten Strafverfahrens mit anschließendem Versuch, das Immunitätsrecht zu ändern, die Notwendigkeit der Rückkehr zur *navette* (wiederholter Hin- und Rücklauf der Gesetzentwürfe zwischen Nationalversammlung und Rat der Republik) dar.

Bh

Revue Politique et Parlementaire. Année 55, 1953

Boussenot, Georges: L'Assemblée de l'Union Française. Elle remplira le rôle qui lui a été dévolu quand ses pouvoirs auront été élargis et renforcés (T. 209, S. 29–38).

Jaray, Gabriel-Louis: *Une expérience coloniale des Etats-Unis: Les Philippines* (S. 47–55).

Villaret, François: *La situation politique et la crise constitutionnelle en Afrique du Sud 1951–1952* (S. 173–178). Verf. zeigt die in der Südafrikanischen Union wirksamen politischen Kräfte. Im Abschluß des Streits um die Rassengesetzgebung sieht Verf. nur einen Burgfrieden bis nach den nächsten Wahlen.

Bonnefous, Edouard: *Communauté Européenne et Pacte Atlantique* (S. 217–221). Extrakt eines Vortrags vom 23. 2. 1953.

Bastide, A.: *Présence française dans les Iles Australes. Vues nouvelles en Droit international* (S. 243–252). Verf. betrachtet die Bedeutung der neuesten wirtschaftlichen Erschließungsversuche der französischen Inselbesitzungen in Australien unter Beachtung der US-These über die Ausbeutung der Naturschätze unter dem Meeresgrund durch die Anliegerstaaten.

Fortelle, Robert de la: *Les Problèmes monétaires de l'Europe* (S. 257–267).

Biéville, Marc de: *Union Française et Communauté Européenne* (T. 210, S. 25–30).

Delmas, Claude: *De la Kleinstaaterei au Reich* (S. 53–61).

Mellac, Christian: *M. Edouard Bonnefous et la réforme administrative* (S. 120–129).

Jaray, Gabriel-Louis: *La politique extérieure de Staline de 1943 à 1953* (S. 145–155).

Guillaume, E. A.: *La nouvelle loi électorale italienne et les élections générales* (S. 171–174).

Fusilier, Raymond: *Les finances des partis politiques* (T. 211, S. 146–161; 258–276).

Philip, André: *La crise de la démocratie parlementaire* (S. 225–233).

Cocatre-Zilgien, André: *La confrontation franco-allemande* (S. 242–247).

Ledermann, L.: *L'organisation internationale contemporaine: un bilan provisoire* (S. 349–361). Verf. analysiert den gegenwärtigen Stand der internationalen Organisation. Er sagt, daß zwei Auffassungen sich gegenüberstehen, eine, die das klassische Spiel souveräner Staaten mit dem Ziel des Gleichgewichts der Macht (nach der Devise »Jeder für sich und Gott für alle«) weiterspielen will, und eine andere, die auf den Weltstaat drängt. Verf. hält die Zeit für einen Weltstaat oder eine Weltföderation noch nicht für gekommen, glaubt aber, daß die Entwicklung über die funktionelle Verdichtung des Staatenverhältnisses trotz aller gegenwärtigen Mängel zu einer echten internationalen Zusammenarbeit führen wird.

Léonetti, A.: *Huit ans de négociations pour Trieste* (S. 382–389). Bh

Revue de Science criminelle et de Droit pénal comparé. 1953

Herzog, J.-B.: *Henri Donnedieu de Vabres et le droit pénal international* (S. 1–19).

—: *Message de S.S. Pie XII au VI^e Congrès International de Droit pénal* (S. 579–594). Rn

Revue de Science et de Législation Financières. Année 45, 1953

Strayer, Paul J.: Les tendances actuelles des finances publiques aux Etats-Unis (S. 185–201).

Jacobsson, Per: A propos de la balance internationale des paiements (S. 214–238).

—: Les accords internationaux tendant à limiter la double imposition en matière de droits de succession: Etats-Unis et France (S. 259–273).

Peacock, Alan T.: Politique fiscale et budget national en Grande-Bretagne (S. 418–435).

Trévoux, F.: Temps et Finances publiques (S. 436–456).

Bronfenbrenner, M.: L'économie japonaise face à l'indépendance (S. 643–666).

Orange, Georges: L'exercice du pouvoir réglementaire en matière fiscale (S. 667–682).

Terhalle, Fritz: La coordination de la politique financière entre le Gouvernement central et les Pays-membres dans la République fédérale allemande (S. 683–700).

Bh

Rivista Amministrativa della Repubblica Italiana. Anno 104, 1953

Cesareo, Placido: Il sindacato sulla costituzionalità della legge da parte del potere esecutivo (S. 149–167).

Gianini, Massimo Severo: Sulle requisizioni militari alleate: profili generali e giurisdizione (S. 307–314).

Valles, Arnaldo de: Inefficienza delle corti costituzionali (S. 605–611). Rn

Rivista Internazionale di Filosofia del Diritto. Anno 30, 1953

Brunello, Bruno: I diritti sociali nella Dichiarazione universale dei Diritti dell'Uomo (1948) (S. 191–208). Rn

Rivista di Studi Politici Internazionali. Anno 20, 1953

Neri, Sergio: Problemi insoluti nel Piano Schuman (S. 9–14).

Cavaliere, Silla: La politica egiziana negli ultimi quindici anni (1936–1951). (S. 169–214).

Pollice, Vito: Resa incondizionata (S. 215–226). Behandelt die kriegsrechtliche Bedeutung der bedingungslosen Übergabe.

Jacomoni di San Savino, Francesco: Il Patto di Tirana del 1926 (S. 227–260).

Pampaloni, Giuseppe: Gli organi della Repubblica fiorentina per le relazioni con l'Estero (S. 261–296). Untersuchungen über die außenpolitische Gewalt im Florenz des 14. Jahrhunderts.

Caroselli, Francesco Saverio: Gli accordi anglo-libici (S. 345–358). Behandelt die am 29. 7. 1953 in Bengasi geschlossenen Verträge.

Magnifico, Giovanni: Federazione europea ed Autorità specializzate (S. 359–389).

Neri, Sergio: In tema di riconoscimento di Stati (S. 422–432). Behandelt Fragen der konstitutiven oder deklaratorischen Natur und einer Pflicht zur Anerkennung.

Gentili, Renzo: Sviluppo dell'alleanza atlantica (S. 547–552). Verf. behandelt die Ergebnisse der 2. Session der Internationalen Studienkonferenz über die Atlantische Gemeinschaft (Kopenhagen 1953).

Vedovato, Giuseppe: Due maestri: Gemma e Baldoni (S. 573–585). Rn

Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico. Anno 3, 1953

Furlani, Silvio: Un nuovo sistema elettorale misto tedesco (S. 180–203).

Amendola, Marcello: Per la riforma della legislazione sui dipendenti statali (S. 204–243). Behandelt den am 21. 2. 1953 beim italienischen Senat eingebrachten Gesetzentwurf über die Ermächtigung der Regierung zum Erlaß von Bestimmungen über den neuen Status der Zivilbeamten des Staates.

Salvioli, Gabriele: L'«effettività» in diritto internazionale (S. 271–280). Verf. wendet sich gegen Überbetonung der Effektivität und zeigt die Problematik ihres Verhältnisses zur Rechtmäßigkeit und die darin liegende Bedrohung der Rechtsgeltung.

Alessi, Renato: La crisi attuale della nozione di diritto soggettivo ed i suoi possibili riflessi nel campo diritto pubblico (S. 307–333). Verf. versucht die Ergebnisse der zivilrechtlichen Forschung für das öffentliche Recht fruchtbar zu machen.

Carnada-Bartoli, Eugenio: Il diritto soggettivo come presupposto dell'interesse legittimo (S. 334–362).

Capaccioli, Enzo: Sulla natura dell'indennità di espropriazione per pubblica utilità (S. 363–397).

Giannini, Amedeo: Nuove costituzione di Stati del Vicino Oriente e dell'Africa. I. Siria, Libia, Giordania; II. Eritrea (S. 420–450). Abdruck aus *Oriente moderno*, Anno 32 (1952), S. 233–246 und 273–284; vgl. oben S. 390. Inhaltsangaben mit historischen und erläuternden Bemerkungen zu den Verfassungen Syriens vom 5. 9. 1950, Libyens vom 7. 10. 1951, Jordaniens vom 8. 1. 1952 und Eritreas vom 11. 8. 1952.

Virga, Pietro: Le commissioni miste (S. 513–553). Rechtsvergleichende Untersuchung der Methoden zur Lösung von Konflikten zwischen den zwei Kammern, besonders der verschiedenen Typen gemischter Kommissionen im Zweikammersystem.

Benvenuti, Feliciano: Impugnazione delle leggi dello Stato e autonomia delle provincie nello Statuto del Trentino Alto-Adige (S. 554–576).

Ferri, Giuseppe D.: Ancora sui partiti politici (S. 577–612). Mit dieser posthumen Veröffentlichung werden die «Studi sui partiti politici» (Roma 1950) des Verfassers ergänzt.

Vitta, Edoardo: La colpa del legislatore nel diritto internazionale (S. 613–624). Verf. gelangt zur Bejahung der Frage, ob die Haftung des Staates für Gesetzgebungsakte ein Element des Verschuldens erfordert.

Negri, Guglielmo: L'evoluzione del sistema britannico del «Re nel Parlamento» (S. 625–656).

Ambrosini, Gaspare: Diritto, Stato e Comunità superstatale nel pensiero di Vittorio Emanuele Orlando (S. 785–814).

Daniele, Nicola: L'atto amministrativo recettizio (S. 826–917). Verf. entwickelt ein System empfangsbedürftiger Verwaltungsakte.

Meregazzi, Renzo: Considerazioni sul diritto coloniale (S. 918–926). Rn

Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift. Jg. 4, 1952

Müller, Hans-Harald: Die Verwaltungsgerichtsbarkeit im Saarland (S. 52–54; 69–70).

Heydte, Frhr. v. d.: Was ist »Europäisierung«? Möglichkeiten, Wege, Ziele (S. 65–66). Durch Europäisierung werde ein Gebiet nicht völlig vom bisherigen Staatsverband gelöst und einem anderen zugeschlagen; es handle sich vielmehr um die Bildung von Staatengemeinschaftsgebiet, über das die Glieder einer Staatengemeinschaft die bisher von einem Staat ausgeübten souveränen Rechte gemeinsam ausüben.

Socini, Roberto: Die Aufnahme neuer Mitglieder in die Organisation der Vereinten Nationen (S. 83–84; Jg. 5, S. 6–9). Für den Staat, der die Zulassungsvoraussetzungen erfüllt, bestehe ein echter Anspruch auf Erwerb der Mitgliedschaft.

Wiebringhaus, H.: Zur völkerrechtlichen Stellung Deutschlands und des Saarlandes. Einige grundsätzliche Bemerkungen (S. 97–101). Betrachtet die derzeitige Lage unter dem Gesichtspunkt des *modus vivendi*, dem auch das Völkerrecht Rechnung zu tragen habe.

— Jg. 5, 1953

Jellinek, Walter: Die Grundrechte im internationalen Recht (S. 36–37). Bemerkungen zur UN-Erklärung vom 10. 12. 1948 und zur Europäischen Menschenrechtskonvention vom 4. 11. 1950.

Imig: Das neue saarländisch-französische Exequatur-Abkommen vom 20. Mai 1953 (S. 49–52).

Wiebringhaus, Hans: Die derzeitige rechtliche Stellung des Saarlandes unter besonderer Berücksichtigung des 1. und 2. Teiles des Berichtes von Van der Goes van Naters (S. 52–57).

Lesort, Gonzague: Der Begriff der Souveränität und die französisch-saarländische Union in den Verträgen vom 20. Mai 1953 (S. 57–60). Bh

Schweizerische Juristen-Zeitung. Jg. 49, 1953

Giacometti, Z.: Bundesverfassung und wirtschaftliche Landesverteidigung. Die rechtliche Tragweite des Art. 85 Ziff. 6 BV (S. 149–156).

Guldimann, Werner: Das neue Lufthaftpflichtabkommen von Rom vom 7. Oktober 1952 (S. 269–275).

Jung, Claude: Quelques aspects juridiques de la nationalisation des pétroles iraniens (S. 306–307).

Domke, Martin: Schweizer Interessen vor amerikanischen Bundesgerichten (S. 324–325).

— Jg. 50, 1954

Giacometti, Z.: Zur Frage der rechtlichen Zulässigkeit der Eidgenössischen Volksinitiative zum Schutze der Stromlandschaft Rheinfall-Rheinau (S. 53–60).

Schneeberger, Ernst: Verwirrungen im amerikanischen Antitrustrecht (S. 60–64). Rn

The Southwestern Social Science Quarterly. Vol. 34, 1953

Smith, Carl O.; G. Lowell Field: The Responsibility of Parties in Congress: Myth and Reality (N. 1, S. 23–39). Verf. meint, in den USA bestünde keine eigentliche Parteienverantwortlichkeit, da diesen eine gemeinsame Ausrichtung fehle und sie im wesentlichen nur örtlich organisiert seien.

Livingston, William S.: The Legal and Political Determinants of American Federalism (S. 40–56). Verf. betrachtet die Entwicklung des amerikanischen Föderalismus und stellt fest, daß das unitarische Element sehr im Vorrücken sei. Der Föderalismus sei aber noch in vielen regionalen Unterschieden und im Willen des Volkes lebendig.

Goodspeed, Stephen S.: The Development and Use of Facultades Extraordinarias in Mexico (N. 3, S. 17–33). Bericht über die außerordentliche Verordnungsgewalt des mexikanischen Präsidenten, von der ein übermäßiger Gebrauch auch ohne Vorliegen von Notständen gemacht worden sei. Ut

Staat und Recht. Jg. 2, 1953

Hrsg.: »Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Walter Ulbricht – Deutsches Institut für Rechtswissenschaft«, Berlin, Sowjetsektor.

Schulze, Gerhard: Die sowjetische Staatspraxis – das große Vorbild für die Festigung und Entwicklung des Staatsapparates in der Deutschen Demokratischen Republik (S. 68–78).

Unger, Oswald: Die Verfassung der Rumänischen Volksrepublik – eine Verfassung des sozialistischen Aufbaus (S. 79–96).

Havemann, Robert: Der Völkerkongreß für den Frieden (S. 97–106). Bericht über die Tagung vom 12.–19. 12. 1952 in Wien.

Polak, Karl: Vier Jahre Bonner Separatstaat (S. 456–475). Die Verträge von Bonn und Paris seien geeignet, die deutsche Souveränität völlig aufzuheben, wie auch ausländische Beobachter die Integrationspolitik der Regierung als unvereinbar mit der Wiedervereinigung ansähen. Dg

Das Standesamt. Jg. 6, 1953

Delitz: Das neue Schweizer Staatsangehörigkeitsrecht (S. 193–197). Behandelt das Gesetz vom 29. 9. 1952.

Schätzkel, Walter: Aktuelle Staatsangehörigkeitsfragen (S. 242–246). Verf. untersucht die Bedeutung des Art. 3 GG (Gleichberechtigung von Mann und Frau) für das Staatsangehörigkeitsrecht und der Art. 16 und 116 GG besonders bezüglich der von Gebietsveränderungen, Souveränitätswechsel und Bevölkerungsverschiebungen im oder nach dem 2. Weltkrieg betroffenen Personen. Dg

Statsvetenskaplig Tidskrift. Årg. 56, 1953

Herlitz, Nils: Nordiska rådet (S. 1–26). Kommentar zum Statut des Nordischen Rates (vgl. oben S. 128–133).

Cederlund, Edward: Några huvudlinjer i debatten om Tysklands folkrättsliga

status 1945–1948 (S. 191–211). Übersicht über Stellungnahmen zu Deutschlands Rechtslage 1945–1948.

Andersen, Poul: Danske Grundlovsændringer, som kostede anstrengelser (S. 415–428). Behandelt die dänische Verfassungsänderung (vgl. oben S. 211–217). Lögdberg, Åke: Författarrätten i dagens läge (S. 429–441). Rn

Svensk Juristtidning. Årg. 38, 1953

Gihl, Torsten: Aktuella problem inom folkrätt och allmän rättslära (S. 356–369). Besprechung des Buchs von F. Castberg: Studier i Folkerett (Oslo 1952). Rn

Tulane Law Review. Vol. 27, 1952/53

Baur, F. Trowbridge vom: Confiscation by Judicial Decree: The Procedural Course of the Tidelands Cases (S. 286–312). Verf. kritisiert eine Entscheidung des Supreme Court (United States v. Louisiana, 339 U.S. 699, 1950), in der dieser erneut aus verfahrensrechtlichen Gründen die Ansprüche der Länder auf den der Küste vorgelagerten Meeresboden zurückwies. Ut

Union Française et Parlement. Année 5, 1953

Guy, G.: La Constitution de l'Union Française (N. 40/41, S. 3–6). Bh

Union Postale. Jg. 77, 1952

—: *Le Congrès Postal Universel de Bruxelles (S. 197 f–225 f).* Bericht über den 13. Weltpostkongreß vom 14. 5. bis 12. 7. 1952.

— **Jg. 78, 1953**

Deprez, F.: La Commission exécutive et de liaison (S. 1 f–4 f). Sr

The University of Chicago Law Review. Vol. 20, 1952/53

—: *The Alien and the Constitution (S. 547–569).* Behandelt die Rechtsstellung des *resident alien* in den Vereinigten Staaten unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsprechung.

Meiklejohn, Alexander: What Does the First Amendment Mean? (S. 461–479).

Rogge, O. John; Murray A. Gordon: Habeas Corpus, Civil Rights, and the Federal System (S. 509–528).

Sharp, Malcolm P.: The Old Constitution (S. 529–545).

Jewkes, John: The Nationalization of Industry (S. 615–645). Mr

The University of Queensland Law Journal. Vol. 1, 1948–1951

Mansfield A. J.: The Tokyo War Crimes Trial (N. 1, S. 7–12).

Fry, T. P.: Legal Aspects of the Departure of Major-General Gordon Bennett from Singapore (S. 34–57). Verf. berichtet über einen 1945 erstatteten Bericht eines Royal Commissioners, der sich u. a. mit dem Begriff der Kapitulation, deren Wirk-samwerden, sowie der völkerrechtlichen Beurteilung der nationalen Pflicht eines gefangenen Soldaten zur Flucht auseinandersetzt.

Anderson, Ross: Parliament v. Court: The Effect of Legislative Attempts to Restrict the Control of Supreme Courts over Administrative Tribunals through the Prerogative Writs (N. 2, S. 39–52). An Hand des britischen Rechtsgedankens, daß

die oberen ordentlichen Gerichte eine Überwachungsfunktion den verschiedenen besonderen Verwaltungsgerichten gegenüber ausüben, überprüft Verf. australische Gesetze, worin der Rechtszug von Verwaltungsgerichten an die oberen ordentlichen Gerichte abgeschnitten ist, und behandelt einschlägige Entscheidungen.

Anderson, Ross: Australian Communist Party v. The Commonwealth (N. 3, S. 34–43). Kritik der Entscheidung des Australian High Court vom 9. 3. 1951 (1951, A. L. R. 129) über die Gültigkeit des Communist Party Dissolution Act, 1950. Ur

Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte. Jg. 1, 1953

Schneider, Hans: Das Ermächtigungsgesetz vom 24. März 1933. Bericht über das Zustandekommen und die Anwendung des Gesetzes (S. 197–221). Sr

Die Welt als Geschichte. Jg. 1953

Zimmermann, Ludwig: Die Pariser Friedenskonferenz von 1919 und die Neuordnung Europas (S. 109–136). Schildert die Schwierigkeiten, mit denen die Außenpolitik der Demokratien insbes. auch unter dem Zwange der eigenen innerpolitischen Spannungen und der Öffentlichkeit schlechthin zu kämpfen hatten. Verf. entwirft die politischen Charakterbilder von Wilson, Clemenceau und Lloyd George. Eine der Hauptursachen für den Mißerfolg des Friedensschlusses gerade bezüglich der Neuordnung Europas sieht Verf. im Fehlen einer Gesamtkonzeption, die trotz der Gründung des Völkerbundes und der Abrüstungsbestrebungen nicht gefunden worden sei. Dg

Die Welt des Islams. Vol. 2, 1952/53

Colombe, Marcel: Réflexions sur les origines et le fonctionnement du régime représentatif et parlementaire en Turquie et dans les Etats arabes du Moyen-Orient (S. 251–259). Pessimistische Betrachtungen über die Funktionsfähigkeit parlamentarischer Regierungsformen in den Staaten des Vorderen Orients. Die dort vorhandenen Diktaturen seien nicht als Nachahmung europäischer Beispiele anzusehen, sondern aus islamischem Denken heraus zu erklären. Ws

The Western Political Quarterly. Vol. 6, 1953

Schubert Jr., Glendon A.: The Steel Case: Presidential Responsibility and Judicial Irresponsibility (S. 61–77). Kritische Untersuchung des Urteils des Supreme Court vom 3. 5. 1952, das die Beschlagnahmung der amerikanischen Stahlindustrie durch Anordnung des Präsidenten Truman vom 9. 4. 1952 für verfassungswidrig erklärte. Es sei staatsrechtlich bedenklich, wenn Richter in wesentlich politischen Fragen letztinstanzlich zu entscheiden hätten. Mr

World Affairs Interpreter. Vol. 24, 1953/54

Berkes, Ross N.: Do Regional Pacts Violate the Spirit of the United Nations? NATO as a Case Study (S. 151–165). Verf. sieht das Wesen der UN nicht in einer umfassenden Sicherheitsorganisation. Regionalbündnisse seien deshalb zur Ausfüllung dieser Lücke zulässig und nötig. Die NATO z. B. wäre nur dann mit der UN unvereinbar, wenn sie letzterer entgegengesetzten Zielen diene, was nicht der

Fall sei. Rivalisierende Kräfteblocks hätte die UN weder verhindern können, noch hätte dies in ihrer Gründungsidee gelegen.

Harley, J. Eugene: The Schuman Plan: A Big Step Toward European Unity (S. 180–199). Verf. behandelt von früheren europäischen Einigungsplänen ausgehend die zur Gründung führende Entwicklung, die wirtschaftlichen Grundlagen und die Organisation der Montanunion, den EVG-Vertrag und die Saarfrage.

Shuck Jr., L. E.: Indonesia Loosens the Bonds (S. 260–272). Verf. betrachtet die staatsrechtliche Entwicklung in Indonesien seit 1945. Ut

World Politics. Vol. 5, 1952/53

Deutsch, Karl W.: The Growth of Nations: Some Recurrent Patterns of Political and Social Integration (S. 168–195).

Rostow, W. W.: Notes on a New Approach to U.S. Economic Foreign Policy (S. 302–312).

Edinger, Lewis J.: Germans Social Democracy and Hitler's "National Revolution" of 1933: A Study in Democratic Leadership (S. 330–367).

Morris, Bernard S.: The Cominform: A Five-Year Perspective (S. 368–376). Rückblick auf die Tätigkeit der Kominform seit 1947. Mr

The Yale Law Journal. Vol. 62, 1952/53

Meyer, Bernard S.: Recognition of Exchange Controls after the International Monetary Fund Agreement (S. 867–910).

—: *Return of Property seized during World War II: Judicial and administrative Proceedings under the Trading with the Enemy Act (S. 1210–1235).*

— Vol. 63, 1953/54

Bebr, Gerhard: The European Coal and Steel Community: A Political and legal Innovation (S. 1–43). Berichtet über Entstehung, Organisation und rechtliche Funktion der Montan-Union. Setzt sich mit Kritik auseinander, die in ihr ein internationales Super-Kartell, eine Rückkehr zur Planwirtschaft und den Beginn einer neuen deutschen Hegemonie sehe. Begrüßt den Schuman-Plan als Beginn einer Einigung Europas. Mr

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Jg. 18, 1953

Aubert de la Rüe, Philippe: Das neue Staatsangehörigkeitsgesetz der Schweiz (S. 80–83). Behandelt das Gesetz vom 1. 1. 1953. Text: S. 127–137. Zn

Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 24, 1953

Essén, Rütger: Schwedens Neutralität (S. 16–21).

Bleiber, Fritz: Afghanistan und Paschtunistan (S. 88–96).

Helveticus: Die Schweiz und die Montan-Union (S. 301–306).

Maurach, Reinhart: Die armenische Frage als Problem der Kriegführung (S. 404–416).

Küntzel, Ulrich: Europa – freier Zusammenschluß oder Rheinbund? (S. 577–581). Bh

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 109, 1953

Dürig, Günter: Das Eigentum als Menschenrecht (S. 326–350). Verf. bekämpft

die Auffassung, Art. 14 GG überlasse dem Gesetzgeber die Bestimmung des Privateigentumsbegriffs. Auch Art. 14 GG unterstehe vorstaatlichen, durch Art. 19 Abs. 2 GG garantierten Rechtsgrundsätzen.

Paulick, Heinz: Die verfassungsrechtlichen Bindungen des Gesetzgebers beim Erlass von Steuergesetzen (S. 483–502). Untersucht u. a. die Bedeutung des Gleichheitsgrundsatzes.

Deneke, J. F. Volrad: Das Parlament als Kollektiv (S. 503–531). Verf. behandelt die Arbeitsweise der gesetzgebenden Körperschaften im Hinblick auf ihre Funktionstüchtigkeit. Dg

Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Bd. 65, 1953

Enthält, in die Gesamtpaginierung einbezogen, am Schluß jedes Hefts das im 3. Jahrgang erscheinende Mitteilungsblatt der Fachgruppe Strafrecht in der Gesellschaft für Rechtsvergleichung, hrsg. vom Institut für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg i. B.

Jeschek, Hans-Heinrich: Das Strafrecht der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (S. 113–131). Verf. analysiert die an mehreren Stellen des EVG-Vertrags und seiner Zusatzprotokolle verstreuten strafrechtlichen Bestimmungen.

Schönke, Adolf: Die Stillelegung der Tätigkeit der Internationalen Strafrechts- und Gefängniscommission (S. 152–155).

Jeschek, Hans-Heinrich: Das Strafrecht nach dem Truppenvertrag (S. 293–310). Nach Skizzierung der Veränderungen, die sich aus dem am 26. 5. 1952 unterzeichneten »Deutschlandvertrag« und seinen Zusatzverträgen ergeben, unter Vergleichung der neuen Lage mit der Stellung von NATO-Streitkräften in einem NATO-Staat und von EVG-Streitkräften außerhalb ihres Herkunftstaates, behandelt Verf. die strafrechtlichen Folgerungen aus einem Inkrafttreten des Deutschlandvertrags und des ihm beigefügten Truppenvertrags, besonders auch hinsichtlich der vom Besatzungsstatut noch eingeschränkten deutschen Strafgerichtsbarkeit.

Weber, Hellmut von: Die strafrechtliche Bedeutung der europäischen Menschenrechtskonvention (S. 334–350). Verf. prüft den strafrechtlichen, die Strafrechtspflege unmittelbar bindenden Gehalt der Konvention und sein Verhältnis zum deutschen Straf- und Strafprozeßrecht, dessen Änderung er, abgesehen von einer der Verfahrensbeschleunigung dienenden Strafprozeßform, nicht für erforderlich hält. Verf. hält die völkerrechtliche Bindung des Strafgesetzgebers für grundsätzlich neu. Er untersucht besonders den Sinngehalt des Art. 7 der Konvention (*nulla poena sine lege*).

Lange, Richard: Grundfragen des Auslieferungs- und Asylrechts (S. 351–378). Bei Prüfung der materiellen und formellen Grundfragen geht Verf. davon aus, daß nicht mehr der Gegensatz zwischen In- und Ausland, sondern zwischen den beiden großen Weltanschauungslagern bestimmend sei. Unter diesen Gesichtspunkten gewinne das mit einer strafbaren Handlung und deren Verfolgung verbundene politische Element ein wesentlich anderes Gewicht. Verf. verweist dazu auf die Materialien zu Art. 16 GG. Beim Asylrecht sei die Entwicklung gekennzeichnet durch die Entscheidung des IGH vom 20. 10. 1950 im kolumbianisch-peruanischen Asylstreit

und die Entschließung des Institut de Droit International in Bath 1950. Als Folge der Vertreibungsmaßnahmen und des weltanschaulichen Kampfes verlagere sich der Schwerpunkt vom Asylrecht zur Asylpflicht des Aufnahmestaates. Schließlich bestehen immer noch Gegensätze in der Frage der Auslieferung von Inländern, die nach der Meinung des Verf. entsprechend dem südamerikanischen Vorbild in einer europäischen Auslieferungskonvention bereinigt werden könnten, wie sie vom Straßburger Ministerrat bereits 1952 beschlossen wurde. Der am 2. 3. 1953 gehaltene Vortrag erschien auch selbständig in der Schriftenreihe der Juristischen Studiengesellschaft Karlsruhe.

Strebel, Helmut: Der strafrechtliche Schutz der internationalen humanitären Abkommen (S. 439–440). Zusammenfassung des vom Verf. erstatteten Referats zum VI. Internationalen Strafrechtskongreß in Rom (27. 9.–3. 10. 1953), das in erweiterter Fassung oben S. 31–75 veröffentlicht wurde.

Jeschcke, Hans-Heinrich: Der strafrechtliche Schutz der internationalen humanitären Abkommen. Gutachten, erstattet für den VI. Internationalen Strafrechtskongreß in Rom (S. 458–478). Verf. zeigt, inwieweit die bestehenden Bestimmungen des allgemeinen deutschen Strafrechts ausreichen, um aus den Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949 sich ergebenden Strafpflichten zu genügen, unter vergleichender Heranziehung der Strafgesetzgebung Frankreichs, Italiens, der Niederlande, Belgiens, der Schweiz und Jugoslawiens. Er empfiehlt, der Sanktionierung der Genfer Abkommen grundsätzlich das allgemeine und militärische Strafrecht zugrunde zu legen, und prüft, inwieweit das Strafrecht der Bundesrepublik Deutschland hierfür der Ergänzung bedarf. Verf. glaubt nicht an die baldige Errichtung eines internationalen Justizorgans zur Aburteilung von Kriegsverbrechen.

Jeschcke, Hans-Heinrich: Die Strafgewalt übernationaler Gemeinschaften (S. 496–518). Verf. zeigt die zwei Wege, auf denen sich die Staaten auch auf strafrechtlichem Gebiet der europäischen Integration nähern: Abgabe von Hoheitsrechten und Ausübung eigener Hoheitstätigkeit als Treuhänder für die übernationale Gemeinschaft. Gegenüber der Strafgewalt internationaler sei diejenige übernationaler Gemeinschaften etwas Neues. Zwar seien die Probleme der Strafen (Buße und Zwangsgeld) des Montanunionvertrages noch eng umrissen, doch fehlen Bestimmungen eines »Allgemeinen Teils« über Schuld und Haftung, das Entstehenmüssen für Verschulden Untergebener u. a. m., die auch durch die zu erwartende Rechtsprechung nur unvollständig ersetzt werden können. Bei dem EVG-Vertrag (Justizprotokoll) dagegen werde noch für eine längere Übergangszeit das nationale Recht angewendet werden müssen, da zunächst nur die Schaffung einer europäischen Disziplinarstrafordnung als vordringlich bezeichnet wurde. Für das gemeinsame Straf- und Verfahrensrecht empfiehlt Verf. das – bereits mehrsprachige – Schweizerische Strafgesetzbuch. An sich scheint ihm ein allgemeines europäisches Strafrecht und eine europäische Gerichtsbarkeit sowie die Bildung eines echten europäischen Bundesstaats überhaupt weder wünschenswert noch notwendig. Rn

Zeitschrift für Luftrecht. Bd. 2, 1953

Guldemann, Werner: Zur Systematik des Luftrechts (S. 144–157). Verf. betont die Notwendigkeit selbständiger Bearbeitung der systematischen Fragen des Luftrechts und unternimmt in dieser Abhandlung den Versuch der Bildung eines Systems für das gesamte geltende Luftrecht.

Darso, Hubert: Gesetz über die Bundesanstalt für Flugsicherung (S. 295–302). Besprechung des Gesetzes vom 23. 3. 1953.

Drion, H.: Kritische Bemerkungen zum Anwendungsbereich des Warschauer Abkommens (S. 303–313). Verf. untersucht u. a. die Wirkung des 2. Weltkrieges auf die Anwendbarkeit des Abkommens und gelangt zur Bejahung der uneingeschränkten Weitergeltung. Zn

Zeitschrift für Ostforschung. Jg. 1, 1952

Geilke, Georg: Das polnische Grundgesetz 1952 (S. 281–288).

— Jg. 2, 1953

Geilke, Georg: Die Entwicklung des polnischen Justizrechts seit Kriegsende (1944–1951) (S. 107–130). Berichtet u. a. über Kriegsverbrecher-, antideutsche und Staatsnotgesetzgebung sowie über die Überleitung der Rechtspflege für Kernpolen an die »Wiedergewonnenen Gebiete«. Ws

Zeitschrift für Schweizerisches Recht. Bd. 72, 1953

Verhandlungen des Schweizerischen Juristenvereins 1953. Referate: Dénéréz, David: Les entreprises d'économie mixte et de droit public organisées selon de droit privé (S. 1a–64a). Behandelt die verschiedenen Gründe und Formen von Beteiligungen der öffentlichen Hand am Wirtschaftsleben.

Schürmann, Leo: Das Recht der gemischtwirtschaftlichen und öffentlichen Unternehmungen mit privatrechtlicher Organisation (S. 65a–199a).

Kaufmann, Otto K.: Die Verantwortlichkeit der Beamten und die Schadenersatzpflicht des Staates in Bund und Kantonen (S. 201a–380a).

Graff, Pierre: La responsabilité des fonctionnaires et de l'Etat pour le dommage causé à des tiers, en droit fédéral et en droit cantonal (S. 381a–478a). Rn

Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft. Bd. 56, 1953/54

Hrsg.: Erich Pritsch. Erstes Wiedererscheinen nach 9-jähriger Unterbrechung.

Oberem, Udo: Staatsaufbau in Mikronesien (S. 104–150). Rn